
Sachbeiträge (36)

Falk Beyer

**Die (DDR-)Geschichte des
Atomüll-Endlagers Morsleben**

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

1. Einleitung	2
2. Hintergründe	5
2.1. Vom Kraftwerk zum Endlager	5
2.2. Sicherheitsaspekte	9
3. Historische Entwicklung	14
3.1. Lage	14
3.2. NS-Vergangenheit der Schachtanlagen	16
3.3. Standortsuche	26
3.4. Ausbau des Salzbergwerks Bartensteinen als zentrales Endlager für radioaktive Abfälle	30
3.5. Genehmigungsverfahren	34
3.6. Einlagerungen und Transporte	39
3.7. Betreiberwechsel	46
4. Politische Umstände	48
4.1. Stimmung in der Region (DDR)	48
4.2. Stimmung in der Region (BRD)	56
4.3. Arbeitsplätze	57
4.4. Risikobewusstsein – psychologisch betrachtet	57
4.5. Informationspolitik der BRD-Regierung	58
4.6. Politik der Medien	59
4.7. Umgang mit dem Wissen um Sicherheitsprobleme	62
4.8. Schacht Marie	69
4.9. Widerstand	76
4.10. Stasi und Morsteinen	88
4.11. Gamma-Strahler an der innerdeutschen Grenze	105
5. Ausblick	110
6. Anhang	117
Danksgungen, Quellen, Bildnachweise, Adressen	
Hinweis:	
Die kursiv dargestellten Textstellen sind Abschriften und Zitate. Sie wurden in älterer Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden stammen, wurden orthografische und grammatrische Fehler nicht korrigiert.	

Diese Broschüre entstand in Kooperation mit Greenkids Magdeburg e. V. und wurde durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und die Bundeskoordination Studentische Ökologiewarbeit e. V. finanziell gefördert.

Der Autor wurde bei seinen Recherchen unterstützt durch:
 AG Schacht Konrad, Archiv Grünes Gedächtnis, Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bibliothek des Bundesamtes für Strahlenschutz Berlin, BUND Sachsen-Anhalt, Bundesarchiv, Greenpeace, Gruppe Ökologie Hannover, Initiative gegen das Atommill-Endlager Morsteinen, Kreisarchiv des Ohrekreises in Haldensleben, Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Museum Haldensleben, NABU Sachsen-Anhalt und Ökozentrum und -institut Magdeburg/Sachsen-Anhalt.

1. Einleitung

In Morsleben befindet sich das zentrale Endlager für radioaktive Abfälle der ehemaligen DDR. Es wurde für die Entsorgung nieder- und mittelradioaktiver Abfälle genehmigt. Das ERAM (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben) ist ein stillgelegtes Salzbergwerk mit Doppelschichtanlage. Seit der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert wurde dort zunächst Kalz- und später Steinsalz abgebaut. Im Schacht „Bartenstleber“ fand nach der Urwidmung des Bergwerkes die Einlagerung der radioaktiven Abfälle statt. Schacht „Marie“ diente als Weiterrsacht, d. h. zur Be- und Entlüftung des Endlagers. Zeitweise wurde dort auch cyanidhaltiger Giftmüll zwischengelagert.

1966 wurde der erste Leistungsreaktor der DDR in Rheinsberg in Betrieb genommen. Spätestens jetzt musste eine Möglichkeit für die Entsorgung des entstehenden Atomülls gefunden werden, zumal die DDR-Regierung ein groß- angelegtes Atomreaktoren-Programm plante.

Zehn Anlagen kamen als Endlagerstandorte in die nähere Auswahl. 1969 fiel die Entscheidung auf Morsleben. Die erste Einlagerung von radioaktiven Abfällen erfolgte 1971. Erst 1986 erteilte das Staatliche Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS) die unbefristete Dauerbetriebsgenehmigung, die die Endlagerung von nicht-wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen erlaube. Neben den genehmigten endgelagerten Abfällen befinden sich in Morsleben weitere Strahlengquellen, deren Einlagerung von der Dauerbetriebsgenehmigung des Endlagers nicht erfasst wird. Daher werden diese teils hochradioaktiven Stoffe auf unbestimmte Dauer „zwischenlagert“.

Die Sicherheitsbedenken von Fachleuten und aus der Bevölkerung machten das ERAM spätestens ab 1990 zu einem brisanten Thema. Die zu DDR-Zeiten vorherrschende Sicherheitsphilosophie und Mentalität ermöglichen die Einrichtung dieser stark umstrittenen Anlage. Dass die Regierung der BRD entgegen den geltenden Sicherheitsstandards und Kriterien das ERAM übernahm und weiterbetreiben wollte, führte zu massivem Widerstand.

In Kooperation zwischen der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und den Greenkids Magdeburg e. V., einer lokalen Umweltgruppe, die Mitte der 1990er Jahre selbst zu den Morsleben-kritischen Organisationen gehörte, entstand das Recherche-Projekt, aus dem nun diese Broschüre hervorgeht. Mit Unterstützung durch die Landeszentrale für politische Bildung und die Bundeskoordination Studentische Ökologearbeit wurde ein Teil der Forschungsarbeiten ermöglicht.

Der Schwerpunkt dieser Publikation liegt auf der DDR-Geschichte des atomaren Endlagers, der Politik der sozialistischen Staatsführung und dem Einsatz von Sicherheitskräften. Dabei wird auch der Vergleich zum jetzigen Gesellschaftssystem und der Politik nach 1990 gezogen. Viele Entwicklungen aus DDR-Zeiten kommen jetzt erst zum Abschluss, so z. B. die Zwischengelagerung von Giftstoffen im Schacht Marie oder die Auseinandersetzung mit Sicherheitsproblemen. Daher wird im Rahmen der einzelnen Texte immer wieder der Bezug zu aktuellen Ereignissen hergestellt.

Bereits Anfang September 2004 wurde eine Wanderausstellung „Morsleben – Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts“ erarbeitet, die zunächst im Uniklinikum Magdeburg und anschließend in der Gedenkstätte Martinbom zu sehen war. Ab März 2005 wird der aktuelle Forschungsstand zum Endlager im Internet aufbereitet. Eine umfangreiche Publikation auch zu den Entwicklungen nach 1990 erscheint voraussichtlich Ende 2005.

Diese Broschüre ist in vier Kapitel unterteilt: Hintergründe, historische Entwicklung, politische Umstände und Ausblick. Im ersten Kapitel wird ein knapper Einblick in die Atomkraft-Problematik und die Sicherheitsprobleme im Endlager Morsleben gegeben. Das zweite Kapitel stellt Informationen zur Vergangenheit der Schichtanlage, der Standortsuche, der Genehmigung des ERAM und den Einlagerungen zusammen. Im darauffolgenden Kapitel werden politische Rahmenbedingungen und Vorgehensweisen dargestellt sowie auf die Situation in der Region zu verschiedenen Zeitpunkten eingegangen. Ein Ausblick auf die Stilllegung des Endlagers und das dazugehörige Planfestellungsverfahren wird im vierten Kapitel gegeben.

Ich hoffe auch für die folgenden Etappen dieses Projekts auf viel Unterstützung von außerhalb und danke an dieser Stelle den ehrenamtlich oder gegen nur geringe Aufwandsentschädigungen tätigen Unterstützerinnen sowie den Institutionen, die das Projekt finanziell mitgetragen haben. Nun wünsche ich viele aufschlussreiche Erkenntnisse beim Lesen dieser Broschüre.

Falk Beyer



Abbildung 1: Der Fordenturm – quasi das Wahrzeichen des ERAM (Foto: Falk Bayer)

2. Hintergründe

2.1. Vom Kraftwerk zum Endlager

Im Atomkraftwerk (AKW) wird die bei der Kernspaltung entstehende Wärmeenergie zur Stromerzeugung genutzt. Heute verbraucht ein typischer Reaktor pro Jahr etwa 33 Tonnen Brennstoff, für dessen Herstellung über einen komplizierten, energiezehrenden und mit vielen Transporten verbundenen Prozess etwa 400.000 Tonnen Uranerz abgebaut und weiterverarbeitet werden müssen. Der größte Teil dieses radioaktiven Materials muss als Atommüll behandelt werden.

Durch die Verarbeitung des Rohstoffs und den Einsatz der Brennstäbe im Reaktor wird weiteres Material kontaminiert, das damit ebenfalls als radioaktiver Abfall behandelt werden muss.

Es gibt verschiedene Klassifizierungen für Atommüll. Die gefährlichste ist die Unterteilung in niedrig-, mittel- und hochradioaktive Stoffe. Dieser Einteilung entsprechend ist das Endlager Morsleben für die Entsorgung niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle zugelassen.

Mit der Nutzung der Atomenergie sind eine Vielzahl von Gefahren verbunden, die starken Einfluss auf Mensch und Umwelt nehmen können. Vier Grundprobleme werden von AtomkraftgegnerInnen besonders betont: Unfallgefahr, Niedrigstrahlung im Normalbetrieb, ungelöste Entsorgung und die Probleme beim Uranabbau.

Durch Unfälle, Verschleiss oder menschliches Versagen kann radioaktive Strahlung aus den Atomkraftwerken in die Umwelt entweichen. Ein Super-GAU kann Hunderttausende von Opfern fordern, wie es beispielsweise in Tschernobyl geschehen ist. Aber Tschernobyl war nicht der einzige Atomunfall. Zu nennen wären beispielsweise der GAU (größter anzunehmender Unfall) im US-amerikanischen Harrisburg 1979, die Unfälle mit Todesfolgen in der britischen Atomanlage Windscale (neute Sellafield) und in der japanischen Atomfabrik Tokaimura. Auch in der BRD gab es mehrere Unfälle, die knapp an einer Katastrophe vorbeischlitterten. So in Biblis und Brunsbüttel, wo beide Male eine Mischung aus technischem und menschlichem Versagen eine hochgefährliche Situation herbeiführten. Jedes Jahr ereignen sich in der BRD über hundert „meldepflichtige Ereignisse“ – Störfälle, die es in solchen Risikolagen nicht geben darf.

Leicht zu unterschätzen ist weiterhin die normale Niedrigstrahlung, die Atomkraftwerke während des Betriebes abgeben. Auch sie kann bereits Erkrankungen wie Leukämie hervorrufen. Radioaktivität ist in jeder Dosis gefährlich. Es gibt keinen Schwellenwert, unterhalb dessen keine Schädigung stattfinden kann. Höhe der Dosis und Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Gesundheitsschadens korrespondieren miteinander.

Ein weiterer Gefährtenfaktor ist die Tatsache, dass dem aktuellen Wissensstand zufolge eine sichere Entsorgung des Atomülls, der teilweise für Millionen Jahre strahlt, schlicht unmöglich ist. Schon bei der Forderung des für den Betrieb des Atomkraftwerkes notwendigen Urans entstehen große Schlammhalden, die sowohl an die Luft als auch an das Grundwasser Radioaktivität abgeben. Die BewohnerInnen der Abbaugelände werden so von den multinationalen Konzernen nicht nur ausgebeutet, sondern auch in ihrer Gesundheit geschädigt.

Letztlich soll der radioaktive Müll in einem Endlager auf unbegrenzte Zeit entsorgt werden. In der BRD existieren heute zwei genehmigte Endlager – das aus DDR-Zeiten stammende Morsleben und das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter. Letzteres ist jedoch aufgrund von Klagen gegen die Genehmigung noch nicht in Betrieb. Bei Wolfenbüttel liegt außerdem das Forschungsbergwerk Asse, wie auch in Morsleben wird dort nicht mehr eingelagert. Hier befindet sich vielmehr mehr Atomüll als in Morsleben. Die Probleme in der Asse ähneln den in Morsleben vorliegenden Sicherheitsdefiziten.

Außerdem ist der niedersächsische Salzstock bei Gorleben in der Diskussion, wo auch ein Zwischenlager für hochradioaktiven Atomüll und eines für niedrig- und mittelradioaktive Abfälle in Betrieb ist. Seit über einem Jahrzehnt schon wird in Gorleben das „Erkundungsbergwerk“ betrieben, das die Eignung des Salzstockes beweisen soll. Alle diese Endlagerstandorte sind seit Jahrzehnten heftig umstritten, da an allen Orten Sicherheitsprobleme vorliegen.

Tatsächlich ist der Zeitraum, über den radioaktives Material sicher gelagert werden muss, kaum überschaubar. Einige Elemente haben Halbwertszeiten von einigen Millionen Jahren, andere noch mehr. Das Uran-Isotop ^{238}U , das in großen Mengen im Kernbrennstoff enthalten ist, zerfällt erst nach etwa 4,5 Milliarden Jahren auf die Hälfte der ursprünglichen Masse. Über solche Zeiträume sind weder tektonische Entwicklungen noch gesellschaftliche Veränderungen (Diktaturen, Kriege etc.) kalkulierbar. Eine gute Lösung für den Atomüll ist nicht in Sicht.

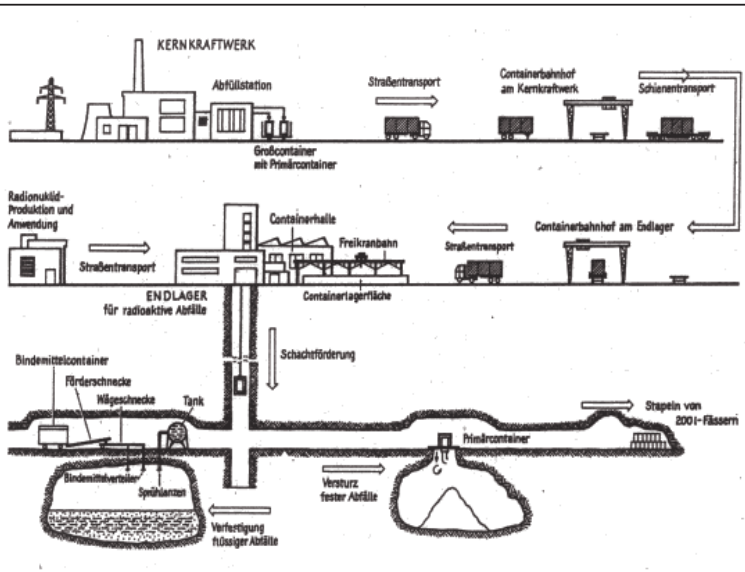


Abbildung B-2 System der zentralen Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle

Abbildung 2: Vom AKW zum Endlager, abgedruckt in SAAS-Report 381 (Quelle: MorsArch 000610)

am 28. Juli 1989
Umweltamt
111010/89

1189 - P. a. P. 1.3.11
Mittagsessen 2,30

Mitbringen-Archiv
001033

Werner Grosse Dr. Sitschacki

Dem Entwurf der Konzeption "Beestellung radioaktiver Abprodukte aus Ernteanlagen der DDR habe ich erhalten und geprüft. Im Übereinstimmung mit der Argumentation der Beratung dieses Entwurfs durch das Forschungslaboratorium Kernenergie komme ich zu der Auffassung, daß die bisher durchgeführten Untersuchungen noch nicht ausreichen, um eine Entscheidung über die vollwertige Erntefähigkeit verschiedener Methoden der Beestellung radioaktiver Abprodukte im Zeitraum bis 2000 zu treffen. Ich stimme mit der Konzeption grundsätzlich überein, daß zur Vorbereitung einer endgültigen Entscheidung noch umfangreiche Forschungsarbeiten, wie sie in der Konzeption dargestellt sind, notwendig werden. Ihnen schreiben vom 30.6.1989 entgegen ich, daß die Steinsiedlerheute Marktanliegen als spätere Endlager für radioaktive Abfälle vor allem vom Standpunkt der Sicherheit für gesundheitliche Voraussetzungen her betrachtet werden müssen, mit diesen ausstehenden Vorlauf des Forschungsprogramms darzustellen. Aus diesem Grunde stimme ich mit Ihnen überein, die Größe der Marktanliegen zu erhalten und die Forschung zur Beestellung radioaktiver Abfälle auf dieses Objekt zu konzentrieren.

- 2 -

Abbildung 3: Vorfestlegung auf den Standort Bartenstein als zu untersuchen des Endlagerbewerks (Quelle: Morsbach 001033)

2.2. Sicherheitsaspekte

Ein Endlager soll als endgültiger Aufbewahrungsort für radioaktive Abfälle dienen. Wegen des Gefährdungspotentials der dort gelegenen Abfälle gilt es, bei der Endlagerung bestimmte Sicherheitsaspekte zu beachten. So sind die radioaktiven (ggf. auch chemotoxischen) Bestandteile der Abfälle so von der Biosphäre zu isolieren, dass der Schutz des Atomults vor Dritten und Umweltverunreinigungen gewährleistet sowie eine Gefährdung von Menschen und Umwelt ausgeschlossen ist.

Außerdem sind spezifische Sicherheitsparameter, z. B. beim Schutz der Mitarbeiterinnen und spezielle technische Sicherheitsanordnungen und der Gewährleistung des Lagerungsprozesses, zu beachten. Entscheidend für die Lagerung ist die internationale Kategorisierung der radioaktiven Abfälle in schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle. Besonders hohe Herausforderungen an die Entsorgung stellen mittel- und hochradioaktive Abfälle dar. Ihre oft langen Halbwertszeiten verlangen eine sichere Lagerung über Jahr-millionen.

Im ERAM liegen besondere Gefahren durch Wasserzutritte, standortbedingte geologische Probleme, die Komplexität der Anlage und die drohende Einsturzgefahr in einigen Grubenteilen vor.

Wenn Wasser in die Einlagerungsbereiche vordringt, korrodieren die Lagerbehälter schneller. Unterirdische Lagerstätten, die einen Wasserzufluß haben, bergen daher ein erhöhtes Sicherheitsrisiko. In der Doppelschichtanlage Bartenstein-Marie sind mehrere Zuflusstellen dokumentiert. Auch über die Schachtröhen selbst dringt Wasser in das Bergwerk ein. Mindestens eine der bekanntesten Tropfstellen steht in Verbindung mit dem Deckgebirge und birgt daher die Möglichkeit einer Wegsamkeit zur Biosphäre in sich.²

Ein von der Reaktorsicherheitskommission (RSK) formuliertes Schutzziel fordert, dass ein Endlager über Tausende von Jahren keine Berührung mit wasserführenden Schichten haben darf. Die bereits im Jahr 1992 von einem Gutachter des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) aufkommenden Bedenken bezüglich einiger Tropfstellen ignorierte die RSK und empfahl den weiteren Betrieb.³

Bereits seit dem Jahr 1989, also vor der Inbetriebnahme des ERAM, war die fragwürdige Standortsicherheit – die Gefahr des Einsturzes von Grubenteilen – bekannt. Zur Beurteilung dieses Problems nahm die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Auftrag des BfS gebirgsmechanische Untersuchungen vor. Ergebnisse der Untersuchung waren u. a., dass

- es kritische Bereiche gibt, für die das Versagen von Schweben langfristig nicht ausgeschlossen werden kann,

- die Integrität der Salzgesteinsbarriere nicht überall gegeben ist,

- in bestimmten Bereichen die Voraussetzungen für Wasserzutritte erfüllt sind. Die Einsturzgefahr ist auch anderen Untersuchungen zufolge vor allem durch die „lautenden Schädigungsprozesse“, zu schwache Pfeiler und Zwischendecken sowie durch unkontrollierte Zuflüsse aus dem über dem Salzgestein liegenden Deckgebirge bedingt.⁴

2001 stütze ein über 4.000 Tonnen schwerer Salzbrocken von der Decke eines Hohlraumes.⁵ Weitere „Löserfälle“ gab es zuvor schon in anderen Grubenbereichen. Handelt es sich um lokale Schäden, ist dadurch vor allem das Betriebspersonal gefährdet. Löserfälle mit „globaler“ Auswirkung können die Standsicherheit größerer Teile des Bergwerks beeinflussen.

Das Gebiet des ERAM erstreckt sich auf 5,6 Kilometern Länge und 1,4 Kilometern Breite, bei einer Tiefe von bis zu 524 Metern.⁶ Das Hohlraumvolumen der Doppelschichtanlage umfasst 5,8 Mio. Kubikmeter.⁷ Die vorhandenen Stollen, Kammern und anderen Hohlräume sind Aussagen des BFS zufolge noch immer nicht vollständig mit ihrem Risswerk erfasst.⁸ Aufgrund dieser Komplexität der Hohlräume ist die Anlage kaum überschaubar. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die vorzunehmenden Sicherheitsberechnungen haben.

Die geologischen Voraussetzungen am Standort Morsleben sind nach Aussagen verschiedener Wissenschaftler denkbar ungeeignet für ein atomares Endlager. Zum Beispiel durchziehen leicht lösliche Kalksalz- und Hauptanhydrit-Schichten den Salzstock und wurden an mehreren Stellen durch den Salzabbau erschlossen.⁹ Wenn nun größere Wassermengen in das Endlager eindringen, sind es vor allem die Kali-Salzschiechten, die zuerst gelöst werden. Da sie den Salzstock zum Teil bis zum Deckgebirge durchdringen, können hier Wasserwegsamkeiten entstehen, durch die dann kontaminierte Lösungen an die Biosphäre gelangen.

Laut RSK muss eine 150 Meter mächtige Salzschiecht zwischen dem Endlager und der darüber liegenden Erdkruste bestehen, um die akute Einsturzgefahr zu bannen. In Morsleben jedoch misst die Salzschiecht mancherorts nur 32 Meter.¹⁰ Eine funktionierende geologische Barriere wird als wesentliche Voraussetzung für den Nachweis der Langzeitsicherheit betrachtet.

Atomüllkippe Morsleben

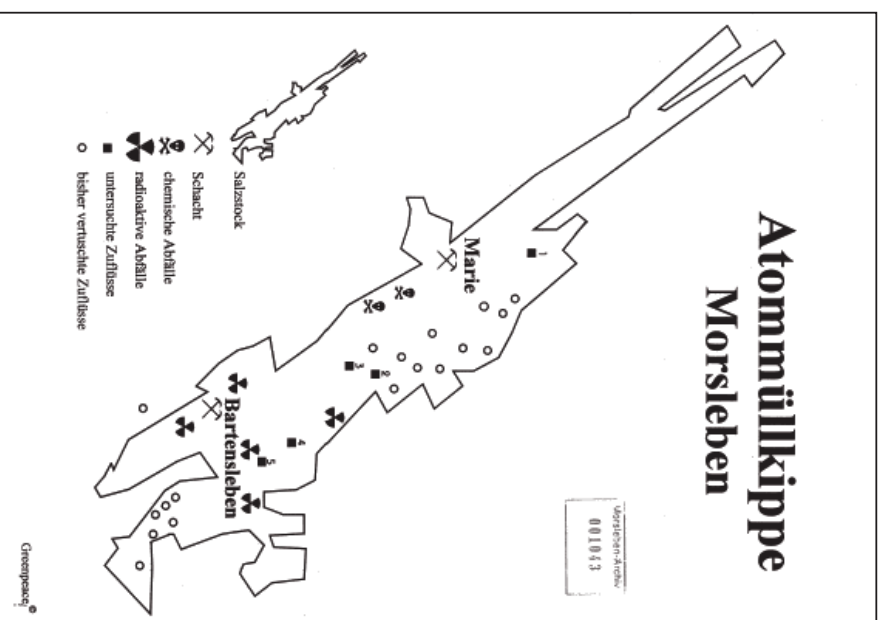


Abbildung 4: Quelle: MorsArch 001043

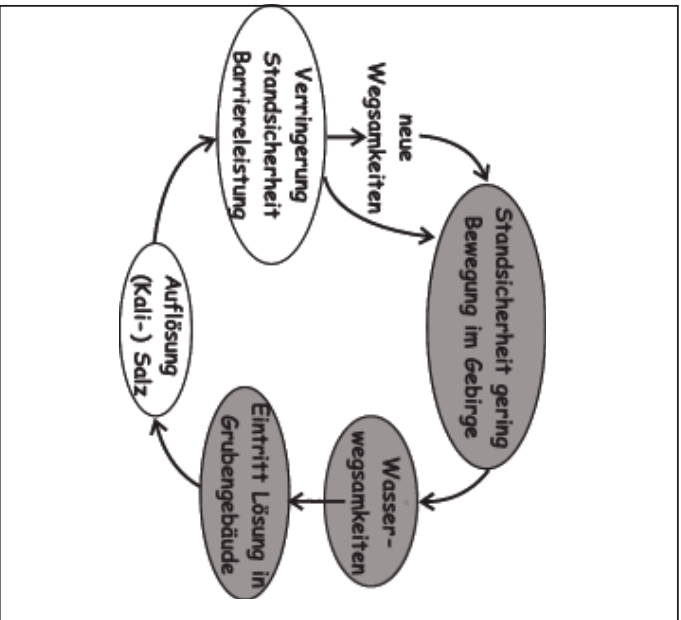


Abbildung 5: Komplex Standsichertheit (Quelle: Gruppe Ökologie Hannover – Morsleben-Seminar am 20./21.03.2004)

Die Grafik (Abbildung 5) zeigt schematisch das Zusammenwirken von Faktoren wie Stabilität und Wasserzufüssen. Die grau unterlegten Faktoren liegen in Morsleben nachweislich vor. Erkennbar wird bei diesem Schema der Gruppe Ökologie Hannover, dass die Sicherheitsmängel sich gegenseitig verstärken und eine Spirale bilden, die das Freisetzungssisiko immer weiter erhöht. Eine Herausforderung des Langzeitsicherheitsnachweises ist es, diese Spirale aufzubrechen und zu stoppen.¹¹

Quellen:

- 1 VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“, BT Endlager f. radioaktive Abfälle, Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Barthenleben vom 11.09.1996, 04.12.1996, MorsArch 000665
- 2 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629
- 3 Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638, AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1972–1998, <http://www.ag-schachtkonrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192
- 4 Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638; VE Kombinat KKW „Bruno Leuschner“, BT Endlager f. radioaktive Abfälle: Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Barthenleben vom 11.09.1996, 04.12.1996, MorsArch 000665; Albert Günter Herrmann: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), Lösungsverkommen in den Grubenfeldern Marie und Barthenleben: Stoffbestand, Herkunft, Entstehung. Eine Dokumentation (Abschlussbericht für den Zeitabschnitt 1. Januar bis 1. Dezember 1993), 28.02.1994, MorsArch 000808
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben – Firstfall im Abbau 3s der 2. Sohle Barthenleben, <http://www.bfs.de/press/aktuell/eram/kek0107.htm>, 08.07.2002, MorsArch 000649; Bundesamt für Strahlenschutz: Firstfall im Abbau 3s der 2. Sohle Barthenleben, <http://www.bfs.de/endlager/morsleben/html/firstfall.html/printversion>, 25.09.2003, MorsArch 000660
- 6 Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, vermutlich 1981, MorsArch 000074; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 7 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 8 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071; RSK: Sicherheitsanalyse Morsleben (Anlage 1 zum Ergebnisprotokoll der 280. RSK-Sitzung am 20.03.1991), MorsArch 000482
- 9 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 10 Greenpeace: verschiedene Unterlagen, u. a. „Morsleben. Die atomare ‚Tropfenrinne‘“, Einladung zur Pressekonferenz, Unveröffentlichte Dokumente, Atom-Endlager Morsleben extrem gefährlich“, Schreiben von RAs Bernd, Günther, Deuber, v. Brevem, Heidel, Schipmann an Greenpeace, „Strategiepapier Morsleben“ (Gruppe Ökologie), rechtliche Betrachtungen von RA Günther, 1993, MorsArch 000828
- 11 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004

3. Historische Entwicklung

3.1. Lage

Der Salzstock, in den der Atommüll eingelagert wurde, ist 40 bis 50 Kilometer lang und durchschnittlich 2 Kilometer breit. Im Schacht „Bartenstleben“ wurden sieben Bergwerksetagen („Sohlen“) abgeteuft.¹ Die so entstandenen Kammern sind bis zu 120 Meter lang und 40 Meter breit.²

Morsleben verfügt über einen Autobahnanschluss an die A2, die früher die wichtigste Transitstrecke zwischen „Ost“ und „West“ darstellte. Da das Endlager keinen eigenen Gleisanschluss hatte, wurde der Atommüll oft zu einem naheliegenden Güterbahnhof transportiert und von dort mit LKW nach Morsleben gebracht.

Das Bergwerk liegt im „Oberen Allertal“ im heutigen Sachsen-Anhalt, nahe Helmstedt. Zu DDR-Zeiten gehörte das Gebiet zum grenznahen Bereich, der besonderen Sicherheitsvorkehrungen unterlag.³ Morsleben ist ein Dorf der Verwaltungsgemeinschaft Beverspring und zählt zum Landkreis Ohrekreis mit der Kreisstadt Haldensleben. Doch die Geschichte der Schachtanlagen beginnt bereits am Ende des 19. Jahrhunderts.

Quellen:

- 1 Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, vermutlich 1981, MorsArch 000074, Bundesamt für Strahlenschutz; Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 2 DBE: Morsleben; Allgemeine Beschreibung des Projekts, http://www.dbe.de/morsleben_1_0.htm, 13.11.2003, MorsArch 000654
- 3 Rat des Kreises Haldensleben: Führungskonzeption für die massenpolitische Arbeit des Kreises mit den Bürgern in den Gemeinden entlang der Staatsgrenze West für die Jahre 1969 und 1970, 29.01.1969, MorsArch 001035

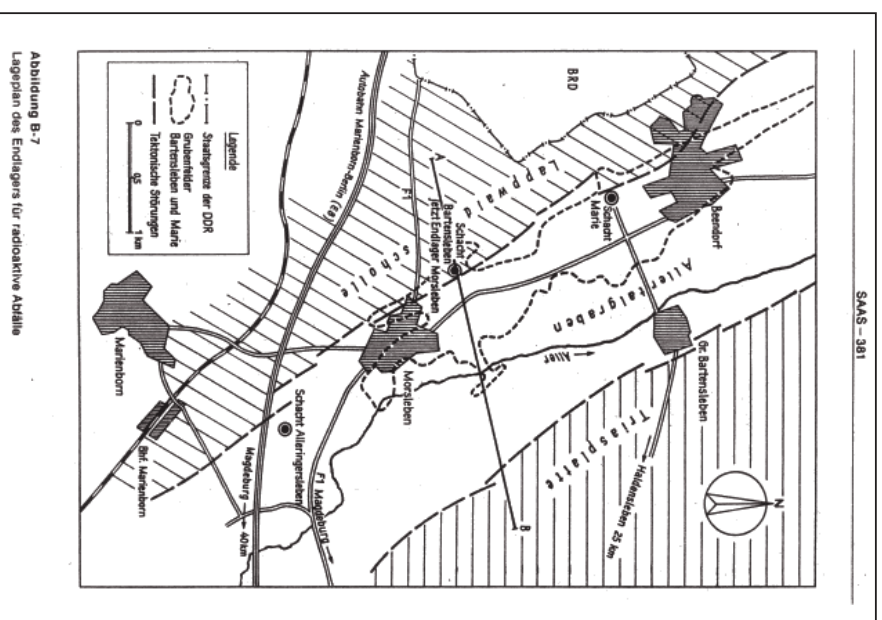


Abbildung 6: Quelle: SAAS-Report 381

3.2. NS-Vergangenheit der Schachtanlagen

Umnutzung der Bergwerksanlagen

Bereits in den Jahren 1934–1937 hatte der Burbach-Konzern, dem die Schächte Marie und Bartenleben gehörten, mehrere seiner stillgelegten Werke – darunter auch Schacht Marie – an Wehrmacht und Luftwaffe verpachtet.¹ Ab dem 05.07.1937 ließ die Luftwaffe auf dem zum Schacht gehörenden Fabrikgelände eine Munitionsanlage errichten.² Unter Tage wurden 152 Kammern aufgeföhren und zu Lagerräumen für Flugzeugordmunition ausgebaut.

Im Februar 1944 wurden beide Schachtanlagen für die Rüstungsproduktion der Luftwaffe beschlagnahmt. Die unterirdischen Räume und die Gebäude der Luftmunitionsanstalt wurden an zwei Rüstungsfirmen vermietet.³

Die Entscheidungen zur Untertageverlagerung und zum Einsatz von KZ-Häftlingen fanden seitens des Reichsluftfahrtministeriums und Rüstungsministeriums auf Minister- und Amtsebene statt. ab März 1944 lag die Verantwortung beim Jägerstab. Grund für die Verlagerung wichtiger Industriezweige war die Bedrohung der Produktion durch Bombardierungen; der KZ-Häftlings-Einsatz war eine Folge des Arbeitskräftemangels im Deutschen Reich.

Entgegen manchen Vermutungen bedeutete der Arbeitseinsatz nicht automatisch eine Lebenszeitverlängerung oder Verbesserung der Bedingungen für die Häftlinge. Den beteiligten Unternehmen waren die Arbeitsbedingungen der KZ-Häftlinge bekannt; der einzige Grund für das anfängliche Zögern, ihrem Einsatz zuzustimmen, war der Wunsch nach qualifizierten Fachleuten, die schwer zu bekommen waren. Die Kriegswirtschaft des Nazi-Reichs konnte ihren Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr stillen. Daher wurden anfangs Arbeiter in den besetzten Gebieten zwangsrekrutiert und später auch Häftlinge eingesetzt. Gegen die SS-Beteiligung – denn dieser unterstanden die KZ-Häftlinge und damit war die SS an deren Einsatz beteiligt – an der Untertageverlagerung hatten die Betriebe nichts einzuwenden.

Auch die Bevölkerung durfte durch Bergleute und einquartierte Zivil- und Bauarbeiter in gewissem Umfang über das KZ und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge informiert gewesen sein.

Die ersten weiblichen KZ-Häftlinge traten Ende Juli/Anfang August 1944 im Beandorfer Frauen-KZ ein.⁴ In den folgenden Monaten stieg die Zahl der weiblichen Häftlinge auf über 2.000 Personen an. Sie wurden zunächst zur Herstellung von V1-Steuern eingesetzt. Die V1 war eine der „Wunderwaffen“ der Nazis, mit denen der Kriegsausgang doch noch zu ihrem Vorteil gewen-

det werden sollte. Es handelte sich hierbei um eine ferngelenkte Bombe, die massenhaft auf gegnerischen Boden zum Einsatz kommen sollte.

Gegen Kriegsende dienten die (Untertage)-Verlagerung nur noch zur Sicherstellung des wertvollen Maschinenparks; ab Februar 1945 wurden bereits produzierte Teile z. T. nicht mehr verschickt.⁵

SS und Privatfirmen Hand in Hand

Die Bau- und Installationsarbeiten auf Bartenleben und Marie wurden vor allem von folgenden Firmen durchgeführt: Hoch- und Tiefbau Grunewald, Berlin; Riefenstahl, Berlin (Bewehrung, Luftanlagenbau); Siemens & Halske (Elektrikinstallation) und Preussag (Wasserversorgung und Leitungsneueverlegung).⁶ Bei den unter SS-Leitung arbeitenden Privatfirmen kamen KZ-Häftlinge als Leiharbeiter zum Einsatz.⁷ Hauptaufgabe der lokalen SS-Führungsstäbe war es, die unterirdischen Räume für die Aufnahme der Rüstungsproduktion vorzubereiten und den Rüstungsfirmen bezugsfertig zu übergeben.⁸

Für Bartenleben war die „SS-Sonderinspektion I“ und der „SS-Führungsstab A3“ zuständig.⁹ Ursprüngliche Motivation der SS war die Stärkung ihrer Machtposition in der NS-Polykratie. Dazu sollten SS-eigene Rüstungsprojekte errichtet werden. Als dies scheiterte, versuchte die SS durch Anbieten der ihr unterstehenden KZ-Häftlinge auf Umwegen zu mehr Einfluss in der Rüstungsindustrie zu gelangen. Um seinerzeit den Einfluss des Rüstungsministeriums unter Speer zu verringern, bezog Luftwaffenminister Göring die SS in wichtige U-Verlagerungs-Vorhaben mit ein.

Da die SS nicht die notwendigen Fachleute besaß, beschränkten sich ihre Kompetenzen auf Sicherungs- und Bestrafungsmaßnahmen. Im Außenlager Beandorf setzte sie so trotz allgemeinem Arbeitskräftemangel die NS-Rassenideologie durch, schikanierete Häftlinge und vollzog einen systematischen Vernichtungsfeldzug („Vernichtung durch Arbeit“) vor allem gegen russische und jüdische Menschen. Diese hatten am meisten unter der SS-Herrschaft zu leiden, obwohl auch die anderen Häftlinge unmenslicher Behandlung unterzogen wurden.

Hauptsächlich sollte die KZ-Haft der Bekämpfung der politischen GegnerInnen dienen und bedeutete für diese den *Zwang zu völliger Untertanung und Erbringung gleichigen eigenen Willens. Das gesamte System war darauf ausgerichtet, die eingewiesenen Menschen durch körperliche und seelische Gewalt in einen Zustand ständiger Existenzangst zu versetzen, um sie zu gänzlich willföhren und willföhren Befehlsempfängern zu machen.*¹⁰ Außerdem ging es besonders in der letzten Kriegsphase um die ökonomische Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge als Ziel des Arbeitseinsatzes.¹¹

Wie bei allen SS-Bauvorhaben gab es eine Verbindungsstelle zum Sicherheitsdienst (SD) der SS, der vor allem das Kontaktverbot zu überwachen, Flucht- vorbereitungen aufzudecken und Sabotagen in den Rüstungsbetrieben zu verhindern hatte. Die Mitglieder dieser SD-Stellen waren Gestapo-Beamte. Zu- ständig für das Bauvorhaben A3 war ein Kriminalinspektor im Rang eines SS- Untersturmführers der Stapelstelle Magdeburg.¹²

Nach Morleben und Beendorf verlagerte Firmen¹³

- Askania AG, Berlin-Friedenau
- Codename „Ingenieur-Büro-Niedersachsen AG, Helmstedt“
- mehrere Askania-Tochterfirmen, u. a. die I.B.-Werke und die Fluggerä- werk GmbH (FGW), beide aus Lódz, Polen
- Luftgerätewerk Hakenfelde GmbH, eine Tochterfirma von Siemens & Halske und Siemens Schuckertwerke, Berlin-Spandau“
- Codename „Salzbaubetrieb Beendorf (S. A. B.)“



Abbildung 7. Dieser Artikel aus der NS-Zeit preist euphorisch das Programm der Unterlageverlagerung kriegswichtiger Produktionsstätten der Nazis an. (Quelle: Gedenkstätte Beendorf)

SS-Arbeitslager Beendorf

Anfangs war Beendorf ein Außenlager von Buchenwald; im Zusammenhang mit der U-Verlagerung wurde es dem KZ Neuengamme unterstellt.¹⁴ Baubeginn war der 17. März 1944.¹⁵ Das schon im Rahmen der Erweiterung der Luft- munitionsanstalt 1940 geplante Kriegsgefängnislager befand sich an der Chaussee zwischen Beendorf und Morleben.¹⁶

Zusammengerechnet mit den Appellen und der Aufstellung der Kommandos dauerte eine Arbeitsschicht 15 bis 16 Stunden.¹⁷ Es gab im wesentlichen drei Arbeitsbereiche: Erd- und Baubarbeiten, Installations- und Montagearbeiten und Arbeit in der Rüstungsproduktion.¹⁸

... die SS-Leute und die deutschen Zivilarbeiter liefen herum und jagten uns mit Peitschen, Knütteln und Gummistöcken. Aus allen Ecken wurde geschlagen und gebrellt, es war wie im Irennhaus. ... Links und rechts hörten wir Explosionen, das Sprengen mit Dynamitpatronen, dann die glühigen Dampf-, in denen wir arbeiten mussten. ...¹⁹ Bei der Arbeit wurden die Häftlinge gezielt verschlissen. Wer ausfiel wurde durch neues „Material“ ersetzt. Bestimmte Häftlingsgruppen und schwache Gefangene wurden als „unnütze Esser“ für besonders schwere Arbeiten eingesetzt.

Mangels Zulieferungen fehlte es gegen Kriegsende an „richtiger“ Arbeit und die Häftlinge wurden mit ökonomisch sinnlosen Arbeiten schikaniert: ... wenn es nichts zu tun gab, nun, dann zerstörte man das, was gemacht war, um wieder anzufangen. Die SS machte auf diese Weise deutlich, dass die Arbeit der Häftlinge nicht die Erledigung bestimmter Aufgaben zum Zweck hatte, sondern für die „Schutzhaftlinge“ die schlimmsten und verdummensten Zu- stände aufrechterhalten sollte.²⁰

An der Terrorisierung der Häftlinge im Baubereich waren im gleichen Maße wie die SS auch einige zivile Vorgesetzte beteiligt – insbesondere zwei leitende Askania-Angestellte und zwei Vertreter der Baugruppe Schlempp.²¹ David Rousset, einer der Häftlinge, berichtet: Die Zivilisten und Militärs betrachteten uns als Abschaum der Menschheit. Wir hatten in ihren Augen nichts menschliches mehr.²²

Die vom Ernährungsministerium beschrankten Verpflegungssätze ergaben für normale Häftlinge umgerechnet 1830 kcal pro Tag. Dies ist etwas mehr als der Bedarf eines liegenden Menschen in völliger Ruhe!²³ Allerdings erhielten mangels Bereitstellung und zwecks Disziplinierung die normalen Häftlinge noch nicht einmal diese Nahrung.

Die Unterbringung der Häftlinge erfolgte in zwei Hallen der Luftmunitionsanstalt. In Halle Nr. 13 wurden 800 Männer im Erdgeschoss und 1.200 Frauen in der ersten Etage, davon räumlich getrennt wurden in Halle Nr. 14 die jüdischen

Frauen untergebracht. Nachts wurde das von Stacheldraht umzäunte und von hölzernen Wachtürmen umgebene Gelände mit Scheinwerfern ausgeleuchtet.²⁴ Durch die Überbelegung und den Zustand der Unterkünfte war es den Häftlingen nach der schweren täglichen Arbeit nicht möglich die erforderliche Ruhe und Erholung zu finden. Die meisten Toten gab es dementsprechend nicht durch Strafmaßnahmen gegen die Häftlinge, sondern infolge der un-menschlichen Überbeanspruchung.

Zeuglinenaussagen zufolge war das Beendorf Lager besonders schmutzig.²⁵ Ansteckende Krankheiten konnten sich aufgrund immer stärkerer Überfüllung der Unterkünfte, dem Mangel an Essgeschirr und der unzureichenden Hygienevorkehrungen schnell verbreiten.²⁶

Mit dem Vorrücken der gegnerischen Truppen wurden die Konzentrationslager der Nazis geräumt, weil die Gefangenen nicht in die Hände der Feinde geraten sollten. Auch das Außenlager Beendorf war davon betroffen. Der Lagerführer Beendorf hatte mit seiner Anordnung der Räumung des Lagers den Tod der wahrscheinlich meisten Menschen in diesem KZ zu verantworten. Viele Menschen überlebten den Abtransport nicht. Es ist von regelrechten Massakern in die Rede, bei denen alles niedergeschlagen wurde, was den AufseherInnen in die Hände geriet. Anfangs konnten die Gefangenen in den Waggons nur stehend schlafen, da sie Schulter an Schulter stehen mussten. Zuletzt war soviel Platz, dass sie liegen konnten.

Kriegswaffenproduktion auf Schacht Bartenleben

Vorrangig sollten die Askania-Werke verlagert werden, ausschlaggebend für diese Entscheidung waren vermutlich die Bedeutung der Produktion und mehrere Bombenangriffe auf die Berliner Betriebsanlagen.²⁷ Am 29. 12.43 beschligte ein Kommando des „Sonderstabes Höhlert“ in Begleitung von Firmenvertretern den Schacht Bartenleben und beschloss die unterirdischen Räume.²⁸ Generalfeldmarschall Milch besichtigte die Anlage zwei Monate später (22.02.1944) mit seinem Stab noch einmal persönlich.²⁹ Am 8. März 1944 ließ das Rüstungsamt des Rüstungsministeriums die Schachanlage Bartenleben für die Jagdflugzeuge fertigenen Luthenwerke aus Braunschweig und die Berliner Askania-Werke sperren.³⁰

Im Frühjahr 1944 erfolgte die Verlagerung nach Morleben. Diese unter SS-Führung als Großbauvorhaben SS „A3“ geführte Unternehmung gehört zu den 20 wichtigsten Objekten der U-Verlagerung, die sich die SS-Bauroganisation Kammler gesichert hatte. Es handelte sich nach der Daimler-Benz-Verlagerung in den Markirchener Tunnel bei Schlettstatt im Elsass um das zweit-

teuerste Vorhaben der zehn A-Maßnahmen.³¹ Es wurden A- und B-Maßnahmen unterschieden, wobei erstere die U-Verlagerung in bestehende Hohlräume und letztere die Erschließung neuer Bergwerksanlagen beinhalteten. Mitte April 1944 wurde auch eine Tochterfirma der Askania-Werke, das Fluggerätekwerk GmbH (FGW) nach Morleben verlagert.³²

Die Produktionsaufnahme der Askania-Werke in Bartenleben startete wie geplant Anfang Mai 1944.³³ Anfang August 1944 war der zweite Bauabschnitt in Morleben fertig gestellt.³⁴ Am 7. Dezember 1944 war die Maschineneinlagerung *im Wesentlichen beendet*.³⁵

Die Askania-Werke produzierten auf der 2., 2a- und 3a-Sohle des Bergwerks. Auf jeder Sohle wurden vier Räume eingerichtet, jeder etwa 100 Meter lang, 25 bis 50 Meter breit und 15 Meter hoch.³⁶ Ende Oktober 1944 wurden hier etwa 6.500 Personen eingesetzt, davon 2.500 deutsche Arbeiterkräfte, 1.500 ausländische Arbeiterkräfte und 2.500 Fertigungsflüßlinge.³⁷ Ende Januar 1945 wurde ein Zweigbetrieb aus Hirschberg/Schlesien mit 600 Beschäftigten nach Morleben verlegt, da die Rote Armee bedrohlich vorrückte.³⁸ In zwölf zu Fabrikationshallen ausgebauten unterirdischen Hohlräumen befanden sich die Arbeitsplätze der Frauen.³⁹

Von den Askania-Werken wurden in Morleben elektromechanische Teile für Luftwaffe und Marine produziert. Vor allem handelte es sich um die automatische Steuerung und den Fernkompass der V1, aber neben anderen Geräten für verschiedene Flugzeugtypen auch um die hydraulischen Servomotoren für die V2. Außerdem wurden Sehrohre für U-Boote und Torpedosteuerungen hergestellt.⁴⁰ Die permanente Missachtung von Brandschutzvorschriften verärgerte sogar den zuständigen Bergbaupräsidenten.⁴¹

Kriegswaffenproduktion auf Schacht Marie

Nach Beendorf, in den Schacht Marie, wurde die Fertigung der Luftgerätekwerk Hakentide GmbH verlagert. Der Schacht wurde am 25. Juli 1944 vom Rüstungsamt des Rüstungsministeriums für das Unternehmen gesperrt. Der Produktionsstandort Schacht Marie erhielt den Codenamen „Bildloge“; Bartenleben wurde als „Jills“ innerhalb des U-Verlagerungsprogramms geführt.⁴²

Die Siemens-Tochter fertigte in Zusammenarbeit mit Askania einen neuen Kompass für die V1.⁴³ Auch die Produktion der Rudermaschine K12, die in der Flakrakete „Enzan“ Verwendung fand, wurde vom Luftfahrtgerätekwerk Beendorf verlagert.⁴⁴ Mitte Februar 1945 siedelten beide Firmen gemeinsam mit ihren Entwicklungs- und Erprobungsabteilungen von Diepensee im Süden Berlins nach Beendorf und Morleben über.⁴⁵

Im Dezember 1944 waren die Bauarbeiten im Schacht Marie fast abgeschlossen. 19 Normalarbeitsräume und ein großer Arbeitsraum im Stüdfeld sowie 15 weitere Räume im Nordfeld wurden auf der 360 Meter-Sohle fertiggestellt. 46 Die von der Firma nicht genutzten unterirdischen Räume wurden vor allem als Lageräume für Fallschirm- und Rohseide verwendet.⁴⁷

Der Einzug der Luftgerätewerk Hakenfelde GmbH begann Ende Januar 1945, am 1. Mai hätte die Produktion in vollem Umfang anlaufen sollen. Allerdings gab es Verzögerungen, so dass zum Kriegsende erst zwei Drittel der Untertage-Fabrik fertiggestellt waren.⁴⁸ Vor allem jüdische Frauen wurden wegen der schlechteren Arbeitsbedingungen auf Schacht Marie eingesetzt.⁴⁹

Strafen

- Stundentlanges Stehen auf dem Appellplatz
- Essensentzug
- Stratarbeit
- Strafexerzieren
- Postverbot
- sogeannter „Sport“, d. h. schikanöse Leibesübungen
- Kommandoverschlechterung
- Stock- und Peitschenhiebe

Für die „Bauhäftlinge“ kam außerdem die Versetzung in ein Strafkommando, das in einer Kleigrube Schwerstarbeit zu verrichten hatte, in Frage.⁵⁰ Außerdem gab es mehrere „offizielle“ Hinrichtungen für Fluchtversuche,⁵¹ Sabotage wurde auch als Grund für eine Exekution geführt.

Verantwortliche Lagerführer

SS-Obersturmführer Gerhard Poppentagen war Lagerführer in Beendorf und hatte damit den höchsten Rang inne.⁵² Für die Häftlinge maßgeblicher war der Block- und Rapportführer vom Rang eines SS-Rottenführer Anton Jansen Brunken, dessen Bewertung durchweg negativ war.⁵³ Karl Adolf Bretschneider, der an der Spitze der Wachmannschaften der Luftwaffe stand, machte sich u. a. an der Misshandlung weiblicher KZ-Häftlinge schuldig.⁵⁴

Quellen:

alle aus: Bjom Kooger: Rustung unter Tage, Metropol Verlag, Berlin, 2004

1 Barandkei, Rustungsprojekte, Kapitel 2. Die Untertageverlagerung von Munitionslagerstätten (1933–1936), S. 34–53

2 Anmeldung der Reichsbaustelle, Bauleitung der Luft-Munitionsanstalt Beendorf an Bürgermeister, 5. Juli 1937, Kreisarchiv Haldensleben, Bestand A 57

3 Kurt Ohendorf, Zur Geschichte des Burchach-Konzerns von seiner Konstituierung im Jahre 1928 bis zur Entgelnung im heutigen Hoheitsgebiet der DDR im Jahre 1946 – Teil IV, im: Wornitzelder Beiträge 13 (1986), S. 77–93, hier: S. 81

4 Aussage Betty H., ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 707/4, S. 172 f.; Aussage Hildegard T., Staatsarchiv der Hansestadt Hamburg, Bestand 213-11. Staatsanwaltschaft Landgericht-Stratsachen, 9172/48 Verfahren gegen Annemee O. und andere wegen Misshandlung weiblicher Häftlinge im Außenlager Beendorf des KZ Neuenгамme, Bl. 9; Aussage Betty A., ebenda, Bl. 14; Aussage Lisa G., ebenda, Bl. 39 f.

5 Erinnerungsbbericht Krysyna Razinska, Erinnerungsbbericht Dohse, Erinnerungsbbericht Elziga Piotrowska, Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuenгамme, Ravensbrück-Beendorf, S. 236–246

6 Zusammenstellung der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung der A-Vorhaben des Sotortprogramms für bombensichere Unterbringung der Jägerindustrie, 16. März 1944, BArchB R 7/1192, Bl. 100; ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 707/4, S. 188; Bericht über die Bauleitung / Bericht über die Firma IBN, Archiv des Kreisenseums Haldensleben; Bergamt Braunschweig an OBA Clausthal-Zellerfeld, 1. August 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 45; Bergamt Braunschweig an OBA Clausthal-Zellerfeld, 18. Mai 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang Nr. 2133, Bl. 2; Bericht über die Besprechung des SS-Führungsstabes A3, des Ingenieurdeuts Schlempp und des Baurenheimers Pressung, 24. August 1944, Kreisarchiv Haldensleben, Bestand II 7/5, Bl. 43 f.; OBA Clausthal-Zellerfeld an Bergamt Braunschweig, 4. August 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 45; Aktenmerk des OBA Clausthal-Zellerfeld, 16. August 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 51 f.

7 Demps, Kriegswirtschaft, S. 275 f.

8 Schreiben Kammlers an Oberberghauptmann vom 16. März 1944, zit. bei Blanke-Bohne, Porta-Westfalica, S. 34

9 Zusammenstellung der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung der A-Vorhaben des Sotortprogramms für bombensichere Unterbringung der Jägerindustrie, 16. März 1944, BArchB R 7/1192, Bl. 99

10 Kalenburg, Vernichtung durch Arbeit, S. 48

11 Kalenburg, Vernichtung durch Arbeit, S. 53 ff. und S. 421; Blanke-Bohne, Porta-Westfalica, S. 102

12 Zusammenstellung der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung der A-Vorhaben des Sotortprogramms für bombensichere Unterbringung der Jägerindustrie, 16. März 1944, BArchB R 7/1192, Bl. 99; Fröbe, „Wie bei den alten Aglytern“, S. 438; Blanke-Bohne, Porta-Westfalica, S. 75 f.; Neander, Mittbau-Dora, S. 84

13 Bandoly, Faschistische Strafager im Kreis Haldensleben, S. 52 ff.; Ohendorf, Geschichte des Burchach-Konzerns, Teil 4, S. 81

14 Roussel, Les jours de notre mort, S. 280; Bandoly, Faschistische Strafager im Kreis Haldensleben, S. 53; Albrecht, Gewaltverbrechen des deutschen Imperialismus, S. 13

15 Liste der U-Vornamen, abgedruckt bei Schumann, Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, S. 235

16 Lagepläne der Bauleitung der Luftwaffe Beendorf vom 31. Juli 1940, BArchDH, Bestand Burchach Kälwerke AG, All, BU, B 55 b

17 Fahrplan für Hauptförder Schacht Bartensleben, SS-Führungsstab A3 / Rustungsstab, 14. Oktober 1944, BArchB R 7/1181, Bl. 97

- 18 Banke-Bohne, Porta-Westfalica, S. 81; Förde, „Vernehmung durch Arbeit“, S. 235 f.; Kogon, SS-Staat, S. 112.
- 19 Aussage Wijnand L., ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 70/74, S. 189/21
- 20 Rousset, L'Uniers concentrationnaire, S. 112; Wagner, Produktion des Todes, S. 365
- 21 Bericht über die Baulieferung, Bericht über die Firma IBN, Archiv des Kreisseminars Haldeleben
- 22 Rousset, Les jours de notre mort, S. 352 f.
- 23 Banke-Bohne, Porta-Westfalica, S. 111 f.
- 24 Aussagen Ameliese O., Erna D. und Hildegard T., ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 21/76, S. 673 f. und S. 700 ff.; Aussagen von Angehörigen des Unternehmensbanden, National Archives, Washington/USA, NARA, RG 338, box 537, Records of Headquarters, U.S. Army, Europe (USAREUR), War Crimes Section, War Crimes Case Files (Cases not filed), 1944-1948, File 000-50-104, Rousset, Les jours de notre mort, S. 367 und S. 443; Rohmer, Hilmstedt, mine de sel, S. 299 und S. 307; SA-PMO 94/6.V./280/19, S. 1, Mitteilung des SS-Führungsgabes A3 an die Gaudelung, 19. Oktober 1944, LHASA, MD, Rep. C 20, Ib, Nr. 3393 (II), Bl. 176 f.
- 25 Erinnerungsbereich T. L., NIOD, Bestand C [16 07]
- 26 Fröbe, Vernehmung durch Arbeit“, S. 245; Kelenburg, Vernehmung durch Arbeit, S. 363 ff.; Kogon, SS-Staat, S. 169; Wagner, Produktion des Todes, S. 482 f.
- 27 StGL-FM/RJK-Besprechung vom 16. Dezember 1943, BAMA, RL 3.32, Bl. 1255; Steno-grafische Niederschrift der GL-Besprechung vom 20. April 1943, BAMA, RL 3/20, Bl. 5157 f.
- 28 Burbach-Konzern an OBA Clauschal-Zellerfeld, 4. Januar 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 2
- 29 Bericht OBA Clauschal-Zellerfeld über die Befragung von „Bartensleben“ durch General-feldmarschall Milch, 24. Februar 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 9 f.
- 30 Rüstungsministerium an Rüstungsinspektion Magdeburg, 8. März 1944, BArchB R 7/1178, Bl. 49; Oberberghauptmann an OBA Clauschal-Zellerfeld, 21. Dezember 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 97
- 31 Anlage eines Schreibens an das Rüstungsinspektorat vom 8. April 1944, BArchB R 7/1192, Bl. 68 f.
- 32 Erinnerungsbereich Herbert K., ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 70/74, S. 544 ff.; Bericht Nikolaas v. B., Archiv der Gedenkstätte Beendorf, Bericht Zella H., ebenda, Bericht Hanna L., ebenda
- 33 Erinnerungsbereich Nikolaas v. B., Archiv der Gedenkstätte Beendorf
- 34 OBA Clauschal-Zellerfeld an Oberberghauptmann, 8. August 1944, BArchB R 7/1216, Bl. 11
- 35 OBA Clauschal-Zellerfeld an Oberberghauptmann, 7. Dezember 1944, BArchB R 7/1217, Bl. 5
- 36 LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 2, Bl. 9 und Bl. 98; Mitteilung der Gewerkschaft Burbach an das Reichswirtschaftsministerium betreffend die „Bewertung un-terrichtlicher Fertigungsbeile“ vom 25. Juli 1944, BArchB R 7/1233, Bl. 72
- 37 Mitteilungen des SS-Führungsgabes A3 an die Gaudelung, 19. Oktober 1944, LHASA, MD, Rep. C 20, Ib, Nr. 3393 (II), Bl. 176 f.; IBN-Vorkriegsleistung Nr. 25/45, Befehl, Fahplan-änderung, 26. Januar 1945, LHASA, MD, Rep. I A1, IBN, Nr. 2, Bl. 1; CIOS-Report Target No. Y 2019, Askania Werke Berlin at Bartensleben, Salt Mine, Morsleben“, PRO, FO 1062/68, Bl. 4

- 38 Bericht über die Verlagerungsaktion, Bauvorhaben Ills, 23. Februar 1945, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 129
- 39 Erinnerungsbereich Eliga Piotrowska, Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Rousset, Les jours de notre mort, S. 545
- 40 CIOS-Report Target Y 2019, Askania-Werke Berlin at Bartensleben, Salt Mine, Morsleben“, PRO, FO 1062/68, Bl. 3 und Bl. 7; Niederschrift einer Besprechung des Arbeits-stabes U. im Amt. Bau des Rüstungsministeriums, 17. April 1944, BArchB R 7/1192, Bl. 65; Sperrungsbescheid Rüstungsamt des Rüstungsministeriums an Rüstungsinspektion Magdeburg, 7. November 1944, BArchB R 7/1191, Bl. 194
- 41 OBA Clauschal-Zellerfeld an Oberberghauptmann, 17. Januar 1945, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 102 f. und Bl. 105
- 42 Decknamenverzeichnis vom 6. Juni 1944, BArchB R 7/1172, Bl. 248 und Bl. 251; Tar-namenliste vom 2. August 1944, Reichsminister für Rüstung und Kriegserzeugung / Amt Bau an Oberberghauptmann), BArchB R 7/1192, Bl. 248 f.
- 43 Stuve, Peenemünde West, S. 653 f.; Temme, Development and Testing of the V-1 Auto-pilot, S. 78
- 44 Schreiben Prof. Messerschmidt an Speer, 22. März 1945, BArchB R 317/49, Bl. 229 ff., Anlage vom 20. März 1945
- 45 Fernschreiben des Rüstungsministeriums an die Rüstungsinspektion Magdeburg vom 13. Februar 1945, BArchB R 7/1177, Bl. 18; Oberberghauptmann an OBA Clauschal-Zellerfeld, 7. März 1945, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang Nr. 2121, Bl. 130
- 46 Bericht über die Verlagerungsaktion Bauvorhaben Bulldogge, Monat Dezember, Bergant Braunshweig, 28. Dezember 1944, LHASA, MD, Rep. F 38 Anhang, Nr. 2121, Bl. 98; Bericht über die Befragung der Steinsatzgrube Marie am 21. Juni 1944, LHASA, MD, Rep. F 8 Anhang, Nr. 2121, Bl. 19 f.
- 47 CIOS-Bericht Nr. XXV-51: „The Schacht Marie Salt Mine, Beendorf, Dispersal of Siemens, Berlin“, Nds. HStLA Hannover; Erinnerungsbereich Karl M., Archiv des Kreisseminars Haldeleben
- 48 CIOS-Bericht Nr. XXV-51: „The Schacht Marie Salt Mine, Beendorf, Dispersal of Siemens, Berlin“, Niederschrift des Hauptstaatsarchiv (Nds. HStLA) Hannover; Berichte über SA8 (Lufthafengüterkern), National Archives, Washington/USA, NARA, RG 243, entry 6, box 426, Records of the United States Strategic Bombing Survey (USSBS), European Survey, Report 50, item 50 b 27
- 49 Aussage Wijnand L., ZStL, Aktenzeichen IV 404 AR-Z 70/74, S. 160; Erinnerungsbereich Gioia Holander-Lyon, Archiv der Gedenkstätte Bergen-Belsen, Rohmer, Hilmstedt, mine de sel, S. 300
- 50 Rohmer, Hilmstedt, mine de sel, S. 307; Rousset, Les jours de notre mort, S. 673; Aussa-ge Anton Brinkens im Militärgerichtsprozess gegen die Lagerleitung von Beendorf, PRO, WO 235/226, Bl. 26
- 51 Rousset, Les jours de notre mort, S. 370 und S. 401
- 52 Angaben aus den Ermittlungs- und Prozessakten des Militärgerichtsprozesses gegen die Lagerleitung von Beendorf, PRO, WO 309/412 und WO 235/226 sowie der Personalakte des SS-RSHA, BArchB, Außenstelle Licherfeld
- 53 Erinnerungsbereich Franz Wecht, Archiv des Kreisseminars Haldeleben; Erinnerungs-bereich Polacek, Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
- 54 Angaben aus den Ermittlungs- und Prozessakten des Militärgerichtsprozesses gegen die Lagerleitung von Beendorf, PRO, WO 309/412 und WO 235/226; Aussagen Ernst Bisschö und Walter Dohses im Militärgerichtsprozess gegen die Lagerleitung von Beendorf, PRO, WO 235/226, Bl. 8 und Bl. 2

3.3. Standortsuche

1966 wurde der erste Leistungsreaktor der DDR in Rheinsberg in Betrieb genommen. Bis 1975 sollten noch 15 weitere Atomkraftwerke in der DDR fertig gestellt werden, ein umfangreiches Kernenergieprogramm war vorgesehen. Damit war ein Entsorgungsnotstand absehbar, wenn der Bedarf einer langfristigen Entsorgungsmöglichkeit für den anfallenden Atommill nicht gelöst wurde.²

Die Beseitigung der Abfälle sollte in der Verantwortung der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz (SZS), später übergegangen ins SAAS, liegen.³ Diese führte ab 1965 Untersuchungen durch, um die für die DDR günstigste Lösung der Endlagerung aller anstehenden Abfälle zu ermitteln.

Nachdem klar wurde, dass die DDR dringend ein Endlager für ihren Atommill braucht, begann die SZS 1965 mit Untersuchungen für mögliche Standorte. 10 Standorte wurden als zukünftige Endlagerstätten für radioaktiven Müll in Betracht gezogen:⁴

- Salzigungen (Werra)
- Springen 1 bis 3 (Werra)
- Alexanderhall (Werra)
- Gebr.-Lohra (Südharz)
- Glückeruf 1 bis VIII (Südharz), Sondershausen
- Halle und Saale, Angersdorf / Teutschenthal
- Neuwerk III (Bemburg)
- Breited-Tarthun II (Staßfurt, SW)
- Neustaßfurt V/VIII (Staßfurt, NO)
- Bartenleben und Marle (Alle)

Alle Standorte waren für weitere Untersuchungen ausgewählt; außer Alexanderhall und Bartenleben/Marle entsprach aber keiner den Anforderungen zur geplanten Nutzung ab ca. 1970. Die Entscheidung für Morleben fiel 1969.⁵ In die nähere Auswahl waren nur drei Salzbergwerke gekommen. Die offizielle Standortgenehmigung wurde 1972/73 erteilt.⁶

Die SZS favorisierte die zentrale Endlagerung der radioaktiven Abfallprodukte. Die DDR-WissenschaftlerInnen sahen – wie in der BRD auch – in der Entsorgung in Salzformationen die beste Lösung für das Atomüll-Problem.⁷ Darüber hinaus war für die DDR entscheidend, dass die Kosten der Endlagerung in einem ausgedienten Salzbergwerk niedriger erschienen als bei anderen Varianten.

- Einige Kriterien waren:⁸
- geomechanische Stabilität des Grubengebäudes
 - hydrogeologische Situation unter dem Aspekt von Zurlüssen

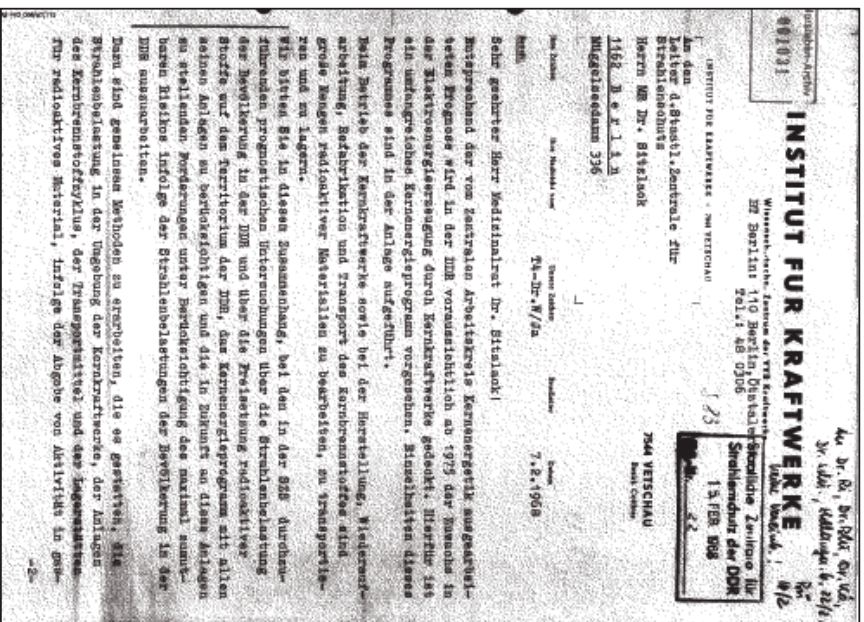


Abbildung 8: Ein umfangreiches Atomprogramm sollte den Energiebedarf der DDR decken. (Quelle: BACHB, DF 10, N. 25f)

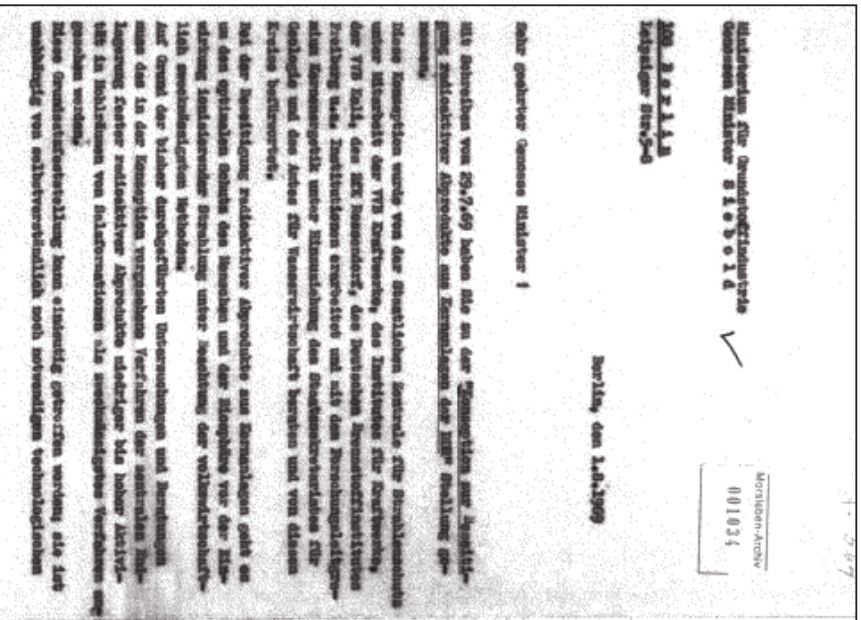


Abbildung 9: Auch die DDR strebte eine Endlagerung in Salzformationen an.
(Quelle: BArchB, DF 10, Nr. 257)

- Sicherheit der Schächte
 - vorhandene Grubengebäude und deren Eignung für die Nachnutzung
 - Zustand der oberirdischen Anlagen
 - Verkehrslage
 - Zeitpunkt einer möglichen Nutzung
 - entstehende Kosten
- Grundlagen der Standortzustimmung bildeten zum Beispiel gebräuchlichste und hydrogeologische Gutachten sowie ein Messprogramm zur Überwachung der Standfestigkeit. Insgesamt bot Bartenleben die günstigeren Voraussetzungen, so dass sich die zuständigen Institutionen auf diesen Standort konzentrierten.

Im Juli 1970 übernahm der VEB „Kernkraftwerk Rheinsberg“ als größter Abfallerzeuger Bartenleben⁹ und begann den Aufbau des „Zentralen Endlager Grube Bartenleben“ (ZEGB). Ein Jahr später gab auch die SZS ihre vorläufige Zustimmung zu Bartenleben als Einlagerungsstätte für niedrig- und mittelradioaktive Abfälle. Ende 1971 wurde eine Vorentscheidung für die erste Ausbaustappe bestätigt und erste Investitionen getätigt. Zur gleichen Zeit kam es auch zu den ersten Einlagerungen in Bartenleben.

Quellen:

- 1 Institut für Kraftwerke: Schreiben an den Leiter d. Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz, Herrn MR Dr. Sitzlack zur Durchführung prognostischer Untersuchungen über die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der DDR, 07.02.1968, BArchB DF 10 Nr. 257, MorsArch 001031
- 2 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629
- 3 ebd.
- 4 ebd.
- 5 Ministerial der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Grundstoffindustrie, der Minister: Schreiben an Leiter der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz, Genossen Dr. Sitzlack mit Stellungnahme zur Konzepten „Beseitigung radioaktiver Abprodukte aus Kernanlagen der DDR“, 29.07.1969, BArchB DF 10 Nr. 257, MorsArch 001033
- 6 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912-1998, <http://www.ag-schacht-konrad/morsleben/morschno.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192, atomwirtschaft/atomtechnik (Jahrgang XXXVI, Nr. 11), Fernrohrtrag: „Das Endlager Morsleben für niedrig- und mittelradioaktive Abfälle“ (von Dr. Klaus Ebel, Werstler), November 1991, MorsArch 000453; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638
- 7 MR Dr. habil. Sitzlack (SZS): Schreiben an Ministerium für Grundstoffindustrie, Genossen Minister, Stiebold zur Stellungnahme zur „Konzeption zur Beseitigung radioaktiver Abprodukte aus Kernanlagen der DDR“ mit „Anmerkung Funktion der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR auf dem Gebiet der Beseitigung radioaktiver Abprodukte im Rahmen des strukturbestimmenden Vorhabens Kernenergieproj. 10.08.1969, BArchB DF 10 Nr. 257, MorsArch 001034
- 8 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), MorsArch 000629
- 9 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070

3.4. Ausbau des Salzbergwerks Bartensleben als zentrales Endlager für radioaktive Abfälle

von Antje Voelkel

Ab 1970 wurden Gutachten und Stellungnahmen von verschiedenen Institutionen (Bergbehörde, Wasserwirtschaft u. a.) eingeholt und Projektstudien fortgesetzt. Im Zuge dieser Verfahren wurde die Genehmigung erteilt, zukünftig niedrig- und mittelaktive Abfälle einzulagern.¹

Bei der Planung des Ausbaus des Salzbergwerks mussten auch die Bestimmungen des Ministeriums für Nationale Verteidigung erfüllt werden, da die Grube im deutsch-deutschen Grenzgebiet lag. Somit durfte keine Ausdehnung der Schachtanlagen in westliche Richtung erfolgen.² Investitionsvoranschlägen für die erste Ausbaustape des Endlagers wurden schon 1971 getroffen. Insgesamt waren ca. 50 Mio. Mark (darunter ca. 13,5 Mio. Mark für den Bau) an Investitionsvolumen vorgesehen.

Erste Bauphase

Nach dieser oben beschriebenen Planungsetappe wurde bereits im Jahre 1972 mit dem Bau begonnen. Im selben Jahr erhielt der Betrieb die letzten Standortzustimmungen z. B. vom Rat des Bezirkes³ und es kam zum Abschluss einer Pilotstudie⁴, die das gesamte Bauvorhaben umfasste. Die Anlage sollte hier- nach bis Ende 1976 aufgebaut sein, um ab 1977 erste größere Einlagerungen („Großtechnischer Versuch“) vornehmen zu können.

In der ersten Ausbaustape wurde 1972 zunächst mit der Rekonstruktion der Schachtrohre und des untertägigen Ausbaus begonnen (Ausbau der Grube zur Einlagerung, Vorbereitung von 3 Hohlräumen auf der 5a-Sohle zur Einlagerung von Abfällen des technischen Großversuchs).

Des Weiteren wurden Maßnahmen der Baustelleneinrichtung, der Arbeitsversorgung und der Schaffung des Transportsystems getroffen. Für die über- tätige Bebauung sollte die vorhandene Bausubstanz weiter genutzt werden.⁵ Allerdings war auch die Schaffung vieler neuer technischer Einrichtungen nötig, da die alten Anlagen häufig technisch verschlissen und nicht mehr für den modernen Betrieb zu nutzen waren.⁶ Somit kam es zur Planung folgender Projekte, welche in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollten:

- Fördertrum mit Fördermaschine
- U-förmiges Melzwerkgebäude
- um den Fördertrum
- Betriebsgebäude
- Containerhalle
- Trato- und Werkstattgebäude
- Freilager
- Heizhaus
- Einrichtungen zur Arbeitsversorgung
- Behälter für Havantfälle
- Klaranlage
- Werkstatt
- Schaltanlage
- Umformergebäude

- Garagen
- Ausbau bzw. Neuanlage der Straßen- und Platzbefestigungen
- Glasverlagerung am Containerlager erst für 1980 geplant

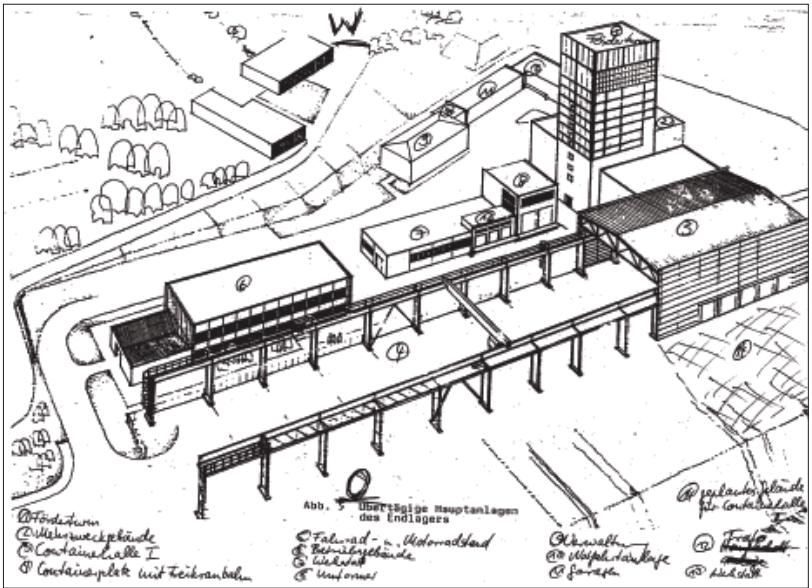


Abbildung 10: Quelle: Kreisarchiv Haldensleben

Terminprobleme

Schon während dieser ersten Bauphase kritisierte im Oktober 1972 der VEB Kraftwerke Greifswald-Rheinsberg die Bauprojektierungsarbeiten des Bezirksbauamtes und sah den Probebetrieb, welcher für die zweite Jahreshälfte 1976 geplant war, in Gefahr und somit auch den Betrieb des Kernkraftwerkes Nord. Eine terminrechtliche Realisierung der Bauvorhaben wurde immer unwahrscheinlicher. Aus diesem Grund kam es seit 1974 in regelmäßigen Abständen zu Kontrollberatungen im Ministerium für Kohle und Energie.

Es wurde nun versucht, den säumigen Vertragspartnern u. a. die politische und wissenschaftliche Bedeutung der großtechnischen Versuchsanlage (Schluden für die Volkswirtschaft) sowie das mit der Sowjetunion abgestimmte Forschungsprogramm für Kernenergieentwicklung der RGW-Staaten (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) zu verdeutlichen.⁷ Offensichtlich halfen aber auch diese politischen Anregungen wenig. Viele Bautermine waren schon im Mai überzogen,⁸ Somit wurde versucht, wenigstens die Ecktermine für den Bau vertraglich abzusichern, da nur bei Einhaltung des Terminablaufplanes die Aufnahme des Versuchsbetriebes gewährleistet werden konnte.

Mit Beschluss des Ministerrates vom 30. Mai 1974 wurde die Invest-Maßnahme radioaktives Endlager, Grube Bartenleben, als Vorhaben der Mechanisierung und Automatisierung mit hoher Effektivität eingeordnet.⁹ Dadurch sollte der Bau des Endlagers vorrangig vor anderen Bauvorhaben durchgeführt werden. Jedoch musste hierzu erst einmal der derzeitige Bauzustand durch eine gutachterliche Stellungnahme¹⁰ attestiert werden. In diesem Zusammenhang wurden folgende Mängel großformatig:

- die Lieferung von Primär- und Großcontainern ist nicht gesichert
 - Probleme bei der Finanzierungsplanung
 - Probleme bei der technischen Planung
 - Probleme bei der terminlichen Planung
 - Probleme bei der Transportplanung
- Gegen Ende des Jahres gab es vor allem Rückstände beim Bau des Förderturms, des Meltrzweckgebäudes und der Containerräume.¹¹ Außerdem waren u. a. Betonmische noch nicht termingerecht und vertraglich geregelt. Dadurch war auch der Bauplan für das Jahr 1975 in Gefahr. Zudem gab es für dieses Jahr noch keine exakten Bauablaufpläne durch den Baubetrieb. Auch ein für jenes Unternehmen erzielter Vertragsgerichtsentscheid und die Berechnung von Vertragsstrafen führten zu keiner erheblichen Leistungssteigerung an Bau.

Bei fast allen Gebäuden bestand Terminverzög. Somit stand damals schon fest, dass die Fertigstellung der Anlage für 1977 nicht mehr eingehalten wer-

den konnte. Durch die Bauverzögerungen wurden verschiedene Arbeiten (Bau der Schachtweiterleitung und des Schachtweiterkanals, des Kohleheizwerks, der Absetzanlage für cont. Abwasser, der Entwässerungsanlagen in den Schächten, sowie die Durchführung von Sicherheitsvorkehrungen in den Schächten) erst in jenem Jahr ausgeführt.

Nachbauten

Auch in den 80er und 90er Jahren kam es zur Planung verschiedener Bauvorhaben, so sollte z. B. 1986 die spezielle Kanalsanition auf dem Gelände umverlagert werden¹² und 1989 das gesamte Werksgebiet eingefriedet werden.¹³ Nach der Vereinigung von DDR und BRD wurde auch der Bau weiterer Gebäude nötig. Hierzu zählte u. a. eine Weiterstation, welche 1994 bearbeitet wurde.¹⁴ Des Weiteren wurde die Errichtung von Containern, die als Labor dienen und von der Polizei genutzt werden sollten, für erforderlich gehalten.¹⁵

Quellen

- 1 Entscheidung der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR vom 3. August 1972
- 2 ebd.
- 3 LHASA, MD, Rep. P 13, Nr. IV/C-2/6/456 (Schriftstück ohne Titel, S. 2)
- 4 ebd., S. 3
- 5 ebd., S. 8
- 6 ebd., S. 8
- 7 LHASA, MD, Rep. P 13, Nr. IV/C-2/6/456 (Informationen über die erste Kontrollberatung des WfKE vom Investvorhaben „Radioaktives Endlager Morsleben“ vom 3. Mai 1974) 8 ebd.
- 9 LHASA, MD, Rep. P 13, Nr. IV/C-2/6/456 (Informationen über die zweite Kontrollberatung zum M + A -Vorhaben „Radioaktives Endlager Morsleben“ vom 29. Juli 1974)
- 10 Gutachterliche Stellungnahme des Ingenieurbüros für Rationalisierung der VVB Energieversorgung vom 24. September 1974
- 11 LHASA, MD, Rep. P 13, Nr. IV/C-2/6/456 (Schriftstück ohne Titel, S. 10)
- 12 Projektbeschreibung der Umverlegung der speziellen Kanalsanition vom 10. Dezember 1984 der Projekt-einrichtung ERA Morsleben, Abteilung Technik (ZR)
- 13 Projektbeschreibung des Neubau-Einfriedung Schacht „Marie“ vom 2. Oktober 1989 des Baubetriebes VEB Kreisbaubetrieb Salzwedel
- 14 Bauantrag, „Schachanlage Bartenleben: Errichtung eines Gebäudes der Weiterstation auf dem Betriebsgelände“ eingereicht von der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) am 27. Juni 1994
- 15 Bauantrag, „Schachanlage Bartenleben: Errichtung von Büro- und Polizeicontainern auf dem Betriebsgelände“ eingereicht von der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) am 16. September 1996

3.5. Genehmigungsverfahren

Das ERAM wurde vom VEB Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner“ Betriebsstelle Endlager für radioaktive Abfälle betrieben. Das SAAS war die Genehmigungsbehörde und übernahm die Einhaltung der atomrechtlichen Vorschriften. Das Ministerium für Kohle und Energie war die für den VEB zuständige Behörde und somit in das Verfahren involviert.

Weiterhin waren an der Genehmigung bzw. Überwachung der Vorbereitung, Realisierung und Betrieb die folgenden Institutionen beteiligt: Bergbehörde Staßfurt, Staatliches Amt für Technische Überwachung, Staatliche Bauaufsicht, Deutsche Volkspolizei (Brandschutz, Verkehr, Grenzgebiet), Rat des Bezirkes als zuständiges Organ für territoriale Ressourcen (Geologie, Wasser, Arbeitskräfte, Verkehr), Wasserwirtschaftsreferat Magdeburg, Amt für Meteorologie Halle, Hygieneministerium Magdeburg, in Fragen des *physischen Schutzes* wurden die Sicherheitsorgane (neben der Polizei u. a. auch die Nationale Volkssarmee – NVA – und der Staatssicherheitsdienst) einbezogen. Beim Transport war auch das Verkehrsministerium an Entscheidungen beteiligt.

Das Genehmigungsverfahren zum Betrieb eines Atomwulf-Endlagers in der DDR war in verschiedene Teilgenehmigungen gestuft. Zunächst erfolgte die Standortsuche und Auswahl eines geeigneten Platzes für das zukünftige Endlager mit anschließender Standortgenehmigung.² Darauf folgte das Errichtungsverfahren, das eine entsprechende Errichtungs-Genehmigung voraussetzte.³ Nachfolgend wurde eine Genehmigung für den Probebetrieb erteilt, welche danach in den unbefristeten Dauerbetrieb überging.⁴ Erst im Anschluss war die Stilllegungs-Genehmigung mit den entsprechenden Langzeitsicherheitsmaßnahmen vorgesehen.⁵

Übersicht Genehmigungen:

- Teilgenehmigung für erste rückholbare Einlagerungen – 1971⁶
- Standort-Genehmigung – 1972/73⁷
- Errichtungs-Genehmigung – 1974⁸
- Inbetriebnahme-Genehmigung – 1978/79⁹
- 1. befristete Dauerbetriebsgenehmigung – 1981¹⁰
- 2. unbefristete Dauerbetriebsgenehmigung – 1986¹¹

Im Genehmigungsverfahren zum Endlager Morleben wurden umfangreiche Stellungnahmen von betroffenen Behörden, Institutionen und Organisationen eingeholt. Dies waren u. a. die Deutsche Reichsbahn, die Gewässeraufsicht Fließbereich Obere Ohre-Aller, die Bezirksplan-Kommission, der Rat der

Anlage 1

STAATLICHES AMT FÜR ATOMSICHERHEIT UND STRAHLENUNGSSCHUTZ
 beim Ministerium der Deutschen Demokratischen Republik
 Eingegangen: Nachtr. Nr. 198
 Datum: 1982

Der Präsident

G e n e h m i g u n g

zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle

Dresden

Vertrauliche Dienstspalte		1. Person	
Vertretung	1. St.	2. St.	3. St.
SMS	1c	1e	1g

Auf Grund des Antrages vom 23. September 1985 wird gemäß § 7 des Gesetzes vom 08. Dezember 1963 über die Anwendung der Atomenergie und des Schutzes vor ihren Gefahren – Atomenergiewegesetz – (OBl. I Nr. 34/85) in Verbindung mit

- § 4 Abs. 3 und 4 der Verordnung vom 11. Oktober 1964 über die Genehmigung von Atomabwärtung und Strahlenschutz – VOASt – (OBl. I Nr. 30. S. 3417),
- § 7 der Verordnung vom 21. Juni 1979 über die Erstellung der Strahlenschutzgenehmigung für Kernanlagen – Kernanlagen-genehmigungsgesetz – (OBl. I Nr. 21 S. 196),
- der Verordnung vom 25. Februar 1966 über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (OBl. I Nr. 13 S. 182),
- der Verordnung vom 12. April 1978 über den Transport radioaktiver Stoffe – ATStG – (OBl. Sdr. Nr. 953) sowie
- § 5 der Verordnung vom 07. April 1982 über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen – APS – (OBl. I Nr. 21 S. 410) in Verbindung mit der dazugehörigen Ordnung vom 07. April 1982 (Mitteilungsblatt des Staatlichen Amtes für Atomabwärtung und Strahlenschutz Nr. 24, 1982)

VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald
 Dr Endlager für radioaktive Abfälle

3241 M o r l e b e n
 12.04.1986

mit Wirkung vom 12.04.1986

die Genehmigung zum Dauerbetrieb für die Erfassung und Endlagerung radioaktiver bis mittelfradioaktiver Abfälle erteilt.

Der Genehmigungsbescheid ist in Anlage 1 aufgeführten Dokumentationsstufen des Genehmigungsverfahrens für die Kernanlage zu Grunde zu legen.

Moerlebens-Archiv

ANNEK

Abbildung 11: Genehmigung zum unbefristeten Dauerbetrieb (Quelle: Morsach 000609)

Gemeinde Morleben, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Energieversorgung Magdeburg im VEB Energiekombinat Mitte, der Stab der Zivilverteidigung, das Bezirks-Hygiene-Institut Magdeburg, die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und das Ministerium für Nationale Verteidigung. Auffällig ist, dass sich alle Stellungnahmen positiv zum Vorhaben äußern. In einigen Fällen wurden Änderungsvorschläge gemacht. Grundsätzliche Kritik oder Bedenken wurden jedoch nicht geäußert.

Die Dauerbetriebsgenehmigung des ERAM basierte auf dem „Gesetz über die Anwendung der Atomenergie und den Schutz vor ihren Gefahren“ (Atomenergiegesetz)¹², der „Verordnung über die Gewährleistung von Atomicherheit und Strahlenschutz“ (VOAS)¹³ der „Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle“¹⁴, der „Anordnung über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen“ (APS), der „Anordnung über die Ertelung von Strahlenschutzgenehmigung für Kernanlagen“ (Kernanlagen-Genehmigungsanordnung) und der „Anordnung über den Transport radioaktiver Stoffe“ (ATRS)^{15, 16}.

Für spezielle Angelegenheiten galten weitere Rechtsvorschriften. So kamen weiterhin eine „Richtlinie zum Verhalten bei außergewöhnlichen Ereignissen bei der Anwendung der Atomenergie“ (AE-Richtlinie)¹⁷ oder auch die „Anordnung über die Zulassung von Betrieben des Bauwesens zur Errichtung von Kernkraftwerken“¹⁸ zum tragen.

Im Gegensatz dazu basierte die Entscheidung für ein Endlager für radioaktive Abfälle in der Bundesrepublik auf § 9b Atomgesetz (AtG). Auf dessen Grundlage wird die Einrichtung einschließlich der Stilllegung beantragt und konzipiert. Die Genehmigung eines BRD-Endlagers umfasst also Standort, Errichtung, Betrieb und Stilllegung. Der Nachweis der Langzeitsicherheit des einzulagernden Materials muss somit schon vor den ersten Einlagerungen erbracht werden. Von AnhängernInnen des gestürzten DDR-Verfahrens wird heute kritisiert, dass die bundesdeutsche Vorgehensweise den Wandel von „Stand von Wissenschaft und Technik“ nur schlecht berücksichtigt.¹⁹

Das ERAM durchlief die oben genannten Entscheidungsstufen bis zur Dauerbetriebsgenehmigung, die noch heute als fiktiver Planfeststellungsbeschluss im Sinne des Atomgesetzes weiter gilt.²⁰ Jahrrelang gab es zwischen Behörden, Umweltschutz-Organisationen, GutachterInnen und Gerichtlichen Meinungsverschiedenheiten über die Wirksamkeit und Bewertung von DDR-Entscheidungen. Stittig war auch, ob diese weitergehen oder völlig neue Genehmigungen nach BRD-Recht erwirkt werden müssten. Nach Antragslage seitens des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) vom August 2004 soll der Planfeststellungsbeschluss nun die Dauerbetriebs-Genehmigung ersetzen.²¹

Quellen:

- 1 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629
- 2 Rat des Kreis Haldensleben: Schreiben an Rat des Bezirkes Magdeburg, Bezirksplankommission, „Standortgenehmigung für Zentrales Endlager Grube Barntelsen in Morleben, Kreis Haldensleben“, 16.07.1973, MorsArch 001100
- 3 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629, Gespräch mit MitarbeiterInnen der zuständigen Abteilung im Umweltministerium Sachsen-Anhalt am 19.07.2004
- 4 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz beim Minister der Deutschen Demokratischen Republik, Der Präsident: Genehmigung zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle, 22.04.1986, MorsArch 000556
- 5 BMU: Schreiben an eine Bremer BürgerIn: „Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM)“, Ihr Schreiben vom 12.06.1996¹, 05.09.1996, MorsArch 000563, Gespräch mit MitarbeiterInnen der zuständigen Abteilung im Umweltministerium Sachsen-Anhalt am 19.07.2004
- 6 Gruppe Ökologie: Kurzbericht über eine Begehung des Endlagers Morleben, DDR am 11. April 1990, 12.04.1990, MorsArch 000455
- 7 Bundesamt für Strahlenschutz: Infoblatt: „ERAM: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben“, 12.04.1991, MorsArch 000454, Gruppe Ökologie: Kurzbericht über eine Begehung des Endlagers Morleben, DDR am 11. April 1990, 12.04.1990, MorsArch 000455, Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638; Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS): Information des Staatlichen Amtes für Atomicherheit und Strahlenschutz der DDR (SAAS) über die geplante Inbetriebnahme des Endlagers für radioaktive Abfälle im Jahre 1977, 06.07.1977, BArch DC 20 Nr. 4829/37, MorsArch 000647, Rat des Kreis Haldensleben: Schreiben an Rat des Bezirkes Magdeburg, Bezirksplankommission, „Standortgenehmigung für Zentrales Endlager Grube Barntelsen in Morleben, Kreis Haldensleben“, 16.07.1973, MorsArch 001100
- 8 ebd.
- 9 Endlager für radioaktive Abfälle Morleben, vermutlich 1981, MorsArch 000074, Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070, Bundesamt für Strahlenschutz: Infoblatt: „ERAM: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben“, 12.04.1991, MorsArch 000454, Gruppe Ökologie: Kurzbericht über eine Begehung des Endlagers Morleben, DDR am 11. April 1990, 12.04.1990, MorsArch 000455, K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629, Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638
- 10 AG Schacht Konrad: Chronik Morleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad/morleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192, Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070, Bundesamt für Strahlenschutz: Infoblatt: „ERAM: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben“, 12.04.1991, MorsArch 000454, Gruppe Ökologie: Kurzbericht über eine Begehung des Endlagers Morleben, DDR am 11. April 1990, 12.04.1990, MorsArch 000455, K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629, Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638

11 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912-1998. <http://www.agg-schacht-konrad.de/morslebenmorschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071; Bundesamt für Strahlenschutz, Endlager Morsleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; MorsArch 000454; Gruppe Ökologie: Kurzbericht über eine Begehung des Endlagers Morsleben, DDR am 11. April 1990, 12.04.1990, MorsArch 000455; Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz beim Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik, Der Präsident, Genehmigung zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle, 22.04.1986, MorsArch 000596; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformativ Morsleben, vermulich 1992, MorsArch 000638

12 Gesetzblatt Teil I Nr. 3: Gesetz über die Anwendung der Atomenergie in der Deutschen Demokratischen Republik (Atomenergiewgesetz), 31.03.1962, BArchB Df-10 Nr. 271, MorsArch 000089; SAAS: Report SAAS-327, Neue Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Atomicherheit und des Strahlenschutzes, 01.02.1985, MorsArch 000062; BUND Sachsen-Anhalt: Schreiben an Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt wegen Verwaltungsverfahren BUND LV Sachsen-Anhalt e. V. gegen Bundesrepublik Deutschland, AZ: C1/45259/97; Frage ob Anträge des BfS zurückgezogen wurden / Ministerium für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt, Pressemitteilung Nr. 76/99; Gemeinsame Erklärung mit dem Bundesrat für Strahlenschutz, Häußler und König scharffen neue Grundlage für Zusammenarbeit (21.05.1999), 15.06.1999, MorsArch 000091

13 SAAS: Report SAAS-327, Neue Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Atomicherheit und des Strahlenschutzes, 01.02.1985, MorsArch 000062

14 ebd.; SAAS: Report SAAS-288, Wolfgang Körner, Helga Loos: „Die Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle vom 11. Mai 1981 – eine neue Rechtsvorschrift des Strahlenschutzes in der DDR“, 1982, MorsArch 000055; MfS, HA XVIII, Stellungnahme zum Entwurf „Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle / Schreiben des SAAS an Minister für Staatssicherheit/ Anmeergenerale Mielke mit Entwurf zur Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle / Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle, 23.12.1985, BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 348-354, MorsArch 000767; Gesetzblatt Teil I Nr. 13: Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle vom 25. Februar 1986, 15.04.1986, MorsArch 000778

15 SZS: SZS 10 (1967) Report, D. Richter: „Grundlagen der neuen Anordnung über den Transport radioaktiver Stoffe in der DDR“, aus: Schriftenreihe Strahlenschutz, Herausgegeben vom Leiter der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR, Sammelband 1967, Juli 1967, MorsArch 000043

16 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz beim Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik, Der Präsident, Genehmigung zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle, 22.04.1986, MorsArch 000596; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070

17 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz: Mitteilungen des Staatlichen Amtes für Atomicherheit und Strahlenschutz, 25. Jahrgang 1988 Nr. 1: Richtlinien zum Verhalten bei außergewöhnlichen Ereignissen bei der Anwendung der Atomenergie, 1988, MorsArch 000777

18 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, den 27. März 1987, Teil I Nr. 7, u. a. mit „Anordnung über die Zulassung von Betreibern des Bauwesens zur Errichtung von Kernkraftwerken“, 27.03.1987, BArchB DW 1 Nr. 19383, MorsArch 000772

19 Gespräch mit Mitarbeiterinnen der zuständigen Abteilung im Umweltministerium Sachsen-Anhalt am 19.07.2004

20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071; Bundesamt für Strahlenschutz, Endlager Morsleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070

21 Gespräch mit Mitarbeiterinnen der zuständigen Abteilung im Umweltministerium Sachsen-Anhalt am 19.07.2004

3.6. Einlagerungen und Transporte

von Juliane Furkert

Die ersten Einlagerungen in Morsleben erfolgten schon im Dezember des Jahres 1971 und im Januar 1972, noch bevor das Endlager Morsleben fertig gestellt wurde. Der Grund für diese Maßnahmen waren Engpässe im bei Dresden gelegenen Atomwül-Lager Lohmen.² Um die Kosten für dessen Erweiterung zu sparen, wurden die Abfälle nach Morsleben transportiert.

Bei den Einlagerungen wurden folgende Verfahren verwendet: Zum einen gab es die Stapelung von Fässern, zum anderen wurde der Müll einfach nur in Einlagerungskammern verstüzt. Weitere angewandte Verfahrensweisen waren die „In-Stift“-Verfestigung oder das Einbringen von Strahlquellen in Bohrlöcher.³

Die Stapelung der Fässer erfolgte zum Teil mit der Abmauerung von Einlagerungs-Bereichen, nachdem eine gewisse Abfallmenge eingebracht worden war. An anderen Stellen wurden die Stapelungsetagen auch einfach nur mit Salzgurms abgedeckt.

Bei der Verstärktechnik wurden feste Abfälle fernbedient entweder mittels ihren Fässern in die Hohlräume verkippt oder sie wurden aus einem wieder-verwendbaren Container durch die Öffnungen in den Decken der Einlagerungskammern geschüttet⁴ und anschließend mit einer Salzgurms-Schicht überdeckt. Beim Sturz in die Kammern wurden bereits viele Fässer beschädigt. Im Jahre 1995 äußerte das Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt dann auch Sicherheitsbedenken und erteilte eine Verfügung zur Unterlassung. Allerdings musste diese infolge einer Weisung des Bundesumweltministeriums zurückgezogen werden.⁵

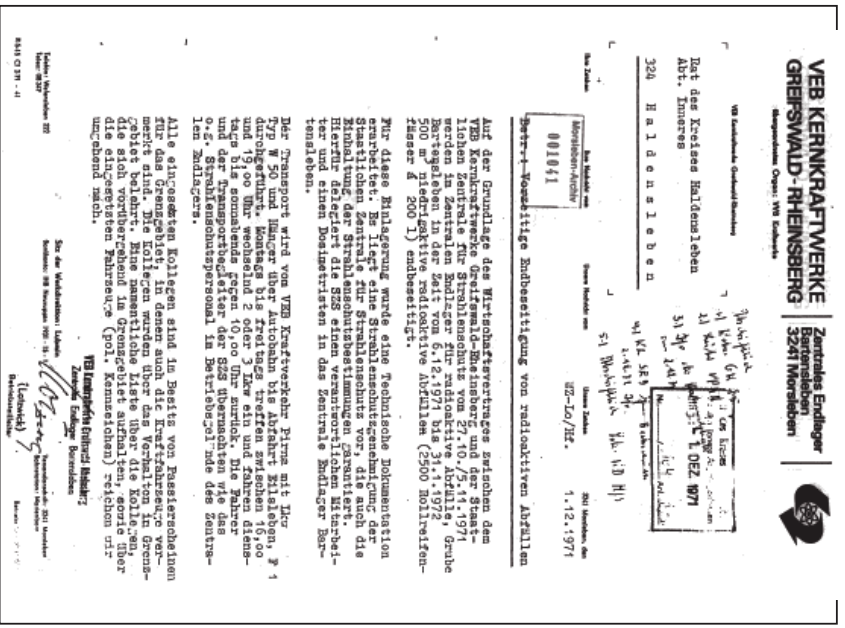


Abbildung 12: Die ersten Einlagerungen ins Endlager Morsleben fanden 1971/1972 noch vor dem Umbau der Schachtanlage statt. (Quelle: MorsAich 001041)

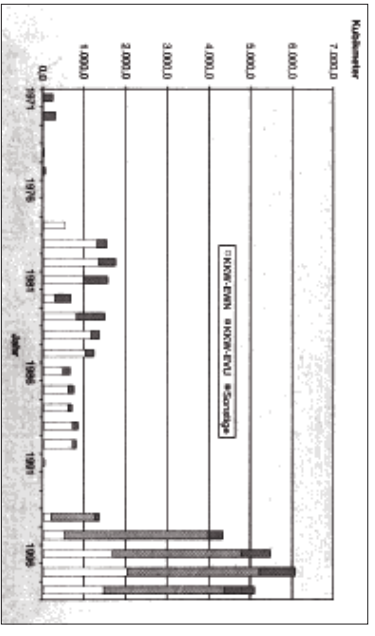


Abbildung 13: Verteilung der Einlagerungen über den Betriebszeitraum des ERAM (Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz)

Die „in-situ“-Verfestigung umschreibt ein Verfahren, bei dem flüssige radioaktive Abfälle auf eine Schicht Braunkohlefilterasche verprüht wurden. Auf diese Weise sollten sich die Stoffe zu einer festen Masse binden. ⁶ Zuvor wurde das Aschegemisch außerhalb der Einlagerungskammern zusammengestellt und dann eingespritzt. Dieses Gemisch band aber nicht vollständig ab, ⁷ so dass schließlich große Mengen radioaktiver Flüssigkeit durch mehrere Sohlen des Endlagers tropfen. ⁸

Insgesamt sind in Morsleben mindestens 36.753 Kubikmeter niedrig- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Dazu kommen mindestens 6.621 (anderer Quellen sprechen hier von 6.892 ⁹) umschlossene Strahlengquellen. Die zugänglichsten Informationen über die Zahlen differieren allerdings sehr. Die Strahlungsaktivität betrachtend wird von insgesamt etwa 3.8E+14 Bq ausgegangen.

Davon wurden in der ersten Einlagerungsperiode von 1971 bis Februar 1991 ca. 14.432 Kubikmeter schwach- bzw. mittelradioaktiver Abfall und 6.227 umschlossene Strahlengquellen mit einer Gesamtaktivität von etwa 2.9E+14 Bq eingelagert. Der Müll stammt vorwiegend aus dem Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg sowie aus dem Forschungsreaktor Rossendorf. ¹⁰ Den Rest stellen vor allem Strahlengquellen und radioaktive Präparate aus der Radionuklid-Anwendung in Forschung, Medizin und Industrie dar. ¹²

Hinzu kommen die „zwischenlagerten“ Abfälle: Neben einer erst im Jahr 2000 in den oberirdischen Anlagen entdeckten Cäsium-137-Quelle stellen ein Radiumfass und einige Spezialcontainer mit Cobalt-60, Cäsium-137 und Europiumisotopen dieses Inventar dar. Mit etwa 8,1E+14 Bq machen sie den größten Anteil der Aktivität der eingelagerten Stoffe aus.¹⁴

Durchschnittlich fanden etwa 200 Transporte ins ERAM pro Jahr statt. Die Anfruh der radioaktiven Mülls erfolgte in der Regel in 20 Tonnen-Großcontainern, in denen sich der Abfall in teilweise wiederverwertbaren Behältern oder auch in 200 l-Fässern befand. Der Müll wurde von den Erzeugern zumeist zum nächstgelegenen Containerbahnhof transportiert (Dresden, Greifswald, Rheinsberg etc.) und gelangte von dort per Schienenverkehr beispielsweise zum Containerbahnhof Magdeburg-Sudenburg.¹⁵

Nach der Umladung der Container auf Sattelzugmaschinen, brachten sie die radioaktiven Stoffe auf dem Straßenweg nach Morleben. Aus Sicherheitsgründen variierten die Transportrouten. Die Container waren mit den international üblichen Markierungen versehen. Befreiungen von der Kennzeichnungspflicht gab es beispielsweise für das Militär der DDR.¹⁶

Im Zusammenhang mit dem Transport und der Einlagerungen von Atommüll in Morleben sind verschiedene Unfälle dokumentiert.¹⁷ Beispielsweise kam es im Juli 1998 zu einem Verladeunfall in Magdeburg-Rothensee. Beim Umladen von vier Containern von einem Bahnwagen auf einen Lastwagen schlug der Ausleger eines Krans, der in den Boden eingesackt war, gegen einen der Container. Dabei riss er ihm auf einer Länge von 60 Zentimetern auf. Glücklicherweise blieb der Beton, der den radioaktiven Abfall innerhalb des Containers umschloss, unversehrt.¹⁸

Da die Unterlagen aus DDR-Zeiten teilweise nur unvollständig vorhanden sind bzw. einige Informationen nicht existieren und viele Papiere auch nicht ohne weiteres zugänglich sind, ist es – auch für die beteiligten Behörden – schwierig das Inventar genau einzuschätzen. Es gibt viele offene Fragen und zu wenig klare Antworten. So wurden beispielsweise in den Akten der SZS Vorhaben erwähnt, hochradioaktiven Müll einzulagern.¹⁹ Offiziellen Quellen zufolge fanden solche Einlagerungen nicht statt.

In den 1990er Jahren entfrachte sich eine Auseinandersetzung zwischen Umweltverbänden, dem BfS und dem saarösen-antihaltischen Umweltministerium, ob die „zwischenlagerten“ radioaktiven Stoffe wie z. B. ein Fass mit radiumhaltigen Abfällen, einige hundert Cobalt-60-Strahlenquellen, Cäsium-137-Quellen, mehrere Spezialcontainer mit Europiumisotopen u. a. im Untertage-

messfeld, sowie 22 Neutronenquellen auf der Nordstrecke, als hochradioaktiv zu betrachten sind.²⁰ Das BfS stift dies ab. Obwohl für diese Materialien nur eine Genehmigung zur Zwischenlagerung besteht, strahlt das Amt nun eine Zustimmung für ihre Endlagerung im Rahmen des Stilllegungsverfahrens an.²¹

Quellen:

- 1 VEB Kernkraftwerke Greifswald-Rheinsberg, Zentrales Endlager Bartenstein: Schreiben an Rat des Kreises Haldensleben: „Vorzeitige Endabseigerung von radioaktiven Abfällen“, 01.12.1971, MorsArch 001041
- 2 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629, SZS/AfA: Probleme der Beseitigung radioaktiver Abfälle, Vorlage zur Leitungssitzung am 18.03.1999, BArchB DF 10 Nr. Z71, MorsArch 000083
- 3 Bundesamt für Strahlenschutz: Broschüre: „Endlager für radioaktive Abfälle: Morleben“, 1993, MorsArch 000072; Endlager für radioaktive Abfälle Morleben, vermutlich 1981, MorsArch 000074; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; atomwirtschaft atomtechnik (Jahrgang XXXVI, Nr. 11); Plenarprotokoll „Das Endlager Morleben für niedrig- und mittelradioaktive Abfälle“ (von Dr. Klaus Ebel, Vorkiesler), November 1991, MorsArch 000453; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638
- 4 Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638
- 5 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morleben, April 1996, MorsArch 000071; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 6 Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben, vermutlich 1992, MorsArch 000638
- 7 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629
- 8 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Kögler/DBE bei Morleben-Befragung vom 30.08.2004
- 9 K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), MorsArch 000629
- 10 Bundesamt für Strahlenschutz: Infodatt: „ERAM: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben“, 12.04.1991, MorsArch 000454
- 11 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 12 ebd.
- 13 ebd.
- 14 ebd.

- 15 (vermutlich) Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS): Transport radioaktiver Abfälle vom Kernkraftwerk „Stum Leuscher“ Greifswald zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, 06.07.1977, BArchB DC 20 Nr. 4829 / 40, MorsArch 000648
- 16 BArchB, DF 10, Nr. 121: Schreiben des Ministeriums für Nationale Verteidigung an SZS vom 21.10.1970 und Entwurf Ausnahmegenehmigung vom 1.12.1970: Ministerat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Nationale Verteidigung, Schreiben an Staatliche Zentrale für Strahlenschutz, MR Prof. Dr. med. habil. Sitzlack wegen Ausnahmegenehmigung zum Transport radioaktiver Stoffe ohne Kennzeichnung, 21.10.1970; BArchB DF 10 Nr. 121, MorsArch 001037; Prof. Dr. med. habil. Sitzlack (SAAS): Entwurf Ausnahmegenehmigung für Transport radioaktiver Stoffe des Ministerium für Nationale Verteidigung, 01.12.1970, BArchB DF 10 Nr. 121, MorsArch 001038
- 17 z. B.: BArchB, DF 10, Nr. 258, Einschätzung des Außenwärtlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07.09.1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS) vom 10.09.1984; taz vom 09.07.1998: „Atomulticonferanzer aufgeschlüsselt“, Unfall beim Umladen von radioaktivem Müll in Magdeburg“, Glück im Unglück: Betonhülle blieb unversehrt“, Auch SPD-Umweltministerin in Sachsen-Anhalt fordert nun Stopp aller Atomtransporte“, „Kernkraftgegner kündigen Demo an“
- 18 taz vom 09.07.1998: „Atomulticonferanzer aufgeschlüsselt“, Unfall beim Umladen von radioaktivem Müll in Magdeburg“, Glück im Unglück: Betonhülle blieb unversehrt“, Auch SPD-Umweltministerin in Sachsen-Anhalt fordert nun Stopp aller Atomtransporte“, Kernkraftgegner kündigen Demo an“
- 19 BArchB, DF 10, Nr. 257, Schreiben an den Leiter der Obersten Bergbehörde der DDR vom 22. Oktober 1971; Wissenschafts-theor. Bereich (vermutlich) der SZS, Bereichsleiter Prof. Dr. W. Burkhardt; Schreiben an den Generaldirektor der VVB Kail, Herrn Dr. Rüdiger: „Nutzung der Grube Schönebeck zur Endbestattung radioaktiver Abfälle. Bezug: Ihr Schreiben vom 22.6.1967“, 29.08.1967, BArchB DF 10 Nr. 257, MorsArch 001032
- 20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
- 21 MRU Sachsen-Anhalt: Vorlagen an die Leitung des Hauses, Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), hier: Sachstandsbericht über das aktuelle und geplante Inventar, 13.10.1997, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Sachsen-Anhalt, II.1, Akte Nr. 90, MorsArch 000474; Kögler/DBE bei Morsleben-Befahrung am 30.08.2004

3.7. Betreiberwechsel

Nach der Entscheidung für Morsleben als Standort für das Zentrale Endlager der DDR wurde die Grube vom VEB „Kernkraftwerk Rheinsberg“ aufgekauft, der 1980 im Volkseigenen Kombinat „Kernkraftwerke Bruno Leuschner“ aufging.¹ Mit der Privatisierung kurz vor der Vereinigung ging das ERAM in das Eigentum der neuen „Energiewerke Nord“ (EWN) über.

Aufgrund der rechtlichen Situation, die seit dem Inkrafttreten des Umweltschutzgesetzes der DDR den Betrieb von Atomkraft-Endlagern in Privatland nicht erlaubte,² wurde das ERAM am 2. Oktober 1990, 24.00 Uhr dem SAAS übereignet,³ um dann mit der Vereinigung am 3. Oktober, 0.00 Uhr in die Verantwortung des BfS zu gelangen.⁴ Am 7. November 1990 beauftragte das BfS die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) mit der Betriebsführung des ERAM.⁵

Anfang der 1990er Jahre urteilte das Bezirksgericht Magdeburg noch, die Betriebsgenehmigung aus DDR-Zeiten sei beim Übergang des Endlagers an das SAAS nicht mit übertragen worden.⁶ Das Bundesverwaltungsgericht hob dieses Urteil auf und befand, dass womöglich der private Betrieb des ERAM durch die Energiewerke Nord illegal gewesen sein könnte, die Betriebsgenehmigung in diesem Augenblick jedoch automatisch auf das SAAS übergegangen sei.⁷

Quellen:

- 1 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001, MorsArch 000070
- 2 Arbeitsgruppe „Harmonisierung des Umweltschutz und Verklüngerorganisation“ der Gemeinsamen Umweltkommission, Umweltschutzgesetz – Gemeinsamer Entwurf 25.05.1990, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.II.1, Akte Nr. 1149, MorsArch 000604
- 3 Ernst Vogel: Urkunde über Vertrag zwischen SAAS und Energiewerke Nord AG über Übergabe des ERAM an SAAS. 1. Ausfertigung, Urkundennote Nr. V 602/1990. Diese Urkunde ist durchgehend einseitig beschriftet, Verhandelt zu Berlin-Charlottenburg am 02.10.1990 vor den unterzeichneten Notar Ernst Vogel 02.10.1990, MorsArch 000606
- 4 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad-morsleben/morschno.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; BMU: Der Staatssekretär: Schreiben an das BfS: „Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, hier: Fortführung durch das BfS“, 02.10.1990, MorsArch 000607; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben, MorsArch 000638
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Infoblat: ERAM: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben“, 12.04.1991, MorsArch 000454; Bundesamt für Strahlenschutz: Presseerklärung zur Übernahme Morslebens durch die BRD und Beauftragung des Betriebs an die DBE, 07.11.1990, MorsArch 000575
- 6 Ministerium für Umwelt und Naturschutz des Landes Sachsen-Anhalt: Schreiben an Bezirksgericht Magdeburg mit Information zu geplantem Planfeststellungsbeschluss, der dem BfS das Recht zum Betrieb des ERAM erteilen würde, 25.11.1991, MorsArch 000617; BezirksG Magdeburg, 27.11.1991, Az. K 3/91
- 7 BundesverwaltungsG, 25.06.1992, Az. 7 C 1 92, bestätigt durch BundesverfassungsG, 21.09.1993, Az. 1 BvR 1301/92

4. Politische Umstände

4.1. Stimmung in der Region (DDR)

von Antje Labza

Zunächst stellt sich bei der Beantwortung der Frage nach der „Stimmung in der Region“ ein schwerwiegendes Problem: es gibt keine Untersuchungen, Umfragen oder irgendwelche anderen Quellen aus DDR-Zeiten, die sich explizit mit etwaigen Ängsten, Meinungen und Stimmungen der Menschen im Raum Morleben auseinandersetzen. Das ERAM wurde weithin folgeschwiegen und obgleich zahlreiche Menschen unmittelbar oder mittelbar im Bereich des ERAM arbeiteten, wurde für die „normale“ Bevölkerung keine gesonderte Informationspolitik betrieben. Quellen, die uns Auskünfte über die Stimmung in der Region erteilen, sind also rar.

Dennoch wurde die Meinung der Menschen im betroffenen Gebiet berücksichtigt – z. B. wenn es um Fragen der nationalen Sicherheit ging. So beobachtete etwa das MfS am 25.06.1987, dass es im Kreis Haldensleben keine Aktionen bzw. Stimmungen und Meinungen gegen das *Erndlager für radioaktive Abfälle* gäbe.¹

Begründet wurde die Abschirmung und Bewachung des ERAM u. a. mit der Gefahr oppositioneller Handlungen *des politischen Untergrundes*², drohenden Sabotageakten und *spektakulären Aktionen weltweit operierender Organisationen (Greenpeace)*³, der Spionage durch den westdeutschen „Klassenfeind“ und nicht zuletzt mit der Angst vor terroristischen Attentaten (so genannter Nuklearterrorismus)⁴.

Grenznahe – Westdeutsche Befürchtungen und Ostdeutsche Ängste

Der Ort Morleben und das zugehörige Erndlager lagen in der von der „Verordnung zum Schutz der Staatsgrenze der DDR“ so klassifizierten „Sperrzone“, nur 1 Kilometer von der sogenannten „Staatsgrenze West“ und 5 Kilometer von Helmstedt (Niedersachsen) entfernt. Diese Grenznahe bedeutete zweierlei: Erstens ein dringendes Interesse der BRD an Informationen über das ERAM, dem natürlich befürchteten westdeutsche Umweltschützern, Politikern und BürgerInnen der Region Umweltbelastungen auch in ihrem Teil Deutschlands (z. B. Kontamination des Wassers). Der Stadtrat Helmstedt z. B. hielt zwecks Informationsbeschaffung dauerhaft Kontakt mit dem Bundesinnenministerium (BfM) und dem BMU.

Die Bundesregierung selbst bat wiederholt vergeblich (u. a. durch ihre „ständigen Vertreter“ in der DDR – Gaus am 25.09.1980 bzw. Bölling am 23.07.1981)

um bilaterale Gespräche über Morleben und bot ihrerseits Informationen über das Erndlager Gorleben an. Besonders Interesse bekundeten die Vertreter der BRD an Fragen zur Sicherheitsstandards und Havarien.⁵

Ein niedersächsischer Bundestagsabgeordneter wandte sich 1987 in diversen Briefen mit besorgten Fragen zu Sicherheitsstandards und möglicher Umweltbelastung direkt an den DDR-Staatscher Erich Honecker.

Die westdeutsche Presse verglich Morleben bereits 1979 mit Gorleben. Und 1987 titelte der Spiegel in einem Bericht über das ERAM „Was die da machen, weiß keiner genau“⁶; eine Darstellung, angesichts derer die Staatssicherheit befürchtete, dass *exponierte feindliche Kräfte des Bezirks mit überregionalen Verbindungen im Rahmen der politischen Untergrundtätigkeit diese Veröffentlichung zur Beeinflussung der Bevölkerung benutzen könnten*.⁷

Zweitens bedeutete die Grenzlage ein besonders umfangreiches Paket an Sicherungsmaßnahmen seitens der DDR. Das MfS (vor allem die Hauptabteilung XVIII/5 mit ihrem Aufgabengebiet „Kernanlagenenschutz“) überwachte sowohl das Betriebspersonal des ERAM und die Mitarbeiter des SAAs als auch *wesentliche Stimmungen und Meinungen im Grenzgebiet*.⁸ Halbjährlich erfolgte durch die hiesigen Grenztruppen eine *Kontrolle der Sicherheit und Ordnung* im ERAM. In Morleben selbst waren Einheiten der NVA-Grenzer stationiert. Wie im gesamten Grenzgebiet galt auch hier, *den Forderungen zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit der Staatsgrenze sind alle anderen Fragen im Sperrgebiet unterzuzordnen*.⁹ So mussten z. B. sämtliche an einem geplanten Transport von 2.500 Fassern niedrigaktiven Atomnülls beteiligten Personen in Listen registriert werden, Passierscheine für das Grenzgebiet erhalten und sich einer *Belehrung über das Verhalten im Grenzgebiet* unterziehen.¹⁰

Die Behörden der DDR befürchteten sowohl unbefugte Grenzübertritte („Republikflucht“) als auch direkte *Provokation und Agententätigkeit* durch den westdeutschen *Gegner*. Daher beschloss etwa der Rat des Kreises Haldensleben aufgrund einer Direktive des ZK der SED (Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – die führende Partei der DDR) vom 28.10.1971 *die differenzierte und systematische politisch-ideologische Arbeit mit allen Bürgern des Grenzgebietes* fortzuführen.¹¹ So sollte die Grenzbevölkerung, die tagtäglich einem *besonders scharfen Klassenkampf* ausgesetzt sei, gegen westliche Propaganda immunisiert und ihre *Bejahung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR* garantiert werden. Widerstand gegen ein Erndlager für radioaktive Abfälle wäre gerade im Grenzgebiet als *äußerst gefährliche, politische Destabilisierung* ersichen.

Informationspolitik und Ideologie

Schon vor Inbetriebnahme des ERAM wies der Präsident des SAAS, Professor Sitzlack, in einem Schreiben an den Minister für Kohle und Energie, Siebold, auf die *übertragende perspektivische Bedeutung der sicheren Beseitigung der radioaktiven Abprodukte ... auch für die sozialistische Landwirtschaft*¹² hin. An den Nachfolger Siebolds schrieb Sitzlack 12 Jahre später, das ERAM sei *im internationalen Vergleich eine beispielhafte Lösung, die sich eigne, die rechtzeitige und planmäßige Vorsorge und das Niveau des Schutzes im sozialistischen Staat zu demonstrieren*.¹³

In den raren öffentlichen Erwähnungen des ERAM wurde diesem eine symbolische Bedeutung bezüglich des sozialistischen Fortschritts und der friedlichen Nutzung der Atomenergie – hier distanziertere sich die DDR deutlich von der als militärisch dominiert bezeichneten Atomenergienutzung des „imperialistischen Westens“ – verliehen. Eine Darstellung aus dem Jahre 1972 sah das ERAM als *wichtiges Vorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes für die gesamte DDR und die kernenergieutzenden RGM-Mitgliedslander*; die DDR präsentiere ein Vorzeigelager, das der Legende von der „sauberen Atomenergie“ entspreche und im Ostblock als „Modellfall“ der Atomultimsorgung gelte.¹⁴

Auskunft über das ERAM musste die DDR bedingt durch ihre Mitarbeit in der International Atomic Energy Agency (IAEA) erteilen, was stets Genehmigungen der Texte durch höhere Stellen voraussetzte. Professor Sitzlack, der Präsident des SAAS, erbat sich, das ERAM als Delegationsleiter auf der 22. IAEA-Generalkonferenz 1978 durch eine *allgemein gehaltene Formulierung* international vorstellen zu dürfen (der RGW hatte bereits eine interne Information über den Betrieb des ERAM erhalten).¹⁵ Aussagen, Publikationen und andere Erwähnungen des ERAM stimmte das SAAS u. a. mit dem Ministerium für Kohle und Energie (MKE) ab. Eine klare Linie schien es dabei nicht zu geben, eher wurden Einzelfallentscheidungen getroffen. Das MKE intervenierte des Öfteren gegen ihn zu detailliert erscheinende Vorträge oder *politisch unüberlegte und unqualifizierte Formulierungen* in Reden und Schriften. Aber auch das SAAS lehnte Redeskripte, westdeutsche Interviewwünsche und Bitten um bilaterale Konsultationen ab. Begründet wurde dies damit, dass die Auskünfte in der IAEA austreichend seien.

Ferner sei *die politische Brisanz dieser Fragen geeignet, den Angriffen westlicher Nachrichtensmedien Vor-schub zu leisten*,¹⁶ Besuche von Personen aus dem NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) seien aufgrund der Grenzlage des ERAM nicht möglich – darin stimmten MKE und SAAS überein. Einer entsprechenden Anordnung Erich Honeckers vom 08.06.1979 folgend, sollte

das ERAM nicht mehr in Publikationen und selbst in der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der IAEA auftauchen. Irritationen, die durch westdeutsche Medienberichte ausgelöst worden waren, mögen mit ein Grund für die Anordnung Honeckers gewesen sein.

Andererseits wurden bereits 1976 Verhandlungen mit westdeutschen Firmen über die Abnahme und Einlagerung von atomonen Abprodukten geführt, wobei sorgfältig abgewogen wurde, wie viel Einblick den westdeutschen Kunden gewährt werden könne, ohne eventuell versuchter Spionage Vor-schub zu leisten.¹⁷ Eine systematische Information der hiesigen Bevölkerung¹⁸ war nicht vorgesehen. Nur bei gefährlicher Geruchsannahme und Diskussionen um die Sicherheit, wie 1987 in Beendorf, wurde eingegriffen. Auf einer Versammlung wurde den BürgerInnen versichert, was auch den westlichen Politikern versichert wurde, es gingen keine Gefahren für die Umwelt aus.¹⁹

Am 15./16. 10. 1988 erschien endlich ein Artikel im Neuen Deutschland über den Betrieb des ERAM, 17 Jahre nach Beginn der ersten Einlagerungen.

Quellen:

- 1 Bericht eines Hauptmanns des MfS der Kreisdienststelle Haldensleben vom 25.06.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111
- 2 Rededisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 17400, Bl. 22–32, MorsArch 001105
- 3 ebd.
- 4 MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 0011108
- 5 Eine entsprechende Gesprächsnote übergab am 25.09.1980 der Leiter der „ständigen Vertretung“ der BRD in der DDR Gaus an das MfA
- 6 Spiegel, Nr. 32/87, S. 69
- 7 Interner Bericht eines Oberstleutnants der MfS Bezirksverwaltung Magdeburg am 04.11.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg AKG, Nr. 229, Bl. 220–226, MorsArch 001115, Ministerial der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung XVIII, 1. Stelv. des Leiters, Schreiben an Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XVIII, Magdeburg mit Schreiben vom 04.11.1987 von der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Magdeburg, Auswertungs- und Kontrollgruppe an Ministerium für Staatssicherheit, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe mit Tonaufbandschrift der KD Haldensleben vom 15.10.1987, Quelle: MfS „Jens Siebert“ ang.; Olin, Köhler am 7.9.1987, „Bemerkungen zum Spiegelartikel“ Nr. 2/1987*, 12.11.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 1014, Bl. 68–73, MorsArch 0011112
- 8 Interner Bericht eines Hauptmanns der MfS Kreisdienststelle Haldensleben vom 25.06.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111
- 9 Führungskonzeption des Rates des Kreises Haldensleben vom 29.01.1989, MorsArch 001035

Verteilung Dienstvorschriften			
Verfahren	Nr. des Dok.	Beschreibung	Nr.
SAAR	1	199	2
		2	2

Am gestrigen Stichtag erfordern die eingereichten Unterlagen die Vorlage von 8. Gehaltsbescheinigung zur Zurechnung vorliegendem Vortrag von 8. Gehaltsklasse.

Die berufliche Strahlenbelastung in dem Bereich...

Auf dem Protokoll der ZGA über berufliche Strahlenbelastung...
 die Strahlendosis, die im Laufe der Zeit...
 der Strahlendosis, die im Laufe der Zeit...
 der Strahlendosis, die im Laufe der Zeit...

Mit sozialistischem Gruß
 Prof. Dr. med. habil. Siezlack
 Staatssekretär

- 10 Schreiben des KKV Greifswald-Rheinsberg an den Rat des Kreises Haldensleben vom 01.12.1971, MorsArch 001041
- 11 Beschluss des Rates des Kreises Haldensleben vom 29.01.1975, Morsleben Archiv der Greenkids Magdeburg
- 12 Sitzlack bezog sich auf eine entsprechende Formulierung des Ministeriales vom 11.12.1968
- 13 Schreiben Sitzlacks an Milzinger vom 04.11.1981, Morsleben Archiv der Greenkids Magdeburg
- 14 Information über das Zentrale Endlager Grube Bahrensleben vom 01.11.1972, LHASA, MD, Rep. P13, Nr. W/C-2/6456, MorsArch 000658
- 15 Internes Schreiben von Sitzlack an Siebold vom 31.07.1978, Morsleben Archiv der Greenkids Magdeburg
- 16 Staatssekretär Prof. Dr. med. habil. Siezlack, Schreiben an Minister für Kohle und Energie Genesien Siebold, 08.05.1979, MorsArch 000584
- 17 So zeigen es Verhandlungen mit der Firma Hempel/Nielsen über Einlagerungen bundesdeutscher Atomkerns im ERAW vom 26.02.1976. (Vermittlung) SAAS, Verlaulich Aktennotiz über eine Unterredung mit Genossen Metz, Generaldirektor des AHB Isocommerz am 23.05.1980, im SAAS, 23.05.1980, Barroth DF 10 Nr. 252, MorsArch 001039; Isocommerz GmbH, Vorhaben Übernahme von radioaktiven Abfällen aus der BRD - ggf. auch aus KJL - und Endlagerung in der DDR im Zusammenhang mit der Erweiterung des Exports von radioaktiven Isotopen in die BRD, 12.10.1982, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 8722, Bl. 19-23, MorsArch 001040
- 18 Ministerium für Kohle und Energie, Abt. Elektroenergie/Wärme, Argumentation für Anfragen aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Durchführung von regelmäßigen Transporten mit radioaktivem Abfall zum Endlager für radioaktive Abfälle, 24.10.1977, MorsArch 000006
- 19 Mrs. BV Magdeburg, KD Haldensleben: Analyse der politisch-operativen Lage im Grenzgebiet des Kreises Haldensleben, 25.06.1987, BSU, MS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 61-62, 65, MorsArch 001111

BSU
 0000524

Wesentliche Stimmungen und Notizen im Grenzgebiet
 Trotz der angespannten Witterungslage im Januar und Februar gab es keine negativen Auswirkungen bei der Versorgung der Bevölkerung im Grenzgebiet.

Positive Reaktionen erfolgten auf die Abrüstungsvorschläge der UdSSR sowie auf die Geburts des 14. FDJ-Kongresses.

Verstärkt treten insbesondere im Bereich Sandorf immer wieder Bekunftsungen zur Einlagerung von giftigen Stoffen in der Schachtanlage hervor. Am 24. 04. 1987 wurde in Sandorf eine öffentliche Gesundheitsreferaterversammlung durchgeführt, an der verantwortliche Mitarbeiter des Kreises und des VES Havel, Magdeburg teilnahmen. Dabei wurde den Teilnehmern mitgeteilt, dass es für die Anwohner keine Gefährdung gibt, die aus den Einlagerungen in den Schachtanlagen resultieren, es kann davon ausgegangen werden, dass diese keine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung darstellen. Die Einlagerung von giftigen Stoffen ist für die Bevölkerung des Gebietes nicht gefährlich und keine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung. Die Einlagerung von giftigen Stoffen ist für die Bevölkerung des Gebietes nicht gefährlich und keine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung.

Sitzlack
 Siezlack

Abbildung 17: Beunruhigt war das MS über die Diskussionen zur Giftmüll-einlagerung in Schacht Marie. Doch die Bedenken wurden schnell zerstreut. (Quelle: BSU, MS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 65)

4.2. Stimmung in der Region (BRD)

Schon vor der Vereinigung von BRD und DDR gab es vor allem in der Helmstedter Region Ängste und Kritikäußerungen am Betrieb des nahen Atom-¹muld-Endlagers. Die Stadtverwaltung pflegte einen engen Kontakt mit verschiedenen Bundesbehörden, um aktuell über das Geschehen in Morsleben informiert zu sein und die Bedenken gegen das Lager zu kommunizieren. Manches Gutachten zu Sicherheitsproblemen im ERAM wurde mit Unterstützung der Stadt Helmstedt ebracht.²

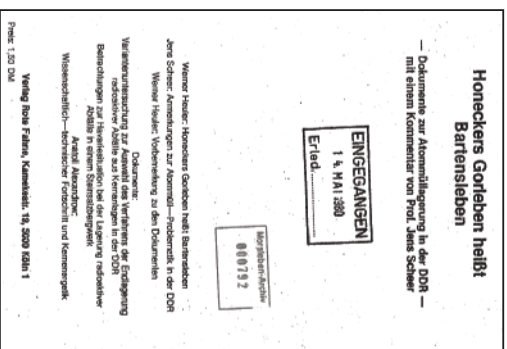
Ab 1990 gab es auch in der Region der früheren DDR Kritik am ERAM. Die heute in Helmstedt ansässige BürgerInnen-Initiative gegen das Morsleberer Endlager wurde in Haldenleben als Zusammenschluss von Menschen aus Ost und West gegründet. In Morsleben selbst gab es jedoch auch gegenläufige Kräfte, die für den Weiterbetrieb argumentierten; zum einen teilten sie nicht die Sicherheitsbedenken der AtomkraftgegnerInnen, andererseits herrschte – nicht nur in Morsleben – eine Angst vor Arbeitsplatzverlusten. Bei einigen gewählten Repräsentanten ist auch heute noch eine erstaunliche Ignoranz gegenüber dem Thema Endlager festzustellen. Nicht nur einmal wurde im letzten Jahr der Einladung zur Diskussion über das ERAM mit Argumenten eine Absage erteilt, die von *kein Informationsbedarf bis Gegnern keine Plattform* bieten reichelten.³

Quellen:

- 1 Standard: Vertretung der BRD in der DDR: Pressemitteilung der Standard-Verteilung der Bundesrepublik Deutschland, 23.07.1981, BarchB DF 10 Nr. 261, MorsArch 001036
- 2 Aktivitäten von Verwaltung und Stadtrat Helmstedt zu Morsleben, (Veröffentlich) 10.12.1990, MorsArch 000995; Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
- 3 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004

Abbildung 18: Quelle:

MorsArch 000792)



4.3. Arbeitsplätze

Wie bei anderen Großprojekten auch, spielte in Morsleben seit dem Übergang zum Kapitalismus das Arbeitsplatzargument eine wichtige Rolle. Eine strukturschwache Region entwickelt schnell eine Abhängigkeit zu einigen wenigen Arbeitgebern. Die Zahl der Arbeitskräfte betrug 1990 noch 280 Personen, zum Ende des Jahres waren es nur noch 263. Im August 2004 waren noch 180 Arbeitskräfte beim ERAM beschäftigt.¹

Da mittlerweile die Stilllegung des Endlagers sicher ist, spielt das Arbeitsplatzargument in der Auseinandersetzung über die Form der Schließung kaum noch eine Rolle. Klar ist, dass die Stilllegung eine jahrelange Beschäftigung für viele weitere Menschen bringen wird. Je nach Konzept wird auch nach der Stilllegung noch Personal für Überwachung und Schutz der Anlage gebraucht.

Quelle:

- 1 Energiewerke Nord GmbH (EWN). Report: Social aspects by the decommissioning of the Greifswald NPP., 2002, MorsArch 000193; Auskurtf. Inthaus Morsleben vom 05.08.2004

4.4. Risikobewusstsein – psychologisch betrachtet

von Heidi Ittner und Volker Linneweber (Institut für Psychologie der Otto-von-Guericke-Universität)

Die Theorie selbstschützenden Verhaltens erklärt unseren Umgang mit Gefahren und Risiken. „Eingangsgrößen“ und „Verarbeitungsveränder“ des Modells sind Informationen und Prozesse, die aus dem Umfeld sowie von uns selbst stammen – Informationen aus den Medien oder aus unmittelbarer Kommunikation, unsere Vorerfahrungen und persönliche Eigenschaften (Ängstlichkeit, Reizkottraude) bedingen die Verarbeitung dieser Informationen und damit den weiteren Prozess des Umgangs mit dem Risiko. Eine daraus resultierender spezifische Bewertung der Gefahr selbst (Größe und Eintretenswahrscheinlichkeit) sowie ein gewisses Maß an Furcht sind erforderlich, damit eine weitere Verarbeitung erfolgt.

Dabei kann es sowohl zu einem fehlangepassten Umgang (Leugnung, Wunschdenken etc.) als auch zu einer verhaltensbedingenden Motivation kommen. Die Bewertung der Bewältigungsmöglichkeiten (grundsätzlich, persönlich) und der Folgen einer Gefahrenbewältigung sind ebenfalls bedeutend:

Bei negativem Ausgang dieses Bewertungsprozesses resultiert ebenfalls unangepasster Umgang, werden hingegen Bewältigungsmöglichkeiten angenommen, resultiert eine verhaltensbedingende Motivation.

Für den vorliegenden Anwendungszusammenhang (Endlager Morsleben) ergibt sich vor dem Hintergrund dieser Theorie umfangreicher Forschungsbedarf. So kann in jedem Segment und bei jeder Prozesskomponente sowohl auf individueller Ebene als auch auf aggregierter Ebene bzw. im Umfeld analysiert werden, welche Einflüsse wirken und wie die einzelnen Komponenten ausgeprägt sind.

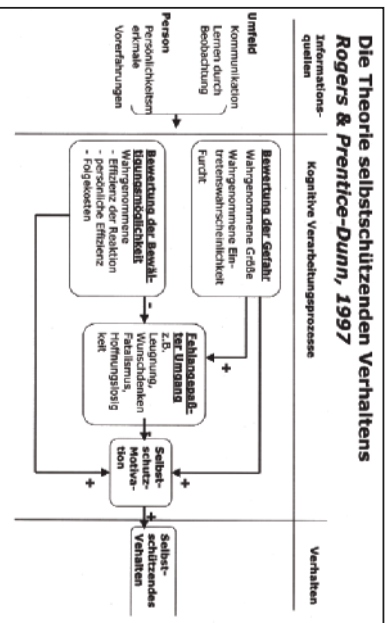


Abbildung 19: Theorie selbstschützenden Verhaltens (Quelle: Universität Magdeburg, Institut für Psychologie)

Literatur:
Rogers, R. W., & Prentice Dunn, S. (1997). Protection motivation theory. In D. S. Gochman (Ed.), (1997): Handbook of health behavior research 1: Personal and social determinants (pp. 113–132). New York, NY: Plenum Press.

4.5. Informationspolitik der BRD-Regierung

Auf den ersten Blick erscheint die Informationsbereitstellung von BMU und BfS umfassend. Im Internet¹, in Broschüren² und im Morsleben-Infohaus³ stehen Daten und ausgewählte Informationen zur Verfügung. Aus dem Schriftwechsel zwischen Umweltschutzorganisationen und BMU/BfS bzw. mit BürgerInnen ist jedoch ablesbar, dass viele Detail-Informationen erst nach mehrmaligem Nachfragen zu bekommen waren. Oft waren die Antworten sehr kurz und unpräzise.

se, vielfach wurde auch auf veröffentlichtes Material verwiesen, wo aber die Themen selten erschöpfend und aktuell behandelt und zumeist nur einseitig betrachtet wurden. Auch wurden in der Vergangenheit Probleme heruntergespielt bzw. gar nicht auf sie eingegangen. ⁴ Hierfür gibt es einige Beispiele im Briefwechsel zwischen BMU und Greenpeace bezüglich Sicherheitsproblemen, die in offiziellen Papieren angerissen, vom BMU aber als unbedenklich eingestuft wurden. ⁵

Auch entsprochen nicht alle Mitteilungen der Wahrheit. So beantwortete Prof. Dr. Töpfer, der damalige Bundesumweltminister, den Brief eines besorgten Bürgers am 31.10.1994 mit der Aussage: *In das ERAM werden lediglich schwach radioaktive Abfälle mit im wesentlichen niedrigen Halbwertszeiten eingelagert.* ⁶ Tatsächlich lagern dort nicht unerhebliche Mengen mittelradioaktiver Abfälle und viele Stoffe haben eine hohe Halbwertszeit. Hinzu kommen die umstrittenen Strahlengquellen, von denen das BMU zwar meint, es seien keine hochradioaktiven Stoffe, dies aber nicht von allen Beteiligten so gesehen wird.

Quellen:

- 1 <http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html>
- 2 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070
- 3 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Präsident König eröffnet Infohaus in Morsleben. 1.4.12.2000, MorsArch 000556; Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Infohaus am Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (Werbezeitel), 09.01.2001, MorsArch 000659
- 4 BMU: Schreiben an „Monitor“ (WDR), Ihre Anfrage vom 30.06.1998“, 01.07.1998, MorsArch 000559
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524
- 6 Prof. Dr. Klaus Töpfer, BMU: Schreiben an eine Hamburger Bürgerin. „Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben“, 31.10.1994, MorsArch 000534

4.6. Politik der Medien

von Christin Schärer und Falk Beyer

Seit den 1970er Jahren berichteten westdeutsche Medien wie die Hannover-sche Allgemeine Zeitung oder die Braunschweiger Zeitung über Morsleben und ertrachteten damit eine öffentliche Diskussion in der BRD. Damals wurde vor allem eine mögliche Verseuchung des Grundwassers von Helmstedt und Umgebung durch das Endlager thematisiert. Da diese nach Meinung der Stadt

Helmstedt nicht auszuschließen sei, sollten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Die Berichterstattung in den BRD-/Medien führte zu Verunsicherung und Vor-sichtsmaßnahmen auf DDR-Seiten. Aus Sorge vor einem sich formentenden Widerstand untersagten die zuständigen Behörden daraufhin nahezu jegliche Publikation über das ERAM. Schon zugesagte Vorträge und Veröffentlichun-gen wurden wieder zurückgezogen.

So fand 1978 ein Philosophenkongress zum Thema „Mensch, Umwelt, Tech-nik“ statt. Es wurde überlegt, ob DDR-Delegierte teilnehmen sollen. Das SAAS nahm dazu wie folgt Stellung: *Kernenergieprobleme stehen im kapitalistischen Ausland im Brennpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen, die oft dramati-sches Ausmaß annehmen*. Die DDR solle Leute entsenden und das Thema offensiv angehen, um Zwangslegen (durch Betrugungen) zu vermeiden.¹ Am 12.03.1979 genehmigt der Minister für Kohle und Energie, Siebold, einen Vor-trag des Werkdirektors des Endlagers Ebel „Vorbereitung, Errichtung und Inbetriebnahme des Endlagers Morsleben“, den dieser auf einem IAEA-Sym-posium in Finnland (02.–06.07.1979) halten will.

Am 25.04.1979 zeigte sich SAAS-Präsident Sitzlack in einem Schreiben em-pört über den falschen und irreführenden Vergleich, der in den Massenmedien der BRD zur Abfallproblematik in Gorleben und Morsleben gezogen wurde und über die falschen Informationen, die von der Westpresse diesbezüglich verbreitet wurden.² Wann genau diese Medienwelle rolle, geht aus den vorlie-genden Unterlagen nicht hervor, unsere Nachforschungen lassen aber auf den Zeitraum zwischen 12.03.1979 und 25.04.1979 schließen.

Sitzlack verlangte nun, den bereits genehmigten Vortrag von Ebel abzusagen. Begründung: Die Diskussion über Kernenergie in den westlichen Ländern und vor allem die Auseinandersetzung in der BRD über Gorleben hatte sich ver-schärft. Weiterhin verwies Sitzlack darauf, dass Honecker Publikationen, die von ihm im Auftrag des ZK geschrieben wurden, aufgrund der politischen Bri-sanz dieser Frage gestoppt hatte. Sitzlack schloss daraus: die von Honecker gefällte Entscheidung soll grundsätzlich auch auf Fachveröffentlichungen zu solchen Problemen der Kernenergie ausgedehnt werden, die zu Angriffen westlicher Massenmedien führen könnten.³

Die durch die westlichen Medien (mit)verursachte Sperre von Publikationen zum ERAM hatte Bestand: die Honecker-Anweisung wurde z. B. 1980 heran-gezogen, um bis auf weiteres keine Form von Veröffentlichungen zum ERAM zuzulassen (das hatte Sitzlack gefordert)⁴ – am 09.10.1980 bezieht sich der

neue MKE Mitzinger auf genau diese Honecker-Anweisung von 1979, um die Nichtfreigabe von Publikationen zu begründen.⁵ Weiterhin wurden Interview-wünsche von West-Reportern vom SAAS abgelehnt, z. B. am 29.06.1981.⁶ Nach der Vereinigung behielten diese Zeitungen ihre Art der Berichterstattung bei. Die Helmstedter Zeitung berichtete beispielsweise über die Demonstra-tion vor dem Endlager im März 1991, bei der AtomkraftgegnerInnen dessen endgültige Stilllegung erreichen wollten. Dabei stützte sich die Zeitung auf Aussagen von TeilnehmerInnen und ExpertInnen, gab jedoch keine eigene Meinung preis. Genauso verhielt es sich mit der Perner Allgemeinen Zeitung, die über die nach Expertenmeinung ungenügenden Sicherheitsstandards in Morsleben informierte. Außerdem beanhalten diese Zeitungen auch die Grün-dung von Bürgerinitiativen gegen das ERAM und ihre Forderungen.

Medien wie der Magdeburger Express berichteten über Transporte von Atom-müll durch Magdeburg. Bundesweite Tageszeitungen wie die taz kritisierten die BefürworterInnen des Endlagers Morsleben schärfer. So stellten entspre-chende Artikel heraus, dass Bundesumweltminister Töpfer das „Atomko-m-Morsleben nach der Wiedervereinigung sehr gelegen käme und kritisierten die Verschleppungsstatik des BMU beim Planfeststellungsverfahren zum ERAM. Das Neue Deutschland beschrieb Morsleben als Glücksfall für die westliche Atomlobby und stellte den Widerspruch zwischen der angeblichen Sicherheit im ERAM und den maroden, umweltverschmutzenden Industrieanlagen der DDR, von denen tagtäglich zu hören war, dar.

Quellen:

- 1 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz beim Ministerrat der DDR (SAAS): Zur Frage des Auftretens der DDR-Delegation zu Kernenergieproblemen auf dem Sympo-sium „Mensch, Umwelt, Technik“ im Rahmen des Philosophenkongresses 1978, „Kernener-gie und Gesellschaft“, 14.02.1978, MorsArch 000581
- 2 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz der DDR: Stellungnahme zum ire-führenden Vergleich in den Massenmedien der BRD zur Abfallproblematik in Gorleben/BRD und Morsleben/DDR, 25.04.1979, MorsArch 000582
- 3 Staatssekretär Prof. Dr. med. habil. Sitzlack, Schreiben an Minister für Kohle und Energie Genossen Siebold, 08.06.1979, MorsArch 000584
- 4 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Kohle und Energie. Der Minister, Schreiben an Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz, Präsident Genossen Prof. Dr. Sitzlack wegen Anfrage zu Veröffentlichung einer Ausarbeitung zur Endlagerung in der DDR, 09.10.1980, MorsArch 000585
- 5 Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz, Staatssekretär Prof. Dr. med. habil. Sitzlack, Schreiben an Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokrati-schen Republik Genossen Willi Stoph, 29.06.1981, MorsArch 000585

4.7. Umgang mit dem Wissen um Sicherheitsprobleme

DDR

von Antje Labza

Da das ERAM in unmittelbarer Nähe zur Grenze Niedersachsens liegt, wurden die westdeutschen Nachbargebiete in Untersuchungen, die die DDR in Bezug auf etwaige Sicherheitsprobleme der Anlage durchführte, mitberücksichtigt.

Eine Analyse der SZS stellte 1972 mögliche *Heavie-Situationen* dar und untersuchte detailliert mehrere realistische Unfallanszenarien (u. a. Grubensturz, Wassereintrüche). Der Autor der Studie wies folgerichtig zahlreiche Risiken der Einlagerung in Salzbergwerken nach, kam in einer argumentativen Kernwende am Ende seines Berichtes aber zu dem Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls so niedrig sei, dass Einlagerungen radioaktiver Abprodukte trotzdem als sicher angesehen werden könnten.¹

Das Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung (Ost wie West) wurde generell als gering eingestuft. Der Präsident des SAAS Sitzlack teilte daher am 04.09.1987 in einem Brief an den Bundestagsabgeordneten Brauer mit, dass *selbst der größte denkbare Unfall – „Absaufen“ der Grube – zu keinen Strahlengefahren für die Umwelt führt*, das Grundwasser nicht gefährdet sei und eine sichere Einlagerung *über Jahrtausende* garantiert würde.² Sieben Jahre zuvor allerdings war es am 31. 10. 1980 zu einer Schachtavarie gekommen. Einer Untersuchung der Bergbehörde Stalfurt zufolge waren menschliches und technisches Versagen (Verschleiß) für den Sachschaden verantwortlich, Strahlengefährdung habe nicht bestanden.

Ein weiterer dokumentierter Nachweis für bekannte Sicherheitsmängel findet sich in einem Schreiben vom Ministerium für Kohle und Energie. Am 15. 11. 1982 hätte das SAAS vom MKE die Aufforderung erhalten, dass ERAM nicht mehr in ihre Publikationsstätigkeit und in die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der IAEA (Internationale Atomenergie-Behörde) einzubeziehen, da es ungelöste Probleme gebe, die sich *zwischenzeitlich bei der Einlagerung von flüssigen Endabdruckständen im Endlager ergeben haben*.

Ein Unfall außerhalb des Endlagers ist ebenfalls bekannt. Am 07.09.1984 kam es beim Transport von radioaktiven Abfällen auf der heutigen A2 in der Nähe des Rasthofs Börde zu *Außergewöhnlichen Ereignissen*, die das SAAS dokumentierte: Ein LKW, beladen mit 4,8 Kubikmetern niedriggiftigen, flüssigen Abfall, geriet in Brand. Die Ladung sei nicht von Feuer erfasst worden. Fahrer, Feuerwehr und Reparaturpersonal seien nur einer *sehr geringen Bestrahlung, unter der zulässigen jährlichen Strahlenbelastung* ausgesetzt ge-

wesen. Eine Änderung des Strahlenschutzregimes sei nicht notwendig, konstatierte das SAAS.³ Selbst Unfälle lösten keine Änderung des gängigen Ablaufes aus. Diese Beispiele veranschaulichten, dass sowohl Gutachten zum möglichen Einlagerungsrisiken verfasst wurden, als auch tatsächliche Sicherheitsprobleme bestanden. Wie wurde nun mit solchen Informationen umgegangen?

1988 wurde durch den Ministerrat angewiesen, die in der *Übergabe von Ergebnissen aus der Strahlenschutzüberwachung an Partner bilateraler Abkommen* auftauchenden Daten unter *Wahrung der Interessen der DDR zusammenzustellen*. Da das ERAM bereits 1972 eine *Aufgabe von nationaler und internationaler Bedeutung* war und der *Ausbau der Kernenergie in der DDR als Schlüsseltechnologie zur Sicherung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft* (so das Ministerium für Staatssicherheit – MfS – 1987) galt, durften eventuelle Probleme nicht ohne weiteres öffentlich gemacht werden. Ein offener Umgang mit Informationen zu Sicherheitsmängeln und Havarisituationen erscheint also eher unwahrscheinlich.

Wesentlich gefährlicher erschienen den Verantwortlichen die *Gefahr des Nuklearterrorismus*. Daher wurde 1978 auf Initiative des MfS eine *besondere Struktur „physischer Schutz“* im SAAS geschaffen, 1982 durch eine Rechtsvorschrift zur Überwachung von Atomanlagen ergänzt. Eine Verbesserung des notwendigen Schutzes vor Unfällen oder der bestehenden Sicherungssysteme (z. B. beim Transport der Abprodukte zum ERAM) dürfte durch diese Maßnahme eher nicht zu erwarten gewesen sein.

Quellen:

- 1 Franke, H.: Betrachtungen zur Havarisituation bei der Lagerung radioaktiver Abfälle in einem Stensatzbergwerk. In: Report SZS 138, September 1972
- 2 Ministerial der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz, Antwort auf die Anfrage des MdB Jochem Brauer zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, 04.09.1987, MorsArch 000795
- 3 SAAS: Einschätzung des Außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07.09.1984 bei Inagabedingung aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (SAAS), 10.09.1984, BArchDf-10 Nr. 258, MorsArch 000789

BRD

Mit der Vereinigung von BRD und DDR ging das Endlager zunächst in die Verantwortung des SAAS, dann in die des BfS, über. Für DDR-Altanlagen garantiert ein fiktiver Planfeststellungsbeschluss konstruiert⁴, da nach BRD-Recht vor der Inbetriebnahme eines Atomwüll-Endlagers ein Planfeststellungs-

verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben ist. Mit diesem Vorgehen wurde die Öffentlichkeit ein weiteres Mal überangen. Mit dem ERAW wurde ein Endlager betrieben, das in einem auf den strengeren westdeutschen Vorschriften basierenden Genehmigungsverfahren kaum Chancen auf einen positiven Beschluss gehabt hätte.²

In dieser Zeit ist dokumentiert, wie in den Sitzungen der RSK vom BIS und mindestens einem seiner Gutachter Sicherheitsbedenken geäußert, diese jedoch nicht weiter beachtet wurden.³ Die Sicherheitsbedenken von Umweltverbänden und seitens der Genehmigungsbehörde wurden ebenso überangen und oftmals der Weiterbetrieb durch bundesaufsichtliche Weisungen erzwungen.⁴

Nachdem bekannt wurde, dass in Morsleben möglicherweise auch hochradioaktive Abfälle aus DDR-Zeiten lagern – ein Fernsehmagazin berichtete 1996 darüber – wurden Vorwürfe bezüglich der Duldung illegaler Zustände und der Vertagung der Aufsichtspflichten gegen die amtierende Bundesumweltministerin Angela Merkel laut. Das BIS erklärte die Missstände nach deren Bekanntwerden mit einer fehlenden Landessammelstelle in Sachsen-Anhalt. Außerdem wurde begründet, dass es sich bei den betreffenden Stoffen definitionsgemäß nicht um hochradioaktives Material handle, was jedoch von Umweltverbänden und einigen Behörden bezweifelt wurde.

Als 1997 die mangelnde Standsicherheit in Morsleben bekannt wurde, empfahl die BGR die betreffenden Bereiche nicht mehr als Endlager zu betreiben und die grüne Umweltschutzeinstellung in Sachsen-Anhalts Heidecke verlangte die sofortige Schließung des Endlagers. Allerdings sah die SPD-Landeseigleitung die Sicherheit des Endlagers als nicht gefährdet an. Selbst als 1999 die Information von Rissen im Satzstock veröffentlicht wurde, erklärte das BIS, dass keine Gefahr für die Sicherheit der Grube bestünde. Wenige Jahre später änderte sich diese Einstellung zu Sicherheitserschätzungen,⁵ im Jahr 2000 begann die Notverfüllung des Südfelds⁶ und im Herbst 2003 die Stabilisierung des Zentralteils des ERAW.⁷ Die Sensibilität des BIS gegenüber akuten Gefahrenlagen scheint sich in diesen Jahren gegenüber den fast die gesamten 1990er Jahre durchziehenden Verhandlungen geschäft zu haben.⁸

In Fragen der Langzeitsicherheit zeigt sich das BIS nach wie vor optimistisch. Dem Umweltministerium Sachsen-Anhalt zufolge ist aus der Einreichung der Planfeststellungsunterlagen und aus den bisherigen Aussagen zu schließen, dass das BIS überzeugt ist, den Sicherheitsnachweis für 1.000.000 Jahre erbringen zu können. KritikerInnen – beispielsweise aus dem Morsleben-Netzwerk – bezweifeln diese Möglichkeit. Ob das Bundesamt hier zu wenig Selbstkritik vorweist oder die Lage realistisch darstellt, wird frühestens nach der Veröffentlichung der Planunterlagen abschätzbar sein.



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Gesamtdirektion (bei Anwesenheit des Leiters)

RS III 1 - 14684/15

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Gesamtdirektion
Postfach 10 15 53
53115 Bonn

Ministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Leitung: Dr. Ingrid Schütz, Annette
Pellmar, Steffen
39106 Havelburg

Telefon: 0228 35-0
Telefax: 0228 35-3330
Telefax: 0228 35-3333
Telefax: 0228 35-3334
Telefax: 0228 35-3335
Telefax: 0228 35-3336
Telefax: 0228 35-3337
Telefax: 0228 35-3338
Telefax: 0228 35-3339
Telefax: 0228 35-3340
Telefax: 0228 35-3341
Telefax: 0228 35-3342
Telefax: 0228 35-3343
Telefax: 0228 35-3344
Telefax: 0228 35-3345
Telefax: 0228 35-3346
Telefax: 0228 35-3347
Telefax: 0228 35-3348
Telefax: 0228 35-3349
Telefax: 0228 35-3350
Telefax: 0228 35-3351
Telefax: 0228 35-3352
Telefax: 0228 35-3353
Telefax: 0228 35-3354
Telefax: 0228 35-3355
Telefax: 0228 35-3356
Telefax: 0228 35-3357
Telefax: 0228 35-3358
Telefax: 0228 35-3359
Telefax: 0228 35-3360
Telefax: 0228 35-3361
Telefax: 0228 35-3362
Telefax: 0228 35-3363
Telefax: 0228 35-3364
Telefax: 0228 35-3365
Telefax: 0228 35-3366
Telefax: 0228 35-3367
Telefax: 0228 35-3368
Telefax: 0228 35-3369
Telefax: 0228 35-3370
Telefax: 0228 35-3371
Telefax: 0228 35-3372
Telefax: 0228 35-3373
Telefax: 0228 35-3374
Telefax: 0228 35-3375
Telefax: 0228 35-3376
Telefax: 0228 35-3377
Telefax: 0228 35-3378
Telefax: 0228 35-3379
Telefax: 0228 35-3380
Telefax: 0228 35-3381
Telefax: 0228 35-3382
Telefax: 0228 35-3383
Telefax: 0228 35-3384
Telefax: 0228 35-3385
Telefax: 0228 35-3386
Telefax: 0228 35-3387
Telefax: 0228 35-3388
Telefax: 0228 35-3389
Telefax: 0228 35-3390
Telefax: 0228 35-3391
Telefax: 0228 35-3392
Telefax: 0228 35-3393
Telefax: 0228 35-3394
Telefax: 0228 35-3395
Telefax: 0228 35-3396
Telefax: 0228 35-3397
Telefax: 0228 35-3398
Telefax: 0228 35-3399
Telefax: 0228 35-3400

Wortlaut-Akt
000566

Yereb per Telefax: 0391-567-3368 oder 3393

Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAW)
- Bundesaufsichtliche Melbung nach Artikel 85 Abs. 3
des Grundgesetzes -

1. Ihr Schreiben vom 01. Juni 1995 an das Bundesamt für Strahlenschutz
- RS III 1 - 40340/22 -
2. Mein Schreiben vom 07. Juni 1995
- RS III 1 - 14684/15 -
3. Ihr Schreiben vom 08. Juni 1995
- RS III 1 - 40340/22 -
4. Ihr Schreiben des Bundesamtes für Strahlenschutz vom 30. Juni 1995
- § 2, 2./21./56a -
5. Ihr Schreiben vom 23. August 1995
- K6/14 -
6. Schreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn/1016 per Fax am 24. August 1995
7. Mehr Schreiben vom 24. August 1995
- RS III 1 - 14684/15 -
8. Mein Schreiben vom 25. August 1995
- RS III 1 - 14684/15 -
9. Ihr Bericht vom 25. August 1995
- RS III 1 - 14684/15 -
10. Ihr Schreiben vom 29. August 1995
- RS III 1 - 14684/15 -
12. Bundesaufsichtliches Gespräch vom 28. August 1995

Anlage

Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
51	52	53	54	55	56	57	58	59	60
61	62	63	64	65	66	67	68	69	70
71	72	73	74	75	76	77	78	79	80
81	82	83	84	85	86	87	88	89	90
91	92	93	94	95	96	97	98	99	100

Abbildung 20: Zur Not wurde der ungestörte Betrieb des einzigen Bundesendlagers per Weisung durchgesetzt (Quelle: Morsatich 000566)

Gemäß Artikel 95 Abs. 3 des Grundgesetzes weisen ich Sie an,

1. die an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit Schreiben vom 24. August 1995 - Az.: 58-1/95/4034/23 - gerichtete Verfügung zur Dauerbetriebsgenehmigung für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) bis einschließlich 4. September 1995 zurückzunehmen und nicht innerhalb der Frist hierüber per Telefax zu unterrichten,
2. alle von Ihnen im Rahmen Ihrer atomrechtlichen Zuständigkeit zum ERAM beschafften, nach außen wirkenden Verkehrsschilder, die den Endlagereinsatz des ERAM betreffen oder verhindern könnten, mit vorher zur schriftlichen Zustimmung vorzulegen,
3. im Verwaltungsverfahren, einschließlich Verwaltungsverfahrenen, Ihrem Handeln zugrunde zu legen, daß
 - a) das ERAM aufgrund der gültigen Dauerbetriebsgenehmigung vom 22. April 1986, die auch die Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle durch Verfüllung auf der Sa-Schle umfasst, rechtmäßig betrieben wird,
 - b) sicherheitsrechtliche Bedenken zum ERAM, aus denen sich eine Gefährdung von Mensch und Umwelt ergeben könnten, nicht erheblich sind,
4. in Verwaltungsverfahren, die das ERAM betreffen, den Inhalt der Schriftsätze und sonstiger Unterlagen, die bei Gericht eingereicht werden sollen, vorher mit mir abzustimmen.



BfS Bundesamt für Strahlenschutz

8. November 2000 22/2000

Pressemittlung
ISSN 0941-620X

Spezifisch: Mittwoch, 8.11.2000, 13 Uhr

Endlager Morsleben: Neue Erkenntnisse erfordern sofortiges Handeln im Südfeld

Im Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) gibt es stärkere Schäden an den sogenannten Schwefeln (Deckbereich zwischen zwei Hohlräumen) als bisher erkennbar.

Wir müssen damit rechnen, dass kurzfristig bis zu 1000 Tonnen schwere Seltmetalle - berylliumreiche Lösser genannt - von der Decke auf den dort liegenden Atomtrüfellen herunter erklärt Wolf am König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), am Mittwoch vor der Presse in Magdeburg.

Auf Grund dieser neuen Erkenntnisse zur gefährlicheren Situation im Südfeld des Endlagers Morsleben wenden die Behörden der zwei Einlagerungskammern umgehend Verfüllstoffe, welche König die daraus folgenden Konsequenzen dar Er habe Sofortmaßnahmen wie die Sperrung bestimmter Bereiche im Südfeld angeordnet. Durch geeignete technische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewehrung (Belüftung) sei nach derzeitigen Kenntnisstand gewährleistet, dass keine unzulässige Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umgebung stattfindet.

Im Rahmen betrieblicher Überwachungsarbeiten waren im Juli/August 1999 in einer von zwei Untersuchungsbohrungen vier Risse mit einer maximalen Öffnungswerte von 4,5 cm in der Schwäche eines Abbaus zwischen der 3. und 4a-Schle festgestellt worden. Daraufhin wurde in Absprache mit dem Bergamt



Abbildung 21: Untersuchungen belegen Sicherheitsprobleme im Südfeld – nun ist Gefahr im Verzug (Quelle: MorsAich 000512)

Quellen:

- 1 AG-Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
- 2 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, April 1996, MorsArch 000071
- 3 AG-Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morschro.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192
- 4 BMU: Presseinformation: Bundesumweltministerium erteilt den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt erneut Weisungen in Endlagerfragen“, 09.09.1997, MorsArch 000523; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; BMU: Presseinformation: Bundesumweltministerium erteilt Sachsen-Anhalt erneut Weisung zum ERAM-Betrieb“, 26.06.1996, MorsArch 000562; BMU: Schreiben an Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), Bundesamt für Strahlenschutz, Gemeinsame Pressemitteilung, 09.08.1997, MorsArch 000616
- 5 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung vom 8. November 2000: „Endlager Morsleben: Neue Erkenntnisse erfordern sofortiges Handeln im Stüttdief“, 08.11.2000, MorsArch 000512; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: BfS bereitet vorgesehene Sicherungsmaßnahmen im Endlager Morsleben vor, 19.03.2003, MorsArch 000518; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Erster Schritt zur Stabilisierung von Grubenbauten im Zentraltief des Endlagers Morsleben (ERAM) eingeleitet, 05.03.2002, MorsArch 000519; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: „Präsident Köhng: „Lieberfall im ehemaligen Endlager Morsleben bestätigt die Bedeutung vorgezogener Verfallsmaßnahmen“, 04.12.2001, MorsArch 000520; BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standortsichernde des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000524; Bundesamt für Strahlenschutz: Einladung zur Pressekonferenz des BfS: „Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Eingangsgruben im Stüttdief des ERAM mit Satzrups abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM) (Auszug BfS-Internetseite), http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion, 25.09.2003, MorsArch 000562; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an BfS: Stüttdief, 23.10.2000, MorsArch 000007
- 6 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager Morsleben: Verfüllung des Stüttdiefes beginnt, Bundesumweltminister Trittin und BfS-Präsident Köhng vor Ort, 17.11.2000, MorsArch 000514; Bundesamt für Strahlenschutz: Einladung zur Pressekonferenz des BfS: „Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Eingangsgruben im Stüttdief des ERAM mit Satzrups abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Schreiben an Bergamt Staufurt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), hier: Sonderbetriebsplan, Schichtanlagens-Bereitschen: Verfüllmaßnahmen im Stüttdief“ (DBE-MZ2000), 14.11.2000, MorsArch 000615
- 7 Bundesamt für Strahlenschutz: Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM) (Auszug BfS-Internetseite), http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion, 25.09.2003, MorsArch 000562
- 8 Dr. Michael Meinert (BfS) bei Morsleben-Befahrung vom 30.08.2004

4.8. Schacht Marie

von Sabrina Lippert und Thomas Beckert

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts waren in der Gegend des Oberen Allertals nur sogenannte Salzbrunnen, welche salzhaltiges Wasser führten, bekannt gewesen. Diese Salzquellen wurden bis dahin ausschließlich zu Kurzwecken betrieben.

Im Jahre 1872 wurde die Genehmigung zur Errichtung eines Solquellenbergwerks im Oberen Allertal erteilt. Mit dem zunehmenden Bedarf an Industrie-salz begann auch der massive Abbau dieser Rohstoffe in Salzstollen. Die Betreiber wollten Stein- und Speisesalz fördern und hatten mit Probebohrungen in den vorangegangenen Jahren den Salzstock entdeckt.

Der Schacht Marie wurde im September 1898 abgeteuft. Er wurde bis auf die zuglassene Endtaufe von 300 m vorangetrieben. Die Erträge des Schachtes und anderer Gruben im Allertal bewog die Betreiber schon um 1900 in unmittelbarer Nähe des Schachtes Marie eine Saline (ein Salzbergwerk) zu errichten und die Gruben weiter auszubauen. Es entstanden riesige Schachtsysteme, deren Stollen nach der Förderung des Salzes leer standen.

Rüstung in Marie

Im Jahre 1934 wurde ein Teil der Stollen des Schachtes Marie an das Rüstungswesen des Deutschen Reiches verpachtet, da dieses zunehmend Bedarf an unterirdischen Lagern angemeldet hatte. 1937 wurde in der Anlage eine Munitionsanstalt errichtet. Unter Tage wurde in 150 Kammern hauptsächlich Fliegermunition gelagert.

Ab 1940 wurde die Grube mit Beton ausgebaut. Mit der Verlegung von kriegswichtigen Produktionsstätten der Nazis unter Tage gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in den unterirdischen Anlagen in großem Stil Rüstungsmaterialie wie die Steuerung der V1 produziert.

Es stellte sich jedoch bald heraus, dass sich die unterirdischen Anlagen nicht zur Produktion von der oft sehr filigranen Technik eigneten. Die Teile waren zum Teil so stark korrodiert, dass sie nicht einmal den Testlauf überstanden. Im Schacht arbeiteten 1944 bis 1945 Tausende Angestellte und Zwangsarbeiter unter den unumenschlichsten Arbeitsbedingungen.

Nach Ende des Krieges wurden die Fabriken demontiert und zum größten Teil als Reparation in die UdSSR geschafft; zuvor gelang es den Fabrikbesitzern noch 250 Maschinen zu veräußern.

Brotier-Zucht in Marie

Während in anderen Bergwerken der Region zum Teil noch große Salzmenge abgebaut wurden, gab es erst 1958 wieder einen Vorschlag zur Nutzung der Anlagen in Marie. Sie sollten zu Hähnchenmastanlagen ausgebaut werden. Ab 1960 begann also in den alten Bergwerkshallen eine Masthähnchenzucht unter Tage. Dieses Verfahren war kostengünstig und so wurde die Zucht weiter ausgebaut. Nach jeweils einer Mastperiode wurden die Anlagen komplett gereinigt und desinfiziert. Ein Teil der Abwässer scheint in die Grube abgelassen worden zu sein. Die schlachtfertigen Hähnchen wurden in einem eigens dafür errichteten Schlachthof über Tage verarbeitet.

Erst Mitte der 80er Jahre wurde mit dem Abbau der Anlagen im Stollen begonnen. Die konventionellen Zuchtmethoden waren weiterentwickelt worden und hatten sich im Laufe der Zeit als wesentlich rentabler erwiesen. Die Schlachtanlagen wurden noch einige Jahre von den umliegenden LPGs genutzt.

Giftmüll in Marie

Unter Tage wurde unterdessen mit der Einlagerung von Härtereiatsätzen im Probetrieb begonnen. Der hohe Bedarf an Entsorgungsmöglichkeiten führte jedoch Anfang der 90er Jahre dazu, dass weit über die genehmigten Mengen hinaus Sondermüll aller Art eingelagert wurde.

Bis mindestens 1988 lagerten die hochgiftigen Salze unter katastrophalen Sicherheitsbedingungen in einem Bunker in Beendorf³ bzw. als dieser voll war in einer Lagerhalle im Werk der Havelstraße Magdeburg. Da die dortigen Lagerkapazitäten erschöpft und auch der Zustand des Lagers nicht länger tragbar war, beschloss der Ministerrat am 25.07.1985 eine „zeitweilige Zwischenlagerung“ zunächst für 20 Jahre im Schacht „Marie“.²

Im Mai 1986 erteilte der Rat des Bezirkes Magdeburg die Standortgenehmigung für das erste Teilvorhaben „Versuchseinlagerung 1986“ für das Investvorhaben.³ Einlagerungsbeginn war am 30.01.1987,⁴ obwohl in der DDR bisher keine wissenschaftlichen Grundlagen zur Einlagerung in Salzsäcken, insbesondere über toxikologische Reaktionen vorhanden waren;⁵ die endgültige Überarbeitung des toxikologischen Sicherheitsnachweises sollte aufgrund der Einlagerungskenntnisse nach Abschluss der Versuchseinlagerung erfolgen. Die Gesamteinlagerung erfordere einen toxikologischen Sicherheitsnachweis vom Kombinat Häntol Magdeburg, der zur Zeit nicht vorliege, so der Rat des Bezirkes Magdeburg in einem Schreiben vom 02.07.1987.⁶

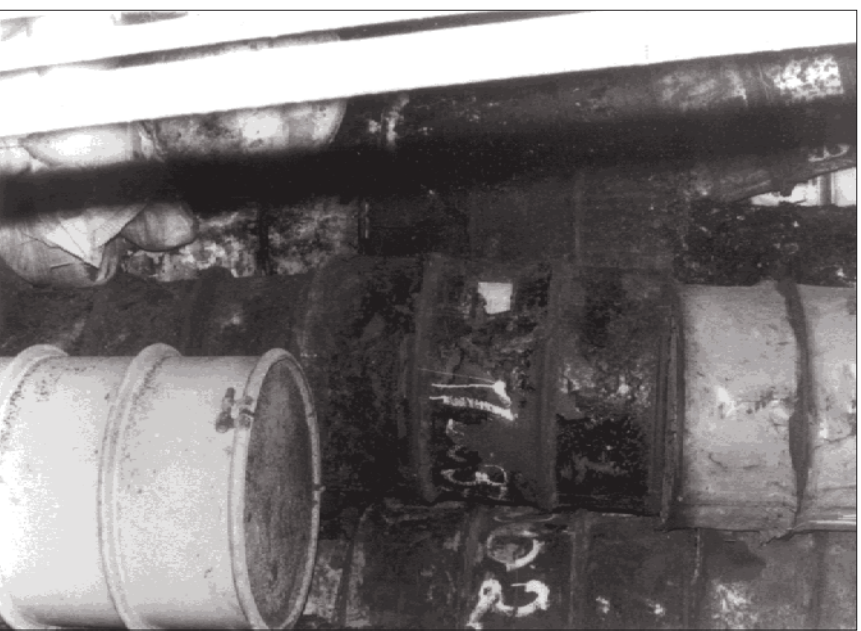


Abbildung 22: Giftmüllfasser für Schacht Marie (BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 1014)

Im August 1987 wurde dann die Endlagerung „erprobt“; vorerst sollten 1.000 Tonnen Häfteraltsätze in vier Kammern à 250 Tonnen eingelagert werden (600 Tonnen aus der Industrie sowie 400 Tonnen aus Beendorf). Dabei sollte die Entleerung blausäure-haltiger Dämpfe geselet werden. Bis Ende 1987 war die Einlagerung von noch einmal 400 Tonnen sowie zusätzlich 700 Tonnen aus Beendorf (umgefüllt) im Schacht Marie angedacht. Außerdem war geplant, 1989/1990 jährlich mindestens 4.500 Tonnen Sätze „zwischenzulagern“.

Giftmüll-Einlagerungen

Bis zum 08.12.1987 wurden 3.733 Fässer (1.002,191 Tonnen) eingelagert, darunter keine Fässer aus Beendorf. Am 22.12.1987 berichtete die Stasi-Dienststelle Haldensleben, die „Versuchseinlagerung“ sei positiv verlaufen und es sollten weitere Kammern ausgebaut werden.⁷ Ab 1988 sollten dann jährlich mindestens weitere 2.000 Tonnen eingelagert werden. Am 10.08.1988 waren es insgesamt 8.023 Fässer (2.189,3 Tonnen), davon wurden 4.106 (1.132,6 Tonnen) im Jahr 1988 eingelagert.⁸ Allerdings hatten im ersten Abschnitt der „Versuchseinlagerung“ (30.01.1987-19.05.1987) 50 % aller Lieferer von Altsätzen erhebliche Sicherheitsmängel aufgewiesen, was eine Überarbeitung des Sicherheitsnachweises erforderlich machte.

Positionierung der Behörden

Offiziell hat sich keine der misspracheberechtigten Institutionen gegen eine Einlagerung von Giftmüll ausgesprochen. Zudem schlen keine Behörde (zumindest nicht alleinig) für eine grundsätzliche Entscheidung zuständig zu sein. Steig wurden neue Sicherheitsanfragen und Komplexkontrollen gefordert, die aber nie negativ ausfielen. Insgesamt wirkt es, als scheuten die Behörden Interventionen.⁹

In Versuchen wurde aber schon 1987 festgestellt, dass es bei der Einwirkung von Sole (wie sie im Schacht Marie vorliegt) auf cyanidhaltige Altsätze zur Entwicklung von Blausäure kommt. Des weiteren ist ein Nachbarschacht bereits abgeoffen, für den Fall eines Wassereintruchs im Schacht Marie wäre das eine nicht abschätzbare Bedrohung besonders für das direkt angrenzende Atomtüll-Enlagger Morsleben. Daher wurden die Verbindungs-hohlräume zwischen Marie und Bartenleben sowohl vom SAAS als auch von unabhängigen Umweltsgruppen als problematisch für die Atomtüll-Lagerung betrachtet.

E 25

STATTLICHES AMT FÜR ATOMSIICHERHEIT

Wk. Nr.:
Haldensleben
Torbau
Marie
Haldensleben

beim Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik
Der Präsidentin

Verfahren	27	85	7	483
MA/S/C				

Interdisziplinäre

Stellungnahme zur Vorlage für das Freidatum des Kinderspiels
„Nutzungskonzeption für die Grube 'Marie' bei Morsleben als unterirdische Deponis für toxische Stoffe“
(VWS 3 2 - D 5 12-14/95)

Aus der Sicht des Staatlichen Amtes für Atomabsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) und seiner Verantwortung als Kontrollorgan für das Bndlager für radioaktive Abfälle Morsleben (BAM) ergibt sich nicht ohne weiteres die Verantwortung für die Einlagerung der Grube Marie als unterirdische Deponis toxischer Stoffe. Die Grube Marie als unterirdische Deponis toxischer Stoffe ist ein Vorhaben, das mit anderen Staatsorganen, der vorhandenen volkswirtschaftlichen Zwänge sowie der Tragweite der mit dem vorgesehenen Beschuld verbundenen perzeptivischen Auswirkungen folgende Anmerkungen und Hinweise:

1. Wie bereits mehrfach vom SAAS in seinen Stellungnahmen unterstrichen, sind vor der Deponis von Giftstoffen in der Grube Marie der Nachweis zu erbracht werden, daß der Betrieb und die Sicherheit des Endlagers für radioaktive Abfälle in der DDR Morsleben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Dies gilt auch für die selektive befristete Deponis von Herbizidaltsätzen in der Grube Marie. Eine entsprechende definitive Festlegung sollte in dem Beschuld aufkommen werden. Ferner sollte die Bestimmung der Deponis von Herbizidaltsätzen deutlicher als Beschuld kenntlich gemacht werden.

2. Aus der Kontrollfähigkeit des SAAS resultierende Kenntnisse geben Anlass, erneut darauf hinzuweisen, daß das Bndlager nicht über die erforderliche Sachkenntnis sowie Personalumfang und technischen Voraussetzungen verfügt, um die Verantwortung zum Betrieb einer zeitweiligen exaktiven Deponis von Herbizidaltsätzen oder anderen oberfläch-toxischen Stoffen sowie in

Morsleben-Schacht
000679

Abbildung 23: Trotz Unvereinbarkeit mit der IAEA-Empfehlung, denzufolge toxische und radioaktive Abfälle nicht gemeinsam gelagert werden sollen, erhob das SAAS keinen Einspruch gegen die geplante Einlagerung. (Quelle: Baroch, DF 10, Nr. 258)

In zwei Gutachten wurde 1993 dargelegt, dass in Bartenleben und Marie nur *unzulänglich wirksame natürliche bzw. geologische Barrieren* zwischen dem *Endlager und der Biosphäre* existieren. In einem Ernstfall könnte nichts die *mobilitierten Radionuklide* aufhalten, da es keinerlei technische Barrieren gibt.

Der Schacht Marie war im Streit um den Standort Morleben als atomares Endlager immer ein Problemfeld, da hier einige ungünstige Einflussfaktoren vorliegen. Die Broiler-Zucht hat zu einer zusätzlichen hohen Flüssigkeitszufuhr gesorgt, außerdem gibt es hier im sogenannten „Lager H“ eine Tropfstelle mit Verbindung zum Deckgebirge.¹⁰

Der lange Zeit zwischengelagerte Giftmüll gefährdete auch das Atomstill-Endlager und der direkte Zugang von Marie zu Bartenleben bedeutete eine Gefahr im Falle eindringender Wasser oder sich entwickelnder Blausäure. Mittelwelle ist zumindest der Giftmüll wieder ausgelagert worden. Diese Stoffe finden sich nun in der Sondermüll-Deponie Herfa Neurode.

Quellen:

sofern nicht anders angegeben: Krappenverein „Oberes Altental“ Morleben 1990 e. V.; 100 Jahre Schacht Marie, Salzbergbau im Oberen Altental, 1997, Kreisarchiv Haldensleben, MorsArch 000671

1 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Stelvertreter: Standpunkt zur Problembearbeitung am 26.2.1998 beim Stelvertreter Operativ über Ableiterprobleme VEB ERA Morleben (Bericht der KD Haldensleben) / Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg; Festlegungprotokoll der 2. Kontrollberatung zur Durchsetzung der Konzeption zur schrittweisen Beseitigung des Halderealsaltagers Beendorf (23.02.1989), 24.02.1989, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 56–61, MorsArch 000686; Rates für bezirksgeleitete Industrie: Schreiben an VEB Kombinat Kernkraftwerk „Bjruno Leuschner“, Betriebsstell. Endlager für radioaktive Abfälle zur Auslagerung aus dem Halderealsaltlager Beendorf, 03.02.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 64, MorsArch 000689

2 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Schreiben an Stelv. Operativ Gen. Oberst Dallmann: Information Grube „Marie“ – Zwischenlager für cyanidhaltige Halderealsalze, 02.07.1987; BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 153–156, MorsArch 000695; Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluss zur Nutzungskonzeption für die Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von cyanidhaltigen Halderealsalzen, 25.07.1985, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 197–212, MorsArch 000746

3 Rat des Bezirkes Magdeburg: Beschlussvorlage, Rat des Bezirkes, Gegenstand der Vorlage: Standortbestätigung für die Nutzung der Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von Industrieresourcen, Standortgenehmigung 1, Teilvorhaben „Versuchseinlagerung 1986“, 29.05.1986, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 231–239, MorsArch 000750

4 MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Schreiben an Stelv. Operativ Gen. Oberst Dallmann: Information Grube „Marie“ – Zwischenlager für cyanidhaltige Halderealsalze, 02.07.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 153–156, MorsArch 000695

5 ebd., BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Maßnahmenplan zur Sicherung der geplanten zeitweiligen Einlagerung von zyanidhaltigen Halderealsalzen im VEB ERA Morleben Grube „Marie“, 05.03.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 202–210, MorsArch 000713; Bergbehörde: Schreiben an VE Kombinat Kernkraftwerk „Bjruno Leuschner“ Greifswald, BT Endlager für radioaktive Abfälle: „Stellungnahme zu Bericht“, 20.11.1985, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 83–86, MorsArch 000732; MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Rapport, 11.12.1985, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 87, MorsArch 000733

6 Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg: ■■■ Inspektion: Information über die Kontrolle der Durchsetzung des Beschlusses des PMR zur Nutzungskonzeption für die Grube „Marie“ in Beendorf zur zeitweiligen untertägigen Einlagerung von cyanidhaltigen Halderealsalzen, 01.06.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 161–163, MorsArch 000696

7 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluss) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Halderealsalzen in der Grube „Marie“, Bericht von IM „Heinz Degradar“ / Abschrift, Quelle: MfS „Dieter Schmidt“ angeben: 15.1.1988 durch: Hauptmann Bötcher (KD Haldensleben, 19.01.1989), 22.12.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704

8 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Bericht zum Stand der politisch-operativen Sicherung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morleben, Bereich Grube „Marie“, 25.08.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 91–92, MorsArch 000705

9 Staatliches Amt für Atom Sicherheit und Strahlenschutz beim Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik, Der Präsident, Stellungnahme zur Vorlage für das Präsidium des Ministerates „Nutzungskonzeption für die Grube „Marie“ bei Morleben als unterirdische Deponie für toxische Stoffe“, 1985, Bericht DF 10 Nr. 258, MorsArch 000670; Ministerialrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Kohle und Energie, Der Minister: Schreiben an Staatliche Plankommission, Staatssekretär Gräf: Nutzung der Grube „Marie“ für die Lagerung von Giftstoffen, 30.12.1983, Bericht DF 9 Nr. 1173, MorsArch 000680; Zentrales Geologisches Institut: Geologische Einschätzung der Schachthagen „Marie“ und „Bartenleben“, 24.08.1984, Bericht DF 9 Nr. 1173, MorsArch 000682; MfS, Bezirksverwaltung Magdeburg: den Stand der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von cyanidhaltigen Halderealsalzen in der Grube „Marie“, 16.07.1986, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 995, Bl. 28–33, MorsArch 000702

10 Bundesamt für Strahlenschutz, Endlager Morleben, Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an die Genehmigung zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993, MorsArch 000624; K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERRAM), MorsArch 000629; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morleben (ERRAM), MorsArch 000638; Albert Günther Herrmann: Endlager für radioaktive Abfälle Morleben (ERRAM). Lösungsvorkommen in den Grubenbetrieben Marie und Bartenleben. Stoffbestand, Herkunft, Entsorgung. Eine Dokumentation (Abschlussbericht für den Zeitraum bis 1. Januar bis 1. Dezember 1993), 28.02.1994, MorsArch 000808

4.9. Widerstand

von Christin Schäfer

Widerstand in der DDR

Einzelne des ERAM kritisierende Stimmen gab es schon zu Zeiten der DDR. So sind Schriftstücke einiger DDR-Bürger bekannt, die die Atommill-Lagerung in Morsleben grundsätzlich in Frage stellten. Dabei brachten einige Kritiker ihre wissenschaftlichen und praktischen Kenntnisse ein.¹

Einen organisierten Widerstand gegen Morsleben gab es in der DDR nicht. Die Geheimhaltung von Fakten zum Betrieb des Endlagers und Sicherheitsangelegenheiten hatte darauf einen wesentlichen Einfluss. Die ideologische Erziehung machte den Gedanken an Widerstand unwahrscheinlich. Außerdem gab es gegen spezielle atomkraftkritische Menschen Versuche der Beeinflussung, um sie wieder auf einen staatsnahen Kurs zu bringen.²

Widerstand in der BRD bis zur Wendezeit

Besonders betroffen fühlten sich offensichtlich Menschen im Kreis Helmstedt. Dort wurde das ERAM schon Ende 1980/Anfang 1981 thematisiert.³ Die Stadt

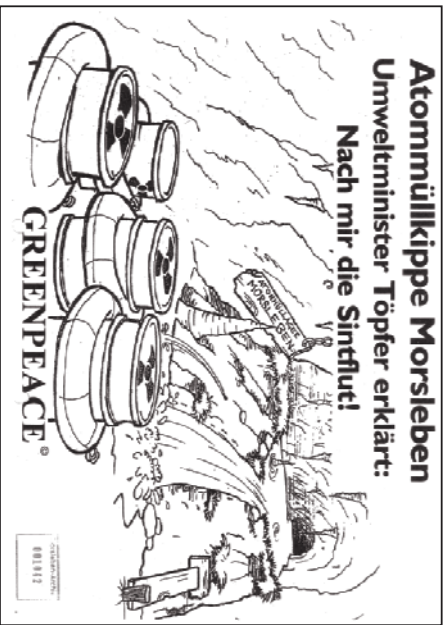


Abbildung 24. Quelle: Greenpeace

4

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

3.8.81

Neue Leitung in den Harz soll bei verseuchtem Wasser helfen

Helmstedter Trinkwasser durch Atommill der DDR gefährdet

Eigener Bericht

eg Hannover

Die Stadt Helmstedt kann die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung des Trinkwassers durch eine nur 1500 Meter vom Haupttrinkwasserbrunn der Stadt entfernte Atommilldeponie mit dem Gebiet der DDR nicht mit Sicherheit ausschließen. Es werden jedoch umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Das teilte der Helmstedter Stadtdirektor Lohrer Wien am Sonntag bei einer Fahrt mit. Unter anderem werde eine Trinkwasserleitung in den Harz gebaut, nach deren Fertigstellung der gefährdete Brunnen innerhalb kürzester Zeit geschlossen werden könnte, ohne daß es deshalb zu Engpässen bei der Versorgung komme.

Der Helmstedter Verwaltungschef reagierte mit dieser Stellungnahme auf Berichte vom Wochenende nach denen Grundwasser aus der Umgebung der Atommill-Lagerstätte der DDR direkt auf den Helmstedter Brunnen zufließe. Dies sei, so betonte Wien, der Helmstedter Stadtverwaltung und auch der Landesregierung seit 1981 bekannt.

Als Vorsichtsmaßnahme seien auf dem Gelände zwischen dem Helmstedter Trinkwasserbrunnen und dem DDR-Grenzgebiet fünf Kontrollbrunnen angelegt worden, die alle vier Wochen auf eventuelle radioaktive Belastung hin kontrolliert würden. Seine häufigere Überprüfung sei nach Auskunft des dafür zuständigen Landesamtes für Wasser und Umwelt durch einen Stützpunkt der DDR-Gebiet versuchsweise Wasser von verschiedenen Gansuchen zufolge - erst Monate, wahrscheinlich sogar erst Jahre später in Helmstedt auftauche. Diese zeitliche Verzögerung sei auf den „täglichen Grundwasserfluß zurückzuführen.“ Eine neue Diskussion um die Gefährdung des Trinkwassers kommt den Stadtältern der 96 000 Einwohner zählenden

Grenzstadt nicht ganz ungelegen. Denn die Fertigstellung der Trinkwasserleitung in den Harz droht sich zu verzögern, nachdem das Land Niedersachsen von 1988 an keine Zusätze mehr zu dem 25 Millionen Mark teuren Bauprojekt geben will.

Bisher habe das Land Niedersachsen 80 Prozent der Kosten getragen, Nun, da 19 Millionen Mark verplant seien, habe sich das Land zurückgezogen, sagte Stadtdirektor Wien. Es sei deshalb zur Zeit völlig ungewiß, ob und wann die Fernwasserleitung fertiggestellt werde.

Wien bestätigte, daß die DDR in einem direkt an der Grenze gelegenen Trübungsstützpunkt 20 „Schicht-Behälter“ seit 1981 in der Erde auf und mittelbare Atomabfälle unterhalte. Über die genauen Mengen sei nichts bekannt. Sondern der Umweltminister in Hannover und Bonn vertissen am Wochenende die Andeutung, daß die Gefahr einer Verseuchung des Trinkwassers sehr gering sei. Die bisher vorgenommenen Überprüfungen des Grundwassers hätten zu keinem Zeitpunkt erhöhte Werte ergeben.

Abbildung 25: Hannoversche Allgemeine Zeitung am 03.08.1987 zu einer möglichen Trinkwassergefährdung durch das ERAM

zog Experteninnen zu Rate, die eine Trinkwassergefährdung Helmstedts untersuchen und feststellen, dass diese nicht auszuschließen sei.⁴ Darum forderte die Stadt Helmstedt von der Landes- und Bundesregierung ein umfassendes Programm zur Überwachung des Endlagers.⁵

Auch im Parlament gab es Stimmen, die bereits vor der Vereinigung von DDR und BRD Sicherheitsbedenken anbrachten. Der FDP-Abgeordnete Dr. Huska wandte sich 1987 mit einer Anfrage zum Endlager im Schacht Bartensteleben an den Niedersächsischen Landtag.⁶ Jochen Brauer, grünes Mitglied des Bundestages, richtete einen Brief mit seinen Bedenken an DDR-Generalsekretär Honecker und forderte einen sofortigen Einlagerungsstopp, sowie eine wissenschaftliche Betrachtung des tatsächlichen Gefährdungspotentials.⁷

Ein zu diesen Zeiten recht umfangreiches Kritikpapier brachte der Verlag „Rote Fahne“ Köln unter dem Titel „Honeckers Goldene heißt Bartensteleben“ heraus. Die Autoren machten mit dieser Broschüre auf die Sicherheitsmängel im Schacht Bartensteleben, besonders auf die mögliche Verseuchung des Grundwassers, aufmerksam. Sie riefen die Menschen im Osten und Westen dazu auf, das Atomprogramm der DDR-Regierung nicht einfach hinzunehmen.

Wendezettel

In den Jahren der Wende spitzte sich die Lage um Morsleben zu. Für das ERAM brachte eine Sonderklausel im Einigungsvertrag die Möglichkeit zum Weiterbetrieb bis zum Jahr 2000. Der Wille zum Weiterbetrieb war in der BRD-Regierung vorhanden, denn hier schien eine Lösung für das Entsorgungsproblem der bundesdeutschen AKW zu liegen. Viele Verbände von Atomkraft-Gegnern verstärkten ihren Widerstand gegen das ostdeutsche Endlager.

Mit einem „Sonntagsspreziazegang in Morsleben“, bei dem sie informieren und mit BürgerInnen ins Gespräch kommen wollten,⁸ startete beispielsweise die AG Schacht Konrad 1990 ihre Morsleben-Kampagne. Als weitere Aktionen folgten ein „Pollerabend“ zur Vereinigung vor dem Endlager und eine Morsleben-Konferenz in Haldensleben.⁹ Im November des gleichen Jahres bildete sich in Haldensleben die „Initiative gegen das Atomwülldelager Morsleben“ von BürgerInnen Helmstedts, Haldenslebens und anderer Orte beiderseits der ehemaligen Grenze. Neben einem sofortigen Einlagerungsstopp wurde die Erklärung der Deponie zur Altlast gefordert.

Auch eine Klagenengruppe um die Rechtsanwältin Claudia Fitkow bereitete eine fundierte Klage auf sofortige Stilllegung vor. Als die Akten zur Anlage in Morsleben zugänglich wurden, gab die AG Schacht Konrad der Gruppe Ökologie Hannover ein wissenschaftliches Gutachten zum ERAM in Auftrag. Bundesumweltminister Töpfers Versuch schnellstmöglich einlagern zu können, ließ den Widerstand wachsen.

Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V.



Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V.
 Bismarckstraße 21, 39269 Magdeburg 1
 Tel. 0531-47192

Morsleben-Archiv
 001056

Saltzritzer, 25.09.90

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lütchow-Dammenberg
 löst (unwiderruflich) ein zu einem

POLLERABEND

(am Tage vor der "Vereinigung von Ost-West-Atomab11")
 am **Dienstag, den 2. Oktober 1990** ab 17 Uhr
 vor der **Gebäudeanlage des Endlagers Morsleben (DR)**
 (Anfahrtskarte und Beschreibung: s. Rückseite)

Die Aktion wird unterstützt von zahlreichen Anti-Atom-Gruppen aus dem östlichen Niedersachsen, so auch von Mitgliedergruppen der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD.

Mit Geoplatz und Straßenbahnhalt am Schachtspaltende sollen die (westdeutschen) "verunsicherten" deutlich machen, daß sie es nicht lassen wollen, wenn das DDR-Atomab11-Endlager Bartensteleben zum Schlußloch für die westdeutsche Atomwirtschaft werden soll. Erläuterung sind noch weitere kulturelle und phantastische Beiträge, die diesen denkmalreichen Tag abzurunden. Die Unterstützung dieser Aktion hat die BI Lütchow-Dammenberg übernommen, an die man/etwa sich bezüglich eines Engagements bitte (möglichst umgehend) wenden möge!

Drahschauer Str. 3, 3130 Löhrow, Tel.: 05641 / 4684.

Für die Information und Koordination steht auch das Büro der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD zur Verfügung (s.o.).
Heinz Jahnke
 (Glasur Schürdär - Geschäftsführer)
 P.S.: Weitere Informationen, insbesondere zum Thema Endlager Morsleben sind dem beiliegenden INFO zu entnehmen.

Abbildung 26: Aktion Pollerabend (Quelle: Morsalich 001056)

1991 bis 1998

Die schon genannte KlägerInnengruppe errang Mitte 1990 einen nicht unbedeutenden Erfolg. Claudia Fittkow wurde vom Bezirksgericht Magdeburg Rechtschutz gewährt und Morsleben „vorläufig stillgelegt“. Bald sprachen sich auch die Kommunen und Stadtparlamente in Schöningen, Königslutter und Helmstedt gegen den weiteren Betrieb des Endlagers aus und forderten den sofortigen Einlagerungsstopp.

Darmit das ERAM endgültig stillgelegt würde, riefen Morsleben-GegnerInnen zur Großdemonstration vor dem Endlager auf.¹⁰ Bundesumweltminister Töpler kündigte trotzdem die Wiederinbetriebnahme an.¹¹ Die Reaktor sicherheitskommission schloss eine Gefährdung bis zum Ende der Dauerbetriebseignung im Jahr 2000 aus. 1992 machte Greenpeace daraufhin Morsleben zu einem Schwerpunktthema. Mit Flugblättern und Pressemitteilungen wurde das ERAM problematisiert. Auf einer Greenpeace-Konferenz 1993 nahmen sie Kontakt mit verschiedenen Parteien wie den „Grünen“ oder der SPD auf. Auch diese erklärten die Einlagerung von radioaktiven Abfällen im ERAM als problematisch und befürworteten die Entwicklung eines Stilllegungskonzeptes.

Greenpeace verstärkte seine Präsenz in Morsleben¹² und legte das Endlager für einen Tag symbolisch still. 1995 beantragten die Greenpeace-AktivistInnen zusammen mit AnwohnerInnen der Region beim Umweltministerium Sachsen-Anhalt den Widerruf der Betriebsgenehmigung für das ERAM. Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) setzten sie 1998 den Einlagerungsstopp von Atommüll im Ostfeld von Morsleben mithilfe einer Klage durch.¹³ Dies sollte der Anfang vom Ende des Endlagers werden.¹⁴



Abbildung 27: Morsleben Aktion Stilllegung 08.11.1993. (Foto: Fred Dott, Greenpeace)



Abbildung 28: Morsleben Aktion Stilllegung 08.11.1993. (Foto: Fred Dott, Greenpeace)

Umweltministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftsstelle (bei Anwesenheit des Leiters)

HS III 6 - 07023 II

Bundesminister Dr. Ingrid Nünning (Bundestag)

Postfach 10 15 50 - 51001 Bonn

van der Loo

Telefon: 0228 354 2000
Telefax: 0228 354 2001
Tele: 0228 354 2002
Tele: 0228 354 2003
Tele: 0228 354 2004
Tele: 0228 354 2005
Tele: 0228 354 2006
Tele: 0228 354 2007
Tele: 0228 354 2008
Tele: 0228 354 2009
Tele: 0228 354 2010
Tele: 0228 354 2011
Tele: 0228 354 2012
Tele: 0228 354 2013
Tele: 0228 354 2014
Tele: 0228 354 2015
Tele: 0228 354 2016
Tele: 0228 354 2017
Tele: 0228 354 2018
Tele: 0228 354 2019
Tele: 0228 354 2020

Postfach

Kiel

Sehr geehrter Herr _____,

vielen Dank für Ihre Karte vom 15. Januar 1994, in der Sie u.a. die unersprechliche Art der Anknack auf Ihr Schreiben vom 21. November 1993 kritisierten. Dann teilte ich Ihnen mit, dass im Bundesumweltministerium im letzten halben Jahr ca. 2.500 Schreiben besorgter Bürger im Zusammenhang mit dem Endlager für radioaktive Abfälle Morzeleben eingegangen sind. Die große Anzahl dieser Schreiben ließ eine persönliche und individuelle Antwort leider nicht zu. Ich bitte Sie inwiefern um Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Nickmann



Boglaubigt

Morsleben-Archiv
000531

Postfach 10 15 50 - 51001 Bonn
Telefon: 0228 354 2000
Telefax: 0228 354 2001
Tele: 0228 354 2002
Tele: 0228 354 2003
Tele: 0228 354 2004
Tele: 0228 354 2005
Tele: 0228 354 2006
Tele: 0228 354 2007
Tele: 0228 354 2008
Tele: 0228 354 2009
Tele: 0228 354 2010
Tele: 0228 354 2011
Tele: 0228 354 2012
Tele: 0228 354 2013
Tele: 0228 354 2014
Tele: 0228 354 2015
Tele: 0228 354 2016
Tele: 0228 354 2017
Tele: 0228 354 2018
Tele: 0228 354 2019
Tele: 0228 354 2020

Abbildung 29: Die Protestwelle und besorgte Anfragen aus der Bevölkerung überfordern schließlich selbst das Bundesumweltministerium. (Quelle: MorsArch 000531)

Wichtige Einlagerungsstopps

Kurz nach der Übernahme des ERAM durch die Bundesregierung gab es einen vom Bezirksgericht Magdeburg verhängten Einlagerungsstopp.¹⁵ Begründet wurde dieser damit, dass keine Betriebsgenehmigung für das Endlager vorläge. Hintergründe waren formale Umstände,¹⁶ die Sicherheit war nicht von Relevanz. Kurze Zeit später hob das Bundesverwaltungsgericht dieses Urteil auf,¹⁷ so dass 1994 erstmals nach der Vereinigung wieder Atommüll eingelagert werden konnte.¹⁸

1995 stoppte das Umweltministerium Sachsen-Anhalt die weitere Einlagerung auf der Sa-Sohle in Morleben,¹⁹ Gleichzeitig hatte das Bundesumweltministerium das Land angewiesen, keine Entscheidungen ohne Rücksprache zu treffen. Die Atommüll-Einlagerungen wurden fortgesetzt.²⁰

Den letzten und entscheidenden Einlagerungsstopp verhängte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Magdeburg 1998.²¹ Auch hier waren Verwaltungsverfahren-Fehler der Hintergrund der Entscheidung. Da diese nur vorläufigen Charakter hatte und eine endgültige Klärung erst im anschließenden Gerichtsverfahren getroffen worden wäre, hat diese Anweisung des OVG heute keine juristische Bedeutung mehr. Denn nachdem die Bundesregierung ihrerseits auf weitere Einlagerungen verzichtete, zogen die KlägerInnen ihre Klage zurück.²²

Widerstand heute

Seit der Stilllegungserklärung vom 21. Mai 1999 durch das BfS²³ ist es um das ERAM ruhiger geworden. Erst im März 2004 wurde durch ein Morleben-Seminar die Gründung des „Morleben-Netzwerk“ initiiert, welches das Thema neu auflebt und dazu Öffentlichkeits-, Lobby- und Hintergrundarbeiten aufgenommen hat.

Historischer Abriss wichtiger Aktivitäten

- 1983 Gründung einer Umweltgruppe in Magdeburg in Zusammenarbeit mit Gerhard Loeffel, der dann seit 1984 Fragen der Energiepolitik, der Atomkraftwerke und des Endlagers Morleben einbrachte²⁴
- 11.04.1990 atomkritische WissenschaftlerInnen aus der BRD können erstmals in das Atommülllager einfahren²⁵
- 01.07.1990 „Sonntagsspaziergang in Morleben“ anlässlich des Gültigwerdens der BRD-Atomgesetz-Regelungen in der DDR²⁶
- 29.09.1990 Bildung „Arbeitsgruppe Barleben“ aus der AG Schacht Konrad

02.10.1990 AtomkraftgegnerInnen „feiern“ am Vorabend der Vereinigung einen zünftigen Polterabend²⁷

20.10.1990 Erste Morleben-Konferenz in Helmstedt, initiiert von AG Schacht Konrad, Bürgerinitiativen Morleben und BUND Niedersachsen²⁸ (weitere Konferenzen folgen)²⁹

03.11.1990 Gründung „Initiative gegen das Atommüllendlager Morleben“ in Haldensleben

18.11.1990 200 Anti-Atom-AktivistInnen veranstalten einen Aktionstag gegen das Endlager in Morleben³⁰

09.03.1991 Großdemonstration in Morleben³¹

Aug/Sep 1993 tagelange Blockade der Zufahrt durch Greenpeace³²

08.11.1993 Greenpeace besetzt das Gelände und legt Morleben wegen Sicherheitsbedenken symbolisch für einen Tag still³³

08.05.1995 15 Menschen blockieren die Zufahrt des Endlagers Morleben³⁴

27.07.1995 rund 30 Menschen blockieren an zwei Zufahrten des Endlagers einen Transport mit mehreren Containern Atommüll³⁵

09.10.1995 Demonstrationen begrüßen die Umweltministerin „Merkelinx“ bei ihrem Besuch im Endlager Morleben³⁶

18.06.1996 Morleben-Workshop der Partei „Die Grünen“ in Magdeburg

21.07.–03.08.1996 Anti-Atom-Camp gegen die Atommafia³⁷

17.07.1996 hundert Menschen blockieren für eine Stunde die Bundesstraße 1 vor dem Endlager³⁸

14.02.1997 über eine Stunde blockieren ca. 15 AtomkraftgegnerInnen das Umladen von Atommüll an einem Güterbahnhof³⁹

07.05.1997 30 Menschen bei einer Blockadeaktion vor dem Endlager⁴⁰

13.05.1997 30 AtomkraftgegnerInnen blockieren zeitweise die Zufahrt des Atommülllagers⁴¹

09.–17.08.1997 Anti-Atom-Camp in Ummendorf mit 40 Menschen⁴²

15.08.1997 25 Menschen blockieren die Tore⁴³

24.09.1997 Blockade eines Atommülltransportes zum Endlager⁴⁴

13.11.1997 rund 30 Greenpeace-AktivistInnen stellen 50 leere Atommüllfässer mit Schwimmreifen vor das Tor des Atommülllagers⁴⁵

19.07.1998 Blockade dreier Container mit Atommüll durch 50 AktivistInnen⁴⁶

25.09.1998

aufgrund einer Klage von Greenpeace und BUND stoppt das OVG Magdeburg die Einlagerung von Atommüll im Ostfeld von Morsleben⁴⁷
Greenkids Magdeburg infiltrieren ein Seminar zum Thema Morsleben, Gründung des „Morsleben Netzwerk“

März 2004



Abbildung 30: Demo in Morsleben gegen das Endlager. Hier auf dem Foto Aktivistinnen des damaligen „Greenteam-Magdeburg“ (Foto: Greenkids Magdeburg e. V.)

Quellen:

- 1 Ronald Nold, Magdeburg: Warum der Satzstock Bartenleben bei Morsleben im Bezirk Magdeburg als Atommülldeponie für niedrig- und mittelfradioaktive Substanzen nicht besonders geeignet ist, 25.10.1988, MorsArch 000796
- 2 BStU, Außenstelle Magdeburg, KD Magdeburg, OPK „Doktor“, A-Nr. 1/91, Bd. 6, 267–276
- 3 Niedersächsischer Landtag, 12. Wahlperiode, Niederschrift über die 93. Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, 23.09.1993, MorsArch 000904; Stadt Helmstedt, Bekanntgabe an den Werksauschuss und den Verwaltungsausschuss, „Mögliche Gefährdung des Helmstedter Trinkwassers durch die Verwaltungsverantwortung von Atommüll auf DDR-Gebiet, Mein Bericht an den Herrn Bundesminister für Innersächsische Beziehungen vom 29.12.1982“, 10.06.1983, MorsArch 000840; Stadt Helmstedt, Schreiben an Bundesminister für Innersächsische Beziehungen: „Mögliche Gefährdung des Helmstedter Trinkwassers durch die Ablagerung von Atommüll auf DDR-Gebiet, Ihr Besuch am 26.11.1982 in Helmstedt“, 29.12.1982, MorsArch 000841; PanGeo Geowissenschaftliches Büro, Hannover: Erläuterung

ternde Stellungnahme und Fragen zur Langzeitsicherheit des Endlagers Morsleben, 18.11.1993, MorsArch 000118

4 Stadt Helmstedt: Schreiben an Greenpeace, Frau Renecker: „Atommüll-Endlager in Morsleben/DDR, Schreiben vom 08.08.1990“, 26.09.1990, MorsArch 000842

5 MfS, HA XVIII, Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morsleben, Information A/5877, 04/08/91; (vermücht) 04.08.1991, BStU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 6443, Bl. 534–536; MorsArch 000120

6 Niedersächsischer Landtag, 11. Wahlperiode, Antwort auf Kleine Anfrage – Drucksache 11/1767 – Beitr. Einlagerung von atomaren Abfällen in Bartenleben (DDR) vom 06.03.1987 und Antwort vom 25.06.1987, Drucksache 11/1276, 09.07.1987, MorsArch 000879

7 MdB Jochen Brauer: Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker wegen Morsleben; Anfrage an den Staatrat der Deutschen Demokratischen Republik: Umweltgefährdung durch das Atommüll-Lager Bartenleben, 07.08.1987, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.11.1, Akte Nr.: 1149, MorsArch 000793; MdB Jochen Brauer: Pressemitteilung zur Anfrage zu Morsleben an die DDR, September 1987, Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.11.1, Akte Nr.: 1149, MorsArch 000794

8 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Schreiben an den Betriebsleiter des Endlagers für radioaktive Abfälle Herrn Dr.-Ing. Ebel; befr.: Sonntagssparzeleingang am 1. Juli, Nutzung Inhes, Paritätssatz, 25.06.1990, MorsArch 001050; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation, Am 1. Juli wird bundesdeutsches Atomgesetz in der DDR gültig; Wird Schacht Bartenleben Ersatzlager für BRD-Atommüll? – 1. Sonntagssparzeleingang am DDR-Atommüll-Lager in Morsleben, 26.06.1990, MorsArch 001051; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: befr.: Sonntagssparzeleingang in Morsleben, 26.06.1990, MorsArch 001053; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Fallblatt, Sonntagssparzeleingang in Morsleben am DDR-Atommüll-Endlager, Schacht Bartenleben, 01.07.1990, MorsArch 001054; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Keine Demo, keine Kundgebung, Musik, Kaffee und Kuchen nur, wenns jemand mitbringen zum Sonntagssparzeleingang in Morsleben am DDR-Atommüll-Endlager, Schacht Bartenleben, (vermücht) 01.07.1990, MorsArch 001090

9 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lichow-Dannenberg lädt (unwiderruflich) ein zu einem Picknickabend am Tage vor der „Vereinigung von Ost-/West-Atommüll“ am Dienstag, den 2. Oktober, von ab 17 Uhr vor der Schachtanlage des Endlagers Morsleben (DDR) (Anfahrtskarte und Beschreibung s. Rückseite), 25.09.1990, MorsArch 001056; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur Morsleben-Konferenz am Samstag, den 20. Oktober, 1990 um 14.00 Uhr, in Helmstedt im „Bürgerhaus“, Stöbenstraße 32 (Wegbeschreibung: siehe Rückseite), 05.10.1990, MorsArch 001058

10 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation 2. Morsleben-Konferenz beschließt „größere“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990, MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Zur Morsleben-Entscheidung des Bezirksamtes Morsleben; Aus der vorläufigen – muss eine endgültige Stilllegung werden, deswegen am 9. März Demonstration von Helmstedt nach Morsleben, 25.02.1991, MorsArch 001063; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Jetzt erst recht, Demo am 9. März 91 in Morsleben findet statt!!!, 04.03.1991, MorsArch 001065

11 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1972–1998, <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morscho.htm>, 23.12.2003, MorsArch 000192

12 Greenpeace: Pressemitteilung Morsleben 18.08.1993, „Töpler liigt – Greenpeace ver-schleiert Präsenz in Morsleben“, 18.08.1993, MorsArch 001073

13 Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt: Beschluss A 1/4 C 260/97 wegen Unterlassung der Einlagerung radioaktiver Abfälle, 26.09.1998, MorsArch 000923

- 14 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001. MorsArch 000070. Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung. BfS-Präsident König und Umweltminister Keller (Sachsen-Anhalt): Planfestlegungsverfahren zur Stilllegung von Morsleben soll vorangestrrebt werden, 16.05.2000. MorsArch 000521.
- 15 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben. April 1996. MorsArch 000071; Bezirksgericht Magdeburg, Senat für Verwaltungsrecht: Beschluss der Verwaltungsrechtssache gegen das BfS und die DBE wegen: vorläufiger Betriebsanstellung (BDR 5/90), 20.02.1991. MorsArch 000936; Bezirksgericht Magdeburg, Senat für Verwaltungsrecht: Urteil OVG K 3/91 wegen Betriebsanstellung (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben)“, 27.11.1991. MorsArch 000940.
- 16 Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben. MorsArch 000638
- 17 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben. April 1996. MorsArch 000071; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993. MorsArch 000524; BVerwVG: Urteil im Revisionsverfahren 7C1-92MuVG6 (BVerwVG 7 C 1.92. OVG K 3/91), 25.06.192. MorsArch 000947
- 18 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998. <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morscho.htm>, 23.12.2003. MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001. MorsArch 000070; BMU: Pressemitteilung: 1992. Endlager Morsleben. Topfer: Einlagerung radioaktiver Abfälle, bald wieder möglich!, 10.07.1992. MorsArch 000511; Bundesamt für Strahlenschutz: Schreiben an Greenpeace zur Beantwortung verschiedener Fragen, 12.10.1993. MorsArch 000524; Bundesamt für Strahlenschutz: Kurzinformation Morsleben. MorsArch 000638
- 19 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Presseinformation: Umweltministerium untersucht die weitere Einlagerung von mittelradioaktiven Abfällen im Endlager Morsleben – Heidecke fordert Dokumente über den von Merkel behaupteten Sicherheitsnachweis für Morsleben“, 25.08.1995. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Sachsen-Anhalt II.1; Akte Nr. 89. MorsArch 000595; Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Schreiben an das BfS: „Dauerbetriebsanstellung für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)“, I. Verfügung – nachträgliche Auflagen, 24.08.1995. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand C Sachsen-Anhalt II.1; Akte Nr. 89. MorsArch 000600
- 20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben. April 1996. MorsArch 000071
- 21 AG Schacht Konrad: Chronik Morsleben 1912–1998. <http://www.ag-schacht-konrad.de/morsleben/morscho.htm>, 23.12.2003. MorsArch 000192; Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001. MorsArch 000070.
- 22 Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). Gerichtsverfahren zum ERAM beendet, 12.03.2002. MorsArch 000553
- 23 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001. MorsArch 000070
- 24 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004. MorsArch 000196
- 25 ebd.
- 26 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Keine Demo, keine Kundgebung, Musik, Käse und Kuchen nur, wenns jemand mitbringt zum Sonntagsessenzeitang im Morsleben am DDR-Atomwülf-Endlager Schacht Bartensteinen, (vermutlich) 01.07.1990. MorsArch 001090

- 27 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben 02.11.2004. MorsArch 000196; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Die Bürgerinitiative Umweltschutz Luchow-Dannewitz lädt (unwiderruflich) ein zu einem Bürgerabend (am Tage vor der Verlegung von Ost-West-Atomwülf) am Dienstag, den 2. Oktober 1990 ab 17 Uhr vor der Schachtanlage des Endlagers Morsleben (DDR) (Anfahrtskizze und Beschreibung: s. Rückseite), 25.09.1990. MorsArch 001056
- 28 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur Morsleben-Konferenz am Samstag, den 20. Oktober 1990 um 14.00 Uhr in Heimstedt im „Bürgerhaus“, Stobensstraße 32 (Wegbeschreibung: siehe Rückseite), 05.10.1990. MorsArch 001058
- 29 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur 2. Morsleben-Konferenz am Samstag, den 15. Dezember 1990 um 14.00 Uhr in Königslüter, Stadt- und Jugendhaus Markt (Wegbeschreibung siehe Anlage), 04.12.1990. MorsArch 001060; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Pressemitteilung: 2. Morsleben-Konferenz beschließt: „größer“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990. MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Einladung zur 3. Morsleben-Konferenz am Samstag, den 26. Januar 1991 um 14.00 Uhr in Magdeburg, Hofringsgemeinde Krähenstieg (s. Skizze umseitig), 11.01.1991. MorsArch 001062
- 30 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004. MorsArch 000196
- 31 Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Presseinformation: 2. Morsleben-Konferenz beschließt: „größere“ Demonstration im Frühjahr, 17.12.1990. MorsArch 001061; Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V.: Zur Morsleben-Erbspielung des Bezirktagsrats Magdeburg: Aus der vorläufigen – muß eine endgültige Stilllegung werden, deswegen, am 9. März Demonstration von Helmstedt nach Morsleben, 25.02.1991. MorsArch 001063
- 32 Arbeitskreis gegen Atomanlagen FFM: Auszug aus der „Chronik der weltweiten Anti AKW Bewegung“ mit Schwerpunkt Morsleben, 02.11.2004. MorsArch 000196
- 33 ebd.
- 34 ebd.
- 35 ebd.
- 36 ebd.
- 37 ebd.
- 38 ebd.
- 39 ebd.
- 40 ebd.
- 41 ebd.
- 42 ebd.
- 43 ebd.
- 44 ebd.
- 45 ebd.
- 46 ebd.
- 47 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung. Juni 2001. MorsArch 000070; K. Ebel: Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM). MorsArch 000629; Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt: Beschluss A 1/4 C 280/97 wegen Unterlassung der Einlagerung radioaktiver Abfälle, 25.09.1998. MorsArch 000923

4.10. Stasi und Morsleben

Was hatte die Stasi eigentlich in Morsleben zu suchen?

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass der Staatssicherheitsdienst der DDR im Endlager Morsleben aktiv war. Angesichts der Bedeutung dieser Anlage für die Energieversorgung und damit Aufrechterhaltung der energiehungrigen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik und der grenznahen Lage des ERAM sind die Aktivitäten des MfS eine logische Konsequenz seines Selbstverständnisses.

Die Grenzstrafe, die auch einen hohen Geheimhaltungsgrad mit sich brachte und damit anfangs gewünscht war, brachte auch das Risiko von „Republikflucht“ mit sich. So waren auch die ersten Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi im ERAM zur Aufklärung und Prävention in dieser Hinsicht eingesetzt.¹ Weitere Aufgaben waren der Schutz vor terroristischen oder *demonstrativen* (in diesem Zusammenhang taucht in den Akten immer wieder das Wort „Greenpeace“ auf?) Angriffen gegen das Endlager, die Sicherstellung der Beschlüsse der Staatsführung, die Überwachung von Geheimhaltung und Sicherheitsstandards sowie die Spionageabwehr. Später erweiterte sich das Aufgabenvolumen auch auf den Schutz der Grenze bzw. der Grenzübergangsstelle Martenboom gegen denkbare Angriffe mit den Giftmüll-Fahrzeugen, die in Schacht Marie toxische Abfälle abliefern sollten.²

Im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der *kernenergetischen* Basis der DDR – die Kernenergieik wurde als Schlüsseltechnologie zur Sicherung des Leistungsanstiegs der Volkswirtschaft betrachtet⁴ – war die Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses bedeutsam. Da das ERAM der einzige Betrieb der DDR war, in dem radioaktive Abfälle endgelagert wurden, hatte es eine entscheidende ökonomische Bedeutung. Wäre das ERAM nicht gesichert, stünde die Entsorgung der Atomkraftwerke der DDR in Frage – insbesondere die geplante Inbetriebnahme des AKW Stendal wäre gefährdet – und somit wäre auch keine stabile Energieleistung zu gewährleisten.³

Seitens des MfS waren verschiedene Einheiten, so die Hauptabteilung XVIII, die Bezirksverwaltung (BV) Magdeburg mit ihrer Abteilung XVIII und die Kreisdienststelle (KD) Haldensleben, bezüglich des Endlagers Morsleben aktiv. Die hier dokumentierten IMs waren bei der KD Haldensleben beschäftigt. Es handelte sich dabei überwiegend um speziell angeworbene Mitarbeiter aus dem Umfeld des ERAM, die ehrenamtlich und aus ihrer ideologischen Überzeugung heraus für den Geheimdienst der DDR unter ihren Kollegen und in ihrem Umfeld spionierten. In unregelmäßigen Abständen erhielten sie kleine Beträge als „Dankeschön“ für ihre Arbeit. Einige der im Zusammenhang mit

dem ERAM recherchierten IMs waren in Positionen, in denen sie bereits Einfluss auf das Geschehen im ERAM hatten. Auch Mitglieder der „bewaffneten Organe“ der DDR arbeiteten als inoffizielle Mitarbeiter für die Staatssicherheit. Die Hauptabteilung XVIII nannte als Ziele ihrer Aktivitäten die Verhinderung nuklearer Havarien, die Durchsetzung *sozialistischer Gesetzlichkeit*, Sicherheit, Ordnung und Disziplin beim Umgang mit Kernmaterial bzw. beim Betreiben von Kernanlagen und die Sicherstellung einer qualitativen Informations-tätigkeit gegenüber zentralen Partei- und Staatsorganen. Die Gewährleistung der Sicherheit und des allseitigen Schutzes der Kernanlagen unter ihrer Fernführung war langjährig ein wesentlicher Bestandteil der politisch-operativen Aufgabenstellungen der Hauptabteilung.⁵ Auch auf die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit wurde durch sie Einfluss genommen.⁶

1988 konstatierte die Hauptabteilung, dass operative Erkenntnisse aus der IMB- und Vorgesamteit (IMB: inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen) über Spionagetätigkeiten imperialistischer Geheimdienste, insbesondere des BND, und die anhaltende politisch-ideologische Divergenztätigkeit der Medien der BRD dokumentierten, dass Angriffe gegen DDR-Atomanlagen bzw. die Atomenergiepolitik der DDR wesentliche Komponenten feindlicher Pläne und Absichten seien. Erkannte Angriffsrichtungen seien die nukleare Sicherheit, der Strahlenschutz, Kernmaterialtransporte, die Kernforschung in der DDR, die Entsorgung und Lagerung radioaktiver Abfälle und der Physische Schutz. Angriffsobjekte wären demnach vor allem die Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg, das ERAM und das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf.⁸

Als notwendige Maßnahmen erachtete die Hauptabteilung:

- die Erkundung feindlicher Pläne und Absichten als Schutz vor Überraschungen durch den Gegner,
- die Qualifizierung der Spionageabwehr und Bekämpfung anderer feindlicher und krimineller Angriffe,
- die politisch-operative Arbeit zur Verhinderung nuklearer Havarien und anderer relevanter Vorkommisse mit den spezifischen Kräften, Mitteln und Methoden des MfS,
- die beharrliche Einflussnahme auf die Erhöhung der nuklearen Sicherheit bzw. die Gewährleistung des projektierten Sicherheitsniveaus in den Atomkraftwerken,
- die vorbeugende, schadensabwendende Arbeit auf dem Gebiet des physischen Schutzes zu verstärken, die politisch-operativen Mittel und Metho-

den zur Aufklärung und wirksamen Bekämpfung terroristischer Anschläge auf Kernanlagen und -material weiterzuentwickeln sowie

- die in Kernanlagen Beschäftigten vor bewussten Einhaltung von Regelungen der Objektivsicherheit und des physischen Schutzes zu bewegen.⁹

Der „Physische Schutz“ in der DDR

Zum Schutz vor den Gefahren der Atomenergienutzung wurden in der DDR ungefähr 60 Rechtsvorschriften erlassen. Der physische Schutz von Kernmaterial und -anlagen war unmittelbar durch die Anwenderinnen bzw. BetreiberInnen durch baulich-technische, sicherheitstechnische und personalorganisatorische Maßnahmen zu gewährleisten. So sollte kriminellen Angriffen und unbefugten Einwirkungen auf Kernmaterial und -anlagen vorgebeugt werden bzw. sie erkannt, verhindert und verlorengegangenes Kernmaterial wiederherlangt werden.¹⁰

An die Gewährleistung der Ver- und Entsorgung der Atomkraftwerke hatte die Sowjetunion die Forderung nach staatlichen Zusicherungen der DDR zum effektiven physischen Schutz des Kernmaterials gestellt. Dadurch bestand die Notwendigkeit einer umfassenden Wahrnehmung dieser Aufgaben. Seit 1978 wurden somit gezielt Inspektionen zum physischen Schutz in Atomkraftwerken, bei anderen Anwendungen von Kernmaterial und zu Transporten durchgeführt.¹¹

Die Grundlagen für einen wirksamen physischen Schutz waren dem Staatssicherheitsdienst zufolge im Zusammenwirken der zuständigen staatlichen Organe mit dem Innenministerium und dem MFS geschaffen. Dies beinhaltete den Schutz und die Sicherung von Kernmaterial und -anlagen in der DDR vor kriminellen Angriffen. Die Verantwortung dafür und auch für die Leitung des Transports, die Organisierung der Maßnahmen des physischen Schutzes und die Einleitung von Maßnahmen bei Havarien trug das SAAS. Alle Maßnahmen des physischen Schutzes unterlagen grundsätzlich der Genehmigung, Bestätigung und Kontrolle durch das SAAS und wurden streng überwacht. Für den bewaffneten Schutz war das Innenministerium zuständig.¹²

1978 wurde auf Initiative des MFS im SAAS eine besondere Arbeitsgruppe Physischer Schutz unter Führung eines Offiziers im besonderen Einsatz eingerichtet, über den eine permanente Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes gewährleistet wurde.¹³ Sie sollte die Grundsätze, Kriterien, Vorgaben und gesetzlichen Regelungen erarbeiten. Es gab vier Arbeitsgebiete: Das Arbeitsgebiet 1 beinhaltete die Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg, das Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, das Zwischenlager für abgebrannte Brennstoffkassetten, das ERAW, die Bauvorhaben KKW-Stendal und KKW-IV und weitere Bauvorhaben im Rahmen des Kernenergieprogramms

der DDR. Der Transport von Kernmaterial war Inhalt des Arbeitsgebiets 2, während das 3. Arbeitsgebiet den Forschungsreaktor der TU Dresden, den Lehr- und Forschungsreaktor der Ingenieurhochschule Zittau und ca. 60 Betriebe, die außerhalb von Atomanlagen Kernmaterial verwenden, umfasste. Das Arbeitsgebiet 4 stellte eine Spezialkommission zur Untersuchung von Störungen, Havarien und sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen im Zusammenhang mit dem physischen Schutz dar. Einen besonderen Geheimhaltungsgrad unterlagen die Tätigkeiten der Arbeitsgebiete 1 und 4.¹⁴

Eine „Anordnung über den Physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (APSt)“ wurde 1982 herausgegeben, um geeignete und aufeinander abgestimmte Sicherungsmaßnahmen durch die Anwender von Kernmaterial und Betreiber von Atomanlagen zu schaffen, die kriminelle Angriffe und unbefugte Einwirkungen frühzeitig erkennen und verhindern sollten.¹⁵

Das MFS sah die Durchsetzung der Maßnahmen des physischen Schutzes in direktem Zusammenhang mit seiner Aufgabe der rechtzeitigen Erkennung und vorzubehenden Verhinderung bzw. Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten.¹⁶

Doch im technischen Bereich – insbesondere bei der eingesetzten elektronischen Sicherungstechnik – hielt das Niveau in der DDR noch keinem Vergleich mit dem der westlichen Länder stand.¹⁷ Daher standen für das MFS die Einflussnahme auf beschleunigte Maßnahmen des physischen Schutzes, der Entwicklung von anforderungsgerechter elektronischer Sicherungstechnik und Personenkontrollmöglichkeiten sowie Maßnahmen zur Vervollkommnung der Sicherungssysteme im Vordergrund. Für Grundfragen der Koordinierung sollte durch die Arbeitsgruppe Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR eine zweckmäßige Organisationsform geschaffen werden.¹⁸

Die sogenannte „politisch-operative Sicherung“ durch das MFS sollte wirksam auf die Gewährleistung des physischen Schutzes von Kernmaterial und Atomanlagen Einfluss nehmen. Schwerpunktaufgaben der politisch-operativen Abwehr- und Sicherungsarbeit waren laut Stasi die Spionageabwehr, die Unterstützung zur Gewährleistung der nuklearen und Anlagenrisicherheit und der physische Schutz. Mögliche Angriffe in Form des Nuklearrisikos und antizipatorischer spektakulärer Aktionen mussten schon im Stadium der Vorbereitung erkannt und unschädlich gemacht werden. Die Tendenz der verstärkten Internationalisierung sollte bei der Gestaltung des Qualifizierungsprozesses berücksichtigt werden.¹⁹

Bei einer Leitungssitzung der Hauptabteilung XV/III wurde am 18. 11. 1985 festgestellt, dass die politisch-operative Sicherungsarbeit, u. a. im Bereich Kohle und Energie verantwortungsbewusst fortgeführt worden sei. Es gab u. a. auch sichtbare Fortschritte vor allem in der OV/OPK-, und IM/GMS-Arbeit.²⁰

Im Bereich des Energiewesens seien jedoch noch größere Anstrengungen nötig, um politisch-operativ bedeutsame Anhaltspunkte für die Entwicklung/Einleitung von OV/OPK herauszuarbeiten. Damit sollte der Kenntnisstand über das gegnerische Vorgehen erhöht und der konkrete Nachweis der Feindtätigkeit erbracht werden. Dazu müsse vor allem die personenbezogene Arbeit verstärkt und in noch stärkerem Maß aus den Erkenntnissen und Erfahrungen von OV/OPK die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. So solle dann die Wiederholbarkeit von Stratagata und Störungen ausgeschaltet werden.²¹

Ein Wirkungsbereich war auch der sogenannte „Schutz von Umweltdaten“, was nichts anderes als die Geheimhaltung von Informationen über mögliche Umweltzerstörungen bedeutete. Um dies realisieren zu können, wurden am 01. 09. 1985 staatliche Umweltschutzinspektionen bei den Räten der Bezirke gebildet. Auf diese Weise sollten gegnerische Aktivitäten zur Erlangung *geheimzuhaltender Umweltdaten* bekämpft werden.²² Das Wort „gegnersch“ bezeichnet im Sprachschatz der Stasi jegliche Personen, Gruppierungen und Aktivitäten, die sich kritisch mit den staatlich zu verantwortenden Vorhaben und Tätigkeiten auseinander setzten.

Sicherheit der Atomanlage Morsleben

Das ERAM war in drei Sicherungszonen eingeteilt. Die 3. Sicherungszone wurde von der äußeren Barriere umschlossen. In ihr befand sich mit den Hauptanlagen über Tage, dem Förderturm, dem Mehrzweckgebäude einschließlich der Zutrittskontrollanlage die von einer mittleren Barriere eingegastete 2. Sicherungszone. Der unmittelbare Einlagerungsbereich, umgeben von der *inneren Barriere*, war die Schutzzone 1.²³

Die Grundlage der personellen Sicherung des ERAM stelle eine Vereinbarung zwischen dem Kombinat Kernkraftwerke Greifswald, Betriebsteil Endlager und dem Volkspolizeikreisamt Haldeleben vom 1. März 1985 dar. Somit würden zur Bewachung des Haupteingangs und der inneren Sicherungszone sowie zu Streifenaktivitäten bewaffnete Kräfte der Deutschen Volkspolizei/Betriebschutz in der Stärke 1:12 eingesetzt. Der Kontrollpunkt an der mittleren Barriere zur 2. Sicherungszone war mit sechs zivilen Sicherungskräften besetzt.²⁴

Auf Befehl des Innenministers und Chefs der Volkspolizei hatte der Einsatz der diensthabenden Kräfte der Abwehr von Angriffen auf Atomanlagen, der Bekämpfung von Bränden, Havarien, Störungen und anderen Gefahren und der Durchsetzung eines strengen Kontrollregimes zu dienen. Dies umfasste die Kontrolle von Betreten und Verlassen des Geländes und den Aufenthalt

dort sowie die Kontrolle aller Fahrzeuge und eine strenge Überwachung des Besucherverkehrs. Der Einsatz der diensthabenden Kräfte habe auf der Grundlage von mit der zuständigen Dienststelle der Staatsicherheit abzustimmenden Einsatzdokumenten zu erfolgen. Außerdem gab es spezielle Ausbildungen zur Abwehr von Angriffen auf Atomanlagen sowie zur Bekämpfung von Bränden, nuklearen Havarien und anderen Ereignissen mit folgenschweren Auswirkungen.²⁵

Gefahrenquellen stellten nach Einschätzung des MfS das unter Tage befindliche Sprengmittelager und das Giftmüll-Lager der Grube Marie dar. Über die ein unbemerktes Eindringen möglich gewesen wäre. Verschlusste Maren die konzipierten Sicherheitsmaßnahmen bis auf zwei Fernbeobachtungsanlagen realisiert.²⁶ Damit waren dann alle SAAS-Forderungen für einen wirksamen physischen Schutz im Zusammenhang mit der Sicherung vor terroristischen Anschlügen erfüllt.²⁷ Der Kreis der Zutrittsberechtigten umfasste 270 Personen, davon hatten vier die Berechnigung zum Betreten des Sprengmittelagers und 100 für die Sicherungszone 2 und 1.²⁸

Regelmäßig fanden Anthavarietrainings und Übungen der Gruben- und betrieblichen Feuerwehr statt. Ihre Einsatzbereitschaft war der KD Haldeleben zufolge jederzeit gesichert. Die Katastrophe im sowjetischen Reaktor Tschernobyl führte zu der Einsicht, dass das System der Umgebungsbewachung erweitert werden müsse. Bis 1988 wurden im Umkreis von 15 Kilometern um das Endlager 15 Messpunkte zur Überprüfung von Wasser und Biomedien betrieben.²⁹

Der Transport stark strahlenden oder hochangereicherten Kernmaterials, wie es im ERAM höchstens im Rahmen der Forschungen im Untertagesmessfeld zum Einsatz gekommen sein dürfte (dazu fehlen bisher Unterlagen), erfolgte unter Einsatz von Kräften und Mitteln des Innenministeriums (also Volkspolizei etc.). Bis 1988 gab es dem MS zufolge bei solchen Transporten durch die DDR keine Vorkommnisse. Die Akten des SAAS dagegen dokumentieren einige solcher *Außergewöhnlichen Ereignisse*.³⁰

Zur Sicherung des volkswirtschaftlich bedeutsamen Betriebes ERAM standen der KD Haldeleben der IMS (IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs), „Heinrich Bergmann“, der IMS „Dieter Schmidt“, der GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit), Martin Berg“, das FIM-Netz (Führungs-IM), „Heinz Deparade“ (1 FIM, 2 GMS) und weitere 5 IMS und 1 GMS zur Verfügung.³¹ Verantwortlich für diese Informationen war in der Kreisdienststelle das Referat 3. Die KD schätzte ein, dass diese IM/GMS ausreichend für die Sicherung des ERAM auch bei verstärkten Einlagerungen seien.³² Um den Einlagerungsbetrieb der toxischen Abfälle in

die Grube Marie abzuschirmen, wurden u. a. der IMS „Dieter Schmidt“ angeworben und der Kontakt zum GMS „Martin Berg“ wieder aufgenommen.³³

Allerdings seien die Informationsbeziehungen zwischen der KD Haldensleben, der KD Stendal, der BV Magdeburg, Abteilung XVIII, der Objektdienststelle KKW und der Hauptabteilung XVIII weiter auszubauen. Der Einsatz dieser operativen Kräfte war auf die Einhaltung von Ordnung, Sicherheit und technischer Disziplin sowie die „Wer ist Wer“-Aufklärung zu Beschäftigten des ersten Leitungsebene, Geheimnisträgern, NSW-SW-Risikadern, Reisenden in dringenden familiären Angelegenheiten und Beschäftigten im Einlagerungsbereich ausgerichtet.³⁴

Doch konnte keine OV/OPK eingeleitet werden,³⁵ auch wurden keine direkten Feindangriffe gegen das Einlager oder dessen Beschäftigte bekannt. Es gab der KD Haldensleben zufolge in den zurückliegenden Jahren keine Brände, Störungen oder Havarien. In ihrem Verantwortungsbereich seien bis Mitte 1988 auch keine Aktionen bzw. Meinungen oder Stimmungen gegen das ERAM feststellbar gewesen.³⁶

Zur vorbeugenden Sicherung der Grube Marie gegen Terror, Gewalt und Demonstrationshandlungen wurde 1987 ein Maßnahmenplan erarbeitet. Ein erhöhtes Sicherheitsrisiko entstand durch den geplanten Einsatz von zusätzlich 40 bis 60 Arbeitsschichten, die die Bauarbeiten im unterirdischen Giftmüll-Zwischenlager beschleunigen sollten. Dies erforderte eine verstärkte Aufmerksamkeit der KD Haldensleben auch im Zusammenhang mit der Grenz-sicherung. Damit wurden in erster Linie das HF-M-Netz „Juschik“ und die im Betrieb beschäftigten IM/GMS beauftragt. Festgestellt wurde unabhängig von wiederholten Verstößen gegen die Transportordnung „gefährliche Güter“, dass sich Technologie und eingesetzte Transport-, Umschlag- und Lagerungsmittel bewährt hätten.³⁷

Befürchte wurde im Zusammenhang mit der Anlieferung cyanidhaltiger Hätteralkalische ein Angriff auf die Staatsgrenze oder die Grenzübergangsstelle Marienborn. Ein mit dem Giftmüll beladenes Fahrzeug könne zu feindlichen Aktivitäten genutzt werden. Daher wurde vorgeschlagen, die Anlieferungen zentral vom VEB Hartol Magdeburg durchzuführen zu lassen, da dieser der Hauptproduzent dieser Stoffe sei und dadurch eine bessere Kontrolle von Fahrern und Fahrzeugen möglich wäre.³⁸

Über die Inoffiziellen Mitarbeiter wurde auch Einfluss auf Betriebsabläufe, die Meinung der Belegschaft und Entscheidungen genommen. So garantierten der FIM „Heinz Deparade“ und der IMS „Heinrich Bergmann“, dass nur Beschäftigte ausreisen dürfen, die die DDR *würdig vertreten*. Keine Ausreisegenehmigung bekamen Geheimnisträger.³⁹

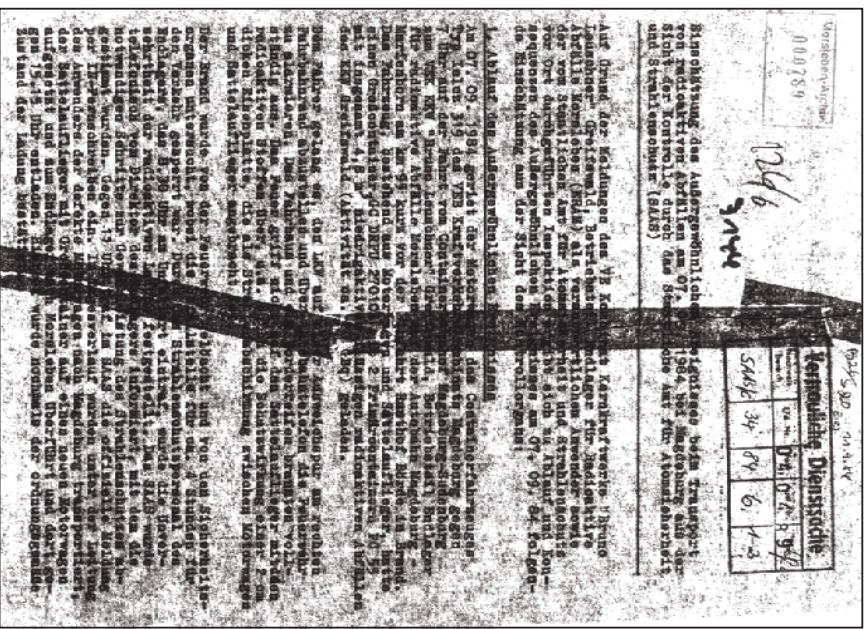


Abbildung 31: Dokumentation eines Unfalls mit schwachradioaktivem Atomstoff beim Straßentransport (Quelle: BArchB, DF 10, Nr. 258)

BSU
000027

Motivarchiv
000704

Z U M S T A M D

der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED (ZK-Be-schluss) vom 25. 7. 1985 über die Zwischenlagerung von zentralen Materialbeständen in der GDR.

1. Stand der operativen Sicherung

Die politisch-operative Sicherung des VEB IMS "Thunro" wird seit Ende April 1987 durch den Leiter der MD beauftragten Nebenkommando von 5. 3. 1987.

Durch die Vorhabung des IMS "Meister Schmidt", Reg.-Nr. VII 988/87 (Aufgabe aus dem Plan des Leiters) der unmittel-bar in der GDR tätig ist sowie die Wiederherstellung der Verbindung zum GMS "Merita Berg", Reg.-Nr. VII 1908/87 (Verbindungsplan der MD) konnte die operative Arbeit zur Sicherung der GDR sicherer als bisher weiter ausgebaut werden. Der politisch-operative Auftrag wurde am 21. 12. 1986 im Rahmen der "Zentralen Lagerung von Materialbeständen" durch den IMS "Meister Schmidt" wird unmittelbarer Kontakt auf die Annahme und Realisierung der operativen Materialbestände Ge-nommen. Damit wird gewährleistet, dass die Interessen unseres Organs in diesem operativ-betrieblichen Bereich durchgesetzt werden.

Über den VEB "Meister Schmidt" wurden unsere Interessen in Zusammenhang mit der Realisierung operativer Aufgaben Klären und geordnet werden. In der GDR sind die Aufgaben der operativen Sicherung der GDR sicherer als bisher weiter ausgebaut werden. Der politisch-operative Auftrag wurde am 21. 12. 1986 im Rahmen der "Zentralen Lagerung von Materialbeständen" durch den IMS "Meister Schmidt" wird unmittelbarer Kontakt auf die Annahme und Realisierung der operativen Materialbestände Ge-nommen. Damit wird gewährleistet, dass die Interessen unseres Organs in diesem operativ-betrieblichen Bereich durchgesetzt werden.

Operativ-operative und operative Aufgabenstellungen werden im End Ergebnis nicht spezifiziert, und es wird auch keine operative Personalstruktur durchgezeichnet.

Durch die verschiedenen Personalmaßnahmen in der GDR sind die verschiedenen Aufgabenstellungen der operativen Sicherung der GDR sicherer als bisher weiter ausgebaut werden. Der politisch-operative Auftrag wurde am 21. 12. 1986 im Rahmen der "Zentralen Lagerung von Materialbeständen" durch den IMS "Meister Schmidt" wird unmittelbarer Kontakt auf die Annahme und Realisierung der operativen Materialbestände Ge-nommen. Damit wird gewährleistet, dass die Interessen unseres Organs in diesem operativ-betrieblichen Bereich durchgesetzt werden.

Abbildung 32: Die Kreisdienststelle Haldenleben beschreibt hier das von ihr aufgebaute Netzwerk von (hoffiziellen) Mitarbeitern zur Sicherung des ERAM (Auszug – Quelle: BSU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25)

Informationsfähigkeit der Stasi-Netze

Ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Stasi-Aktivitäten bestand aus dem Sammeln von Stimmungen, Meinungen und Hinweisen auf potentiell probematische Aktivitäten. In den Akten stellen die Reaktionen auf die Inbetriebnahme des Atomkraft-Lagers und später die ersten Giftmüll-Einlagerungen einen quantitativen Schwerpunkt dar.⁴⁰

Im April 1987 führten die Einlagerungen in Schacht Marie zu immer wieder auftretenden Diskussionen. Offensichtlich erschien die Unruhe in Beendorf und Umgebung der Stasi bedenklich. Doch im Rahmen einer Gemeindevertreterversammlung am 24. April konnten die Bedenken von verantwortlichen Mitarbeitern des Kreises und des VEB Hartsil Magdeburg zerstreut werden. Dort wurde vorgetragen, es gäbe keine Gefährdung. Gerüchte wurden entkräftet und konkrete Aussagen zu dem Vorhaben der Einlagerung getroffen.⁴¹

Als 1981 das ERAM offiziell in Betrieb genommen wurde, gab es eine Weile kritischer Artikel in einigen westlichen Medien. In diesem Zusammenhang hielten die Stasi-Mitarbeiter fest, dass es Hinweise auf Aktivitäten in der BRD gäbe, die sich gegen die Einrichtung einer solchen Deponie in unmittelbarer Grenznähe zur BRD wenden. Eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium wurde vermerkt. Ebenso die Untersuchungen der westlichen Seite, die sich mit eventuellen Gefahren und ihrer Abwehr befassten. Seitens der DDR wurde dem ständigen Vertreter der BRD erklärt, dass alle Sorgen unbegründet seien.⁴² Auch hier hatte das MfS Sorgen, diese Stimmung könne auf die eigene Bevölkerung überschwappen.

Ein Spiegel-Artikel in der Ausgabe 32/1987 führte ebenfalls zu eifrigen Aktivitäten der Stasi-Kreisdienststelle Haldenleben. Der MfS „Jens Siebert“ gab eine umfassende Stellungnahme zur wissenschaftlichen und politischen Einordnung des unter dem Titel „Was die da machen, weiß keiner genau“ erschienen Report. Auch die Information von Politbüromitgliedern über diesen Vorgang war beabsichtigt und feststellbar, dass es bisher keine auffälligen Reaktionen und Stimmungen gäbe. Doch bestesse das Risiko, dass exportierte feindlich-negative Kräfte des Bezirkes mit überregionalen Verbindungen im Rahmen ihrer politischen Untergrundtätigkeit diese Veröffentlichung zur Beeinflussung der Bevölkerung nutzen könnten. Dem MfS „Jens Siebert“ zufolge herrsche im Kollegenkreis Verwirrung darüber, dass es keine offiziellen Reaktionen oder Richtungsstellungen zum Spiegelartikel gab.⁴³

Die Stasi sah auch die Gefahr, dass bei späteren kritischen Äußerungen zur Giftmüll-Einlagerung in Schacht Marie Bezug auf die LAEA-Empfehlung genommen werden könnte, die sich gegen eine gemeinsame Lagerung von toxi-

Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deposte Korpsale

Strang verfahrenlich (Hv. 1/50)

Kg 2714374, 1. 8. 83

1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31
32	32	32	32	32	32
33	33	33	33	33	33
34	34	34	34	34	34
35	35	35	35	35	35
36	36	36	36	36	36
37	37	37	37	37	37
38	38	38	38	38	38
39	39	39	39	39	39
40	40	40	40	40	40
41	41	41	41	41	41
42	42	42	42	42	42
43	43	43	43	43	43
44	44	44	44	44	44
45	45	45	45	45	45
46	46	46	46	46	46
47	47	47	47	47	47
48	48	48	48	48	48
49	49	49	49	49	49
50	50	50	50	50	50
51	51	51	51	51	51
52	52	52	52	52	52
53	53	53	53	53	53
54	54	54	54	54	54
55	55	55	55	55	55
56	56	56	56	56	56
57	57	57	57	57	57
58	58	58	58	58	58
59	59	59	59	59	59
60	60	60	60	60	60
61	61	61	61	61	61
62	62	62	62	62	62
63	63	63	63	63	63
64	64	64	64	64	64
65	65	65	65	65	65
66	66	66	66	66	66
67	67	67	67	67	67
68	68	68	68	68	68
69	69	69	69	69	69
70	70	70	70	70	70
71	71	71	71	71	71
72	72	72	72	72	72
73	73	73	73	73	73
74	74	74	74	74	74
75	75	75	75	75	75
76	76	76	76	76	76
77	77	77	77	77	77
78	78	78	78	78	78
79	79	79	79	79	79
80	80	80	80	80	80
81	81	81	81	81	81
82	82	82	82	82	82
83	83	83	83	83	83
84	84	84	84	84	84
85	85	85	85	85	85
86	86	86	86	86	86
87	87	87	87	87	87
88	88	88	88	88	88
89	89	89	89	89	89
90	90	90	90	90	90
91	91	91	91	91	91
92	92	92	92	92	92
93	93	93	93	93	93
94	94	94	94	94	94
95	95	95	95	95	95
96	96	96	96	96	96
97	97	97	97	97	97
98	98	98	98	98	98
99	99	99	99	99	99
100	100	100	100	100	100

Information A/5877 /H/08/83

BSU
009531

Im Zusammenhang mit der am 01. 07. 1981 vollzogenen Inbetriebnahme der zum Kernkraftwerk "Bruno Leuschner" gehörenden Deposte in Morleben im Bezirk Magdeburg wurden zuverlässig Hinweise zu Aktivitäten in der BRD bekannt, die sich gegen diese Aktivitäten in der BRD richteten. Diese Aktivitäten griffen solche Deposte in unautorisierten Grenznähe zur BRD an.

Diesen Aktivitäten liegen angeblich Befürchtungen zugrunde, wonach durch die Ablagerung von radioaktivem Material seitens der DDR eine Verunreinigung des Grundwassers im Grenzraum der BRD-Landes Niedersachsen sowie des Flusses Aller durch das Eindringen von Wasser aus dem Bereich der Deposte in die Wasserversorgung der Stadt Helmstedt nicht auszuschließen sei. Die Bekanntgabe der Inbetriebnahme der radioaktiven Mülldeponie Morleben löste angeblich unter der niedersächsischen Bevölkerung eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskernenergieamt und das Bundesinnenministerium aus, in denen Maßnahmen zur Abwendung radioaktiver Gefahren gefordert werden. Das BfM ist federführend mit der Bearbeitung möglicher Gefahren und Risiken beauftragt.

Im einzelnen liegen dazu folgende Hinweise vor:

Das Bundesgesundheitsamt hatte bis 31. 07. 1981 im Auftrag des Bundesinnenministeriums ein Gutachten zu eventuellen Gefahren und Möglichkeiten zu deren Abwendung zu erstellen. Die Gutachten sind im BfM eingereicht und sind dem BfM zur Verfügung zu stellen. In diesem Gutachten sind ebenfalls diese Stellungnahme liegt auch dem Bundesgesundheitsamt vor.

Nach Ansicht des Bundesgesundheitsamtes werden die in der Stellungnahme der Bundesanstalt für Gewässerbau besprochenen Reinigungsversuche in der Aller nicht alle radioaktiven Risikofaktoren erfassen, da durch diese Versuche die oberflächennahen Strömungen betroffen sind.

Vom Bundesgesundheitsamt und von der Bundesanstalt für Gewässerbau wurde der DDR unterstellt, daß sie nur sputliche Informationen zur Mülldeponie veröffentlichen sollte.

Beispielsweise liegen der BRD zur Konditionierung Keimfrei

Abbildung 33: Berichte in den westlichen Medien hatten Protestwahlen ausgelöst

Das MfS befürchtete nun ein Überschwappen auf die eigene Bevölkerung (Auszug – Quelle: BSU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534)

schen und radioaktiven Abfällen nicht.⁴⁴ An anderer Stelle nämlich begründete der Präsident des SAAS Sitzlack – also der atomrechtlich verantwortlichen Behörde – die angeblich hohen Sicherheitsstandards mit der Einhaltung von AAEA-Empfehlungen.

Berichtet wird hier auch von Komplexinspektionen der Behörden im ERAM, so z. B. am 16. Mai 1985. Diese Überprüfung war eine Voraussetzung zur Verlängerung der Dauerbetriebsgenehmigung. Als Ergebnisse werden beispielsweise vier bekannte Tropfstellen erwähnt und Probleme durch Schlammpelen bei der Probenaufnahme im Labor benannt. Trotzdem habe diese Inspektion den sicheren Betrieb bestätigt.⁴⁵ Einen großen Anteil der Informationsbeschaffung der Einheiten der Staatssicherheit machte die Sammlung solcher Behörden dokumente aus. Diese wurden mit den Aussagen der eigenen Informanten verglichen und Schlussfolgerungen für die politische oder operative Arbeit der Stasi gezogen.

Yerselbständigung der Stasi-Aktivitäten

Aus den Akten geht hervor, dass es durchaus auch um die Durchsetzung der Interessen des MfS ging, die Aktivitäten der Stasi also durch Selbstzweck waren. In einer Auswertung der Kontrolle der Situation in Bezug auf die Glimmuldeinlagerungen heißt es beispielsweise, dass hiermit *garantiert* (wird), *daß die Interessen unseres Organs in diesem operativ-bedeutenden Bereich durchgesetzt werden*. Auch wird dem FIM „Heinz Deparade“ *angeraten*, *wesentlich die Durchsetzung unserer Interessen ermöglicht zu haben*.⁴⁶ An anderer Stelle wird intern ein aggressives Auftreten im Konflikt um die Beschneidung der Einlagerung toxischer Abfälle in Marie attestiert.⁴⁷

Quellen:

- 1 Bspw. wurde 1978 IM „Herbert Müller“ für eine Operative Personenkontrolle einer Person, die im Verdacht stand, die DDR *ungesetzlich verlassen* zu wollen, angeworben
- 2 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988; BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74; MofsrArch. 001108; Rededispotion für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988; BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22–32; MofsrArch 001105
- 3 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988; BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74; MofsrArch 001108; MfS, BV Magdeburg, KD Haldeleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zranfälligen Häreterialszenen in der Gube „Marie“; Bericht von IM „Heinz Deparade“ / Abschrift; Quelle: MfS „Dieter Schmidt“ angez.: 15.1.1988 durch: Hauptmann

BSU
000858

Standpunkt
zur Prohibitivsetzung am 26.2.1988 beim Stellvertreter
Operativ über Anlieferprobleme WEP EWA Morzeben
(Bericht der KD Haldensleben)

1. Grundbasis
Sicherheitspolitische Forderungen der KD Haldensleben sind durchzusetzen und die Lösung des durch die staatlichen Organe und beteiligten Kombinate zu erzwingen.

2. Seite 2
Durch Preiskoll WEP vom 23.2.1988 und Information des [redacted] Gen. [redacted] vom 22.2.1988 hat Sechslage verhandelt. Anlieferung Lager Bendorf hat begonnen. Prozess läuft. Operativ Kontrolle durch SM ist gewährleistet.

Anleger - Informationen des [redacted] - Protokoll des [redacted]

3. Information des IMS "Dieter Schmidt"
1. Stellungnahme der KD Magdeburg ist aggressiv und nicht im Sinne der 9-66 Grundgesetz konstitutiv. Verantwortung der KD Magdeburg für die politisch-operative Sicherung des Kombinate Harzot bedeutet die Probleme der KD Haldensleben nur politisch-operativ vor sich zu bestehen und an der Lösung mitanzuhängen.

2. Seite 2 (Stellungnahme der KD Magdeburg) setzt eindeutig faktive Maßnahmen zur Behebung der Gedrängung und Sachschaden aus dem "Punkt 1 - 4". In Verbindung mit den Aussagen des [redacted] des WEP gegenüber dem Gen. Jm. Herzer ist die Generelle Wirtschaftsanleitung Harzot bei Gegenlieferungen falsch. Bei Kleinlieferungen gilt die Aussage Seite 2/Kt: 4. Diese Aussage ist operativ zu kontrollieren durch KD Magdeburg.

3. Ein möglicher Anschlag auf die Staatsgrenze ist m.E. nicht aus dem Transportgut abzuleiten, sondern aus dem zum Kinnetz kommenden Fahrzeug und der Fahrzeugtyp. Die [redacted] des WEP gegenüber dem Gen. Jm. Herzer ist die [redacted] des WEP gegenüber dem Gen. Jm. Herzer zum Kinnetz kommen. Anlieferung an Pkt. 2 - Seite 2.

Kopieren Archiv
000858

Abbildung 34: Positionen der KD Haldensleben zur Giftmüllanlage im Schacht Marie (Quelle: BSU, BV Magdeburg, Abt. XVIII, Nr. 1014, Bl. 58)

Bücher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987 BSU, MS, BV Magdeburg, AKG Nr. 253, Bl. 25-37, MorsArch 000704, BSU, MS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearrisikos, 21.05.1987, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104, Reddisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des WMS am 09.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105

4 BSU, MS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearrisikos, 21.05.1987, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104

5 BSU, MS, BV Magdeburg, KD Haldensleben, Einsetzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morselen im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21-24, MorsArch 001116

6 Reddisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des WMS am 09.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105

7 BSU, MS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108

8 Reddisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des WMS am 09.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105

9 ebd.

10 ebd.

11 SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103

12 BSU, MS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108; SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103

13 BSU, MS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearrisikos, 21.05.1987, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104; Reddisposition für den Vortrag des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des WMS am 09.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22-32, MorsArch 001105

14 SAAS: Situationsbericht zu Problemen des physischen Schutzes gemäß Festlegung der Dienstbesprechung vom 11.09.1978, 02.04.1980, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 13635, Bl. 291-297, MorsArch 001103

15 BSU, MS, HA XVIII/5: Stellungnahme zu Fragen des Nuklearrisikos, 21.05.1987, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11644, Bl. 175-176, MorsArch 001104

16 ebd.

17 BSU, MS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MS - HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54-74, MorsArch 001108; Reddisposition für den Vortrag

- des Leiters der Hauptabteilung XVIII vor der Leitung des MfS am 09.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 22–32, MorsArch 001105
- 18 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 19 ebd.
- 20 BSU, MfS, HA XVIII: Protokoll der Leitungssitzung vom 18.11.1985, Thema: Stand und Ergebnisse der pol.-op. Arbeit im Verantwortungsbereich der HA XVIII/3, 20.11.1985, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 6395, Bl. 92–96, MorsArch 000119
- 21 ebd.
- 22 ebd.
- 23 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 24 ebd.: BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 25 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 26 ebd.: BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 27 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 28 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, ZA, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108
- 29 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 30 BSU, MfS, HA VIII/5: Information über den Stand der Verwirklichung von Maßnahmen des physischen Schutzes von Kernmaterial und Kernanlagen in ausgewählten, sicherheitspolitisch bedeutsamen Objekten der Volkswirtschaft der DDR, 15.02.1988, BSU, Zentralarchiv, MfS – HA XVIII, Nr. 11400, Bl. 54–74, MorsArch 001108; SAAS: Einschätzung des außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07.09.1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomstreifen und Strahlenschutz (SAAS), 10.09.1984, BArch DF 10 Nr. 258, MorsArch 000789

31 (leicht variierte Angaben in [MorsArch 001116] und [MorsArch 000704])

- 32 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 33 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates (PMR-Beschl.) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zündfähigen Hfträtalsätzen in der Grube „Marie“, Bericht von IM „Heinz Deparade / Abschrift. Quelle: IMS „Dietler Schmidt“ angez.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Bötcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704
- 34 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 35 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates (PMR-Beschl.) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zündfähigen Hfträtalsätzen in der Grube „Marie“, Bericht von IM „Heinz Deparade / Abschrift. Quelle: IMS „Dietler Schmidt“ angez.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Bötcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704; BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 36 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Einschätzung der Gewährleistung eines stabilen Einlagerungsprozesses im Endlager für radioaktive Abfälle (ERA) Morleben im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der kernenergetischen Basis, 20.05.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 21–24, MorsArch 001116
- 37 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates (PMR-Beschl.) vom 25.7.1985 über die Zwischenlagerung von zündfähigen Hfträtalsätzen in der Grube „Marie“, Bericht von IM „Heinz Deparade / Abschrift. Quelle: IMS „Dietler Schmidt“ angez.: 15.1.1988 durch: Hauptmann Bötcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–37, MorsArch 000704
- 38 ebd.
- 39 ebd.
- 40 Bericht eines Hauptmanns des MfS der Kreisdirektion Haldensleben vom 25.06.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111; MfS, HA XVIII: Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morleben, Information A.6877/04.08.81; (vermutlich) 04.08.1981, BSU, ZA, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534–536, MorsArch 000120
- 41 Bericht eines Hauptmanns des MfS der Kreisdirektion Haldensleben vom 25.06.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 61–62, 65, MorsArch 001111
- 42 BSU, MfS, HA XVIII: Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morleben, Information A.6877/04.08.81; (vermutlich) 04.08.1981, BSU, Zentralarchiv, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, Bl. 534–536, MorsArch 000120

43 Ministerial der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, HA XVIII, 1. Stellv. des Leiters: Schreiben an Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Abteilung XVII, Magdeburg mit Schreiben vom 04.11.1987 von der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg, Auswertungs- und Kontrollgruppe an Ministerium für Staatssicherheit, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe mit Tonbandmitschrift der KD Haldensleben vom 15.10.1987 Quelle: IMS „Jens Stiebert“ ang.; Oltz, Köhler am 7.9.1987: „Bemerkungen zum Spiegelartikel Nr. 2/1987“, 12.11.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 68–73, MorsArch 0011112

44 ebd.

45 Ministerial der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, HA XVIII/3, Schreiben an Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, KD Haldensleben: Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, 16.01.1985, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 189–191, MorsArch 0011113

46 BSU, MfS, BV Magdeburg, KD Haldensleben: Zum Stand der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministeriums (PMR-Beschluß) vom 25.7.1985 über die Zwischenabgabe von zranidhaltigen Häfereisätzen in der Garbe „Marie“, Bericht von IM, Heinz Deparade / Abschrift, Quelle: IMS „Dieter Schmidt“ angen., 15.1.1988 durch: Hauptmann Bötcher (KD Haldensleben, 19.01.1988), 22.12.1987, BSU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 253, Bl. 25–57, MorsArch 000704

47 BSU, MfS, BV Magdeburg, Abteilung XVIII, Stellvertreter, Standpunkt zur Problemlösung am 26.2.1988, beim, Stellvertreter, Operativ, über Abfallprobleme VEB ERA Morsleben (Bericht der KD Haldensleben) / Wirtschaftsrat des Bezirkes Magdeburg, Festlegungsprotokoll der 2. Kontrollberatung zur Durchsetzung der Konzeption zur schriftweisen Beratung des Häfereisatzlagers Beendorf (23.02.1988), 24.02.1988, BSU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XVIII Nr. 1014, Bl. 58–61, MorsArch 000686

4.11. Gamma-Strahler an der innerdeutschen Grenze

von Juliane Furkert

Am 24. April 1978 begann nur einen Katzenprung von Morsleben entfernt die Erprobung eines weiteren Projektes mit ionisierender Strahlung. Unter dem Decknamen „Technik V“ wollte man an der Grenzübergangsstelle Marienborn/Heimstedt mit Hilfe der sogenannten Gammakanonen *staatsstellenlichen Menschenhandel und den Missbrauch des Transitabkommens zwischen DDR und BRD bekämpfen*, also Republikflucht gänzlich unmöglich machen.

Da das Transitabkommen vorsah, dass eine Kontrolle von Fahrzeugen nur bei *begründetem Verdacht* erfolgen dürfe, wurde seitens der DDR-Behörden nach Methoden gesucht, um im Einzelfall zu entsprechenden Erkenntnissen zu kommen, wobei insbesondere *illegale* Grenzübertritte festgestellt werden sollten.

Die Tests verliefen erfolgreich, die Methode wurde verfeinert, und ab 1980 wurde sie in Marienborn zur Routine. In den darauffolgenden Jahren wurden

auch andere Grenzübergangsstellen an der innerdeutschen Grenze aufgerichtet. Bekannt sind z. B. Drewitz/Dreilinden (ab 1980), Staaken (1980–87), Zarenthin (seit 1984), Stolpe (ab 1987) und Hirschberg (seit 1988). Von den innerstädtischen Grenzübergängen in Berlin war vermutlich nur Checkpoint Charly mit der neuen Technik ausgestattet.¹

Funktion und Betrieb der Anlagen

An den Grenzübergangsstellen war eine Fahrspur mit Strahleneinrichtung für die Kontrolle von Pkw und eine weitere, mit Ausnahme von Drewitz, für die Kontrolle von Lkw ausgerüstet. In den Jahren 1988/89 wurden noch einige Strahler für weitere Fahrspuren beschafft, aber vermutlich nicht mehr montiert.² Noch bevor die ahnungslos durchleuchteten Ausreisenden beispielsweise in den eigentlichen Kontrollbereich der Grenzübergangsstelle Marienborn kamen,³ war ihre heiße Fracht schon bekannt. Die Menschen führen unter einer Art Lichtschranke hindurch, wobei anstelle von sichtbarem Licht harte Gamma-Strahlung verwendet wurde.⁴

Auf der Beschauerbrücke hielten sich keine Personen auf. Durch einen Mitarbeiter des MfS, der die Fahrzeugpassage von einem seitlich der Fahrbahn liegenden Dienstgebäude aus beobachten konnte, wurde bei der Einfahrt der Fahrzeuge in den Strahlenbereich per Knopfdruck der Strahlengang geöffnet.⁵ Die Öffnungszeit war aufgrund der unterschiedlichen Fahrgeschwindigkeiten auf Werte zwischen 8 und 25 Sekunden programmiert. Die längeren Zeiten wurden hierbei für die Lkw-Kontrolle verwendet. Außerdem gab es eine Zeitbegrenzungsschaltung, welche sicherte, dass nach 3 Minuten der Strahlengang geschlossen wurde.⁶

Die Pkw bzw. Lkw mussten im Schrittempo unter der Beschauerbrücke entlang fahren, welche auf zwei Brückenholmen links und rechts der Fahrbahn lagern, die gesamte Fahrbahn überspannen. Dabei wurden sie schellenweise durchleuchtet und erschienen als komplettes zusammengesetztes Bild, ähnlich einem Negativ, auf dem Bildschirm des Diensthabenden. Die Verfahrensweise hing entscheidend von der Qualifizierung des bedienenden und auswertenden „Genossen“ ab. Dieser gab per Funk oder Fernmeldesprecher dann Verdachtsmomente weiter, so dass die betroffenen Autos einer besonders gründlichen Untersuchung unterzogen wurden. Der „begründete Verdacht“ war laut Transitabkommen für die Kontrolle eines Fahrzeuges notwendig.⁷

In der Regel wurden alle Transitreisenden durchleuchtet. Ausnahmen machte man bei sehr starkem Reiseverkehr (z. B. Feiertage, Urlaubs- bzw. Ferien-

zeit). Die Kontrollrichte hing u. a. auch von technischen Parametern und dem Ausbildungsstand des Bedieners der Kontrolltechnik ab.⁸

Die Kontrolltechnik wurde durchgängig im Schichtdienst betrieben, mit je zwei Mitarbeitern der jeweiligen territorial zuständigen Bezirksverwaltungen des MfS. Darüber hinaus gehörte zu jedem Grenzübergang ein OPS-Techniker (Abteilung operative Sicherung). Der so genannte „Stützpunkt“ war nur für OPS und ausgewähltes Führungspersonal zugänglich. Andere Angehörige der Passkontrolle hatten weder Zutritt zu diesem Bereich, noch konkrete Kenntnisse über ihn.⁹

Zu jeder Strahleneinrichtung gehörten im Wesentlichen eine Strahleneinheit sowie ein Detektorsystem mit Bildschirmanzeige. Die Strahlereinheit bestand aus einem ca. 50 kg schweren, kugelförmigen Bleicontainer, in dem sich der Strahlenerhalter mit einbaubarer Casium-137-Strahleng Quelle, der sogenannten „Pille“, befand sowie dem Blendersystem, dem Strahlerverschluss und der Steuerelektronik. Die umschlossene Strahleng Quelle (Typ GCS 7.021) wurde von der Sowjetunion hergestellt.

Widersprüchliche Angaben zum Einsatz der Strahlengquellen

Es gibt Widersprüche in Angaben zur Anzahl der eingesetzten Kontrollgeräte. Aufgründ einer Aufstellung der Bundeswehr, Dienststelle Storkow (früher NVA, dort war die ehemalige Gruppe „Anwendung ionisierender Strahlung“ untergebracht), ist nachweisbar, dass 17 radioaktive Quellen durch einen Mitarbeiter des damaligen Amtes für Nationale Sicherheit (Nachfolger des MfS), welcher als Strahlenschutzbeauftragter im OTS (Operativ-Technischer Sektor des MfS) beschäftigt war, übergeben worden sind. Die Quellen waren dem Mitarbeiter 1989 zur Verwahrung übergeben worden. Registriert waren die Quellen im Januar 1981 und im Jahr 1985.

Nach der Vereinigung sind die Quellen in den Besitz des Bundesministerium für Verteidigung übergegangen und im Dezember 1994 zur Wiederverwertung abgegeben worden. 10 dieser Quellen hatten laut Zertifikaten und einer Aufstellung der Bundeswehr, Dienststelle Storkow, eine Aktivität zwischen 60 und 65 GBq für die Pkw-Kontrolle. 7 Quellen waren zwischen 117 und 122 anzusehen (Lkv), wobei die Höhe dieser Werte durch Nachkontrollen nicht bestätigt werden konnte und von geringeren Werten ausgegangen wird. Der Bericht des Sonderbeauftragten der Bundesregierung sprach hingegen von nur 10 oder 12 eingesetzten Strahlengquellen. Das ist wohl damit zu erklären, dass etliche Quellen in den letzten Jahren der DDR zwar noch beschafft, aber nicht mehr eingesetzt wurden.¹⁰

Strahlenbelastung

In Versuchen mit Hunden hatte man vor dem Einsatz in Marienborn in Gebäuden der damaligen Zollverwaltung Magerburg in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule die Technik und die Auswirkungen verschiedener Strahlendosen erprobt. Viele Tiere mussten eingeschläfert werden. Die Ergebnisse dieser Versuche wurden später einbezogen, als man die Dosen für die Durchleuchtung festlegte.¹¹

Die Gammastrahlung musste relativ hart sein, um Karosserie und Bodenbleche durchdringen zu können. Übliche Röntgeneinrichtungen waren nicht geeignet. Auch durfte die Strahlung nicht zu hart sein, damit man kleinere Detektoren bei hohem Wirkungsgrad verwenden konnte. Man entschied sich für Casium-137.

Man musste aufpassen, dass die Dosis für die Erzeugung einer nachweisbaren Schwärzung von Filmmaterialien, welche bei 0,1 mGy liegt, nicht überschritten wurde, da ja kein Verdacht bei den Durchstrahlten aufkommen sollte. Nach Aussagen eines MfS-Mitarbeiters führten selbst 3.000 Passagen nicht zu einer nachweisbaren Schwärzung von Filmmaterial, welches wohl unmittelbar neben dem Primärstrahlenfeld positioniert war. Daraus wird in einem Bericht vom 30.04.1991¹² abgeleitet, dass auch Personen, welche sich im Streustrahlenfeld aufhielten, keiner nennenswerten Strahlung ausgesetzt waren. Zur Kontrolle und Überwachung der Strahlenstärke waren wohl regelmäßige Messungen und die Registrierung der Messwerte festgelegt. Am 22.04.1985 wurden z. B. in Marienborn auch 22 Dosimeter an bestimmte Mitarbeiter, zur Messung ihrer eigenen Strahlenexposition übergeben.¹³

Die Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen ist sehr schwierig. Man geht im Strahlenschutz davon aus, dass es keinen Schwellenwert für ionisierende Strahlung gibt, d. h. jede noch so kleine Dosis kann einen negativen Effekt erzeugen. Dennoch kann man sagen, dass die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland etwa 2,4 mSv (das 100fache) beträgt, wobei es innerhalb des Landes erhebliche Differenzen gibt. Als natürliche Strahlenexposition bezeichnet man u. a. die durch natürlich im Boden vorkommende radioaktive Stoffe verursachte terrestrische Strahlung und kosmische Strahlung, die vom Weltraum auf die Erde trifft. Sie ist abhängig von der Aufenthaltshöhe und der geologischen Beschaffenheit des Untergrunds.

Ob in einzelnen Fällen ein Schaden eingetreten sein könnte, bleibt Spekulation. Sicher ist hierbei von Bedeutung ob gerade z. B. eine Einwirkung stattfand oder die Exposition in Kombination mit anderen Noxen wirkte. Schäden wie

Leukämie würden in erfahrungsgemäß meist erst nach 7–10 Jahren, andere Krebschäden noch später (15–20 Jahre) eintreten.¹⁴

Der Abbau der Strahleneinrichtungen erfolgte teilweise schon einige Wochen vor der Grenzöffnung. Die letzte Demontage fand am 9. November 1989 kurz vor der Grenzöffnung statt.¹⁵

Quellen:

- 1 Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140; Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honacker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahleneinrichtungen an den seinerzeitigen Grenzbergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 – 13.08.1992, MorsArch 001131; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, RS II 3 – 15209/15: Erläuterung zur Stellungnahme der Strahlenschutzkommission „Strahlenschutz durch ehemalige DDR-Grenzkontrollen mittels Cs 137-Strahlung“, vom 17.02.1995 unter Einbeziehung weiterer technischer Einzelheiten, 24.01.1996, MorsArch 001134
- 2 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honacker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahleneinrichtungen an den seinerzeitigen Grenzbergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 – 13.08.1992, MorsArch 001131; Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140
- 3 Luftbilder der Grenzbergangsstelle (GÜST) Marienborn mit Gamma-Kanone, MorsArch 001129
- 4 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honacker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahleneinrichtungen an den seinerzeitigen Grenzbergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 – 13.08.1992, MorsArch 001131
- 5 ebd.
- 6 Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzübergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

- 7 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honacker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahleneinrichtungen an den seinerzeitigen Grenzbergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 – 13.08.1992, MorsArch 001131

8 ebd.: Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzbergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

9 ebd.

10 ebd.: Institut für Oberflächenmodifizierung e. V.: Schreiben an Regierungspräsidium Magdeburg des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Scherrenble, „Gamma-Kanone“ im Schreiben vom 13. März 1997, 20.03.1997, MorsArch 001141; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, RS II 3 – 15209/15: Erläuterung zur Stellungnahme der Strahlenschutzkommission „Strahlenschutz durch ehemalige DDR-Grenzkontrollen mittels Cs 137-Strahlung“, vom 17.02.1995 unter Einbeziehung weiterer technischer Einzelheiten, 24.01.1996, MorsArch 001134

11 Volksstimmte: Geheimdokumente belegen Einsatz von Strahleneinrichtungen in Marienborn, MorsArch 001157

12 Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

13 ebd.: Grenzschutzdirektion – Außenstelle Berlin – Dezernat II: Ergebnisbericht über die Ermittlungen zur Anwendung ionisierender Strahlung bei der Kontrolle an den Grenzbergängen der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland, 21.05.1991, MorsArch 001132; Universität Magdeburg, Fakultät für Medizin: Grundlagen des förtgen-diagnostischen Strahlenschutzes – Dosimetrie, RöV –, MorsArch 001182

14 Freie Universität Berlin, Universitätsklinikum Steglitz, Klinik für Radiologie und Nuklearmedizin (WE 10), Prof. Dr.-Ing. P. Koeppe: Schreiben an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Arbeitsgruppe Regierungskriminalität: Gutachten zum Ermittlungsverfahren gegen Erich Honacker und Verantwortliche des seinerzeitigen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR wegen Verdachts der Körperverletzung im Zusammenhang mit Strahleneinrichtungen an den seinerzeitigen Grenzbergängen. – Gesch.-Nr. 2 Js 47/90 – 13.08.1992, MorsArch 001131; (Neue) Schätzungen zur Wirkung niedriger Strahlendosen: A) Canceogene Effekte, MorsArch 001183

15 Dr. Anger: Vermerk, Betr.: Abschätzung der Strahleneexposition von Transstreisenden bei der Passage von Grenzbergangsstellen (GÜST) der Ex-DDR, die mit Strahleneinrichtungen zur Personkontrolle ausgestattet waren, 30.04.1990, MorsArch 001140

5. Ausblick

Gefahrenabwehr im ERAM

Maßnahmen zum Schutz vor Deckeneinstürzen gab es in größerer Zahl im ERAM. Dies geschah nicht immer erst, wenn eine akute Gefahr bestand. Zum Teil sah bereits die Dauerbetriebsgenehmigung die Verfüllung von Resthohlräumen vor, wenn eine Einlagerungskammer mit dem vorgesehenen Atomfüllvolumen versehen worden war. Einige Verfüllungen sind jedoch auch zur Gefahrenabwehr wegen instabiler Hohlraumdokumentiert.

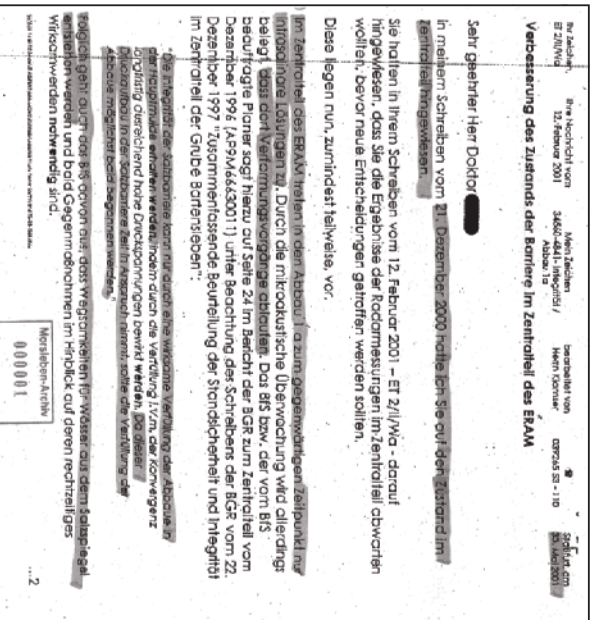


Abbildung 35: Risse und Wasserwegsamkeiten im Zentraltell führten zu einer Neubewertung der Sicherheitsabschätzung und zu einer noch bis 2009 lautenden Gefahrenabwehr-Maßnahme. (Quelle: MorsArch 000001)

In den letzten Jahren sind die bekanntesten Maßnahmen die Verfüllung von zwei mit radioaktiven Abfällen gefüllten Hohlräumen im Stulld des Bergwerks und die Versatzmaßnahmen im Zentraltell zur Stabilisierung des ERAM gewesen.² Meinungsverschiedenheiten herrschen vor allem bei letzterer Maßnahme darüber vor, ob es sich tatsächlich um eine akute Gefahr handelte und ob mit dem Einbringen hunderttausender Kubikmeter Salzbeton die Entscheidung über das Stilllegungskonzept vorweggenommen wird.³

Stilllegungskonzepte

Kaum jemand bestreitet heute noch ernsthaft, dass kontaminiertes Wasser aus dem ERAM an die Oberfläche gelangen kann. Es ist vielmehr eine Frage der Zeit. Daher ist das wesentliche Ziel, das ein Stilllegungskonzept erfüllen muss, den Zeitraum, bis radioaktive Stoffe mit der Biosphäre in Berührung kommen so weit zu verlängern, dass gewisse Grenzwerte eingehalten werden.⁴

AtomkraftgegnerInnen kritisieren, dass die Erfüllung von Grenzwerten keine Sicherheit bedeutet. Vielmehr seien Grenzwerte lediglich die Schwellen, bis zu denen die Politik der Bevölkerung eine Schädigung zumuten will. Es handle sich um einen Kompromiss aus ökonomischen und politischen Überlegungen. Es genüge daher nicht, einfach nur die Grenzwerte einzuhalten.

- Zur Stilllegung des ERAM gibt es momentan sechs grundlegende Ansätze⁵:
- Stehen- und Absaenlassen (diskutiert, aber ausgeschlossen)
 - Faltung mit Salzlösung (DDR-Konzept)⁶
 - Kapselung im nahen Umfeld der Einlagerungsbereiche⁷
 - Porenspeicherkonzept⁸
 - Verfüllung und Abdichtung im weiteren Umfeld sowie vollständige Verfüllung (aktuelles Konzept)⁹
 - Rückholungskonzept (wird vom BfS nicht untersucht)
- Das Ziel des aktuellen Stilllegungskonzepts ist es, Lösungsansätze zu verhindern, die geotechnische Stabilität zu erhöhen und Umlösungsprozesse auszukschließen. Dazu sollen die Einlagerungsbereiche hydraulisch gegenüber dem Rest der Grube durch Abdichtungen aus Salzbeton abgetrennt werden und eine weitgehende Verfüllung vorgenommen werden.¹⁰

Planfeststellungsverfahren

Antragsteller in diesem Verfahren ist das BfS, dessen Aufsichtsbehörde das BMU ist. Die Genehmigung erteilt das Umweltministerium Sachsens-Anhalt. Diesem gegenüber hat das BMU wiederum Weisungsrecht, was von versch-

Merkmal: Kalkulation, Dr. S. B.,
Investitionen

VE Kombinat KOK, Bruno Lautner,
St. Endlager, radionuklid. Abfälle

Protokoll
Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität
der Bartenstoben

Zeit: 17.10.1986
Ort: Dresden
Teilnehmer: Dr. Schmidt - VEB K. KALT,
KOL11, Dr. Heister - BI Forschung,
KOL11, H. Petersch - KKW/FAM,
KOL11, H. Ziegler - ERN/FF

Morsachiv-Nr. 000664

VEB Kalkulation	
Kostenstellen	
10	11
12	13
14	15
16	17
18	19
20	21
22	23
24	25
26	27
28	29
30	31
32	33

Gegenstand der Beratung waren Probleme der Langzeitstabilität der Grube Bartenstoben, mögliche Verwahrungsmöglichkeiten sowie Fragen einer möglichen Radionuklidabwässerung in der Grube. Als Zielsetzung wurde die Radionuklidabwässerung in der Grube. Die Expertenbefragung zur Langzeitstabilität der Grube Bartenstoben (VD KOK-Z/94/85) sowie der Fortschrittsbericht der Beratung zum selbigen Thema vom 11.09.86 (VD KOK-Z/117/86).

Folgende Aussagen wurden getroffen:
1. Zur Verwahrung:

Die praktikable Verwahrungsort der Grube Bartenstoben wird auf die Grube Bartenstoben selbst sein. Die Verwahrungsort wird auf einer speziellen Szenarioanalyse und Expertenanalyse zu erstellen, je nach den spezifischen Verhältnissen in der Grube ist eine Steuerung des Füllungsprozesses durch Hilfräden bis zu festgelegter Füllhöhe möglich. Die Verwahrung ist eine kompakte, vollgängige Gefäßanlage mit einem effektiven wie Leichten, Vollgängigkeit, stabilem u.a. Bei der Dichtungsfindung müssen, im Ergebnis der Füllung entsteht eine Dichtungsfindung der Lauge, die sehr stabil ist und sich praktisch nicht weiter verändern kann. Die Dichtungsfindung erfolgt durch Untersuchungen in gefüllten Schichten sowie an Salzläsungen in Grubenfeldern und polylongistischen. Hier sind stabile Laugenschichtungen teilweise in geologischen Einheiten an Gaskavernen von Hektar-Abhängen bei der Herstellung von Gaskavernen in der Nordsee, das diese sich mit dem umgebenden Meerwasser nur schwer ableiten. Die Diffusion und Konvektion der Lauge durch das natürliche Überwachen der Grube hat praktisch keinen Einfluss auf die Langzeitstabilität.

2. Zur Radionuklidabwässerung:

Der Gefährdung der Lauge an dem ERM-Grubenfeldern wird gering sein, ebenso auf Abfällen in Endlagerungsbereich, die separat lagern und abregelbar sind (Nordfeld, Ostfeld). Die Radionuklidabwässerung kann in signifikanter Umfang nur in Folge einer Air- oder Durchdringung der Endlagerungsbereiche mit Lauge erfolgen. Ursachen für eine solche Strahlung sind

Abbildung 36: Das Problem der Langzeitstabilität des Endlagers war fütungslösung klar. Das hier vorgestellte Konzept der Betreiber sieht die Füllung der Anlage mit einer Salzlösung vor. (Quelle: Morsachiv 000664)

denen Seiten in der Vergangenheit kritisiert wurde. Denn im Extremfall kann das BMW die Genehmigung des eigenen Antrags anweisen.

Weitere Beteiligte sind die eingeschalteten GutachterInnen, Verbände, Institutionen, betroffene Behörden und die Öffentlichkeit im Allgemeinen, die Einwendungen und teils Klagen erleben kann. Nach der Einreichung der Planunterlagen und Prüfung auf Vollständigkeit werden diese für einen begrenzten Zeitraum öffentlich ausgelegt. Einige Wochen lang besteht für die Bevölkerung die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Plan zu erheben. Daraufhin bereitet die Genehmigungsbehörde den Erörterungstermin vor, den die BürgerInnen zur Begründung ihrer Einwände nutzen können.¹¹ Im Anschluss entscheidet das Umweltministerium über den Antrag. Dabei haben die Einwendungen keine zwingende Konsequenz für den Planfeststellungsbeschluss. Gegen ihn kann unter gewissen Umständen geklagt werden. Solche Klagen haben in der Praxis meist nur bei Verfahrensfehlern Erfolg.¹²

Das Bundesamt für Strahlenschutz stellte am 13. Oktober 1992 den Antrag für einen Planfeststellungsbeschluss zum Weiterbetrieb über das Jahr 2000 hinaus¹³ und zur anschließenden Stilllegung. Am 9. Mai 1997 reduzierte die Behörde den Antrag auf die Stilllegung.¹⁴ Im selben Jahr fand der Scopingtermin zur Klärung des für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) notwendigen Untersuchungsrahmens statt.¹⁵

Ursprünglich war das Jahr 2000 als Termin für den Planfeststellungsbeschluss geplant; mittlerweile wird 2009 angestrebt. Allerdings verschiebt sich dieser Termin immer wieder. Dem im März 2004 vorgestellten Stilllegungsplan des BIS zufolge sollte 2008¹⁶ und 2009 die Umrüstung des ERAM für den Stilllegungsbetrieb und daran anschließend bis 2024 die Verfüllung und Verstilllegung erfolgen.¹⁷

Kostenaspekte

Ursprünglich wurde Morsieben als ökonomischste Variante für die Endlagerung des DDR-Atomrülls ausgewählt. Durch die Sicherheitsprobleme im ERAM hat sich der Standort als kostentale entpuppt. Heute schätzt das BIS allein für die Stilllegung etwa 2 Mrd. EUR ausgeben zu müssen. Bis Anfang 2004 verursachte der Betrieb des ERAM dem Bund 572 Mio. EUR Kosten; im gleichen Zeitraum erwirtschaftete das Endlager lediglich 153 Mio. EUR für die Annahme von Atomrüll. Darin eingerechnet sind noch nicht die Ausgaben vor der Vereinigung 1990. Allein die Verfüllung des Zentraltals, die derzeit offiziell als Maßnahme der Gefahrenabwehr durchgeführt wird, kostet ca. 100 Mio. EUR.¹⁸

Langzeitsicherheit

Es handelt sich bei dem Begriff der Langzeitsicherheit um den Zeitraum, für den bewiesen werden muss, dass die festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. In den 1990er Jahren wurde von offizieller Seite die Ansicht vertreten, der Nachweis, dass für 10.000 Jahre keine Gefährdung der Bevölkerung durch den Atommüll ausreicht, würde genügen.¹⁹ Heute beträgt der betrachtete Zeitraum 1.000.000 Jahre. Das ist gleichzeitig der maximale Zeitraum, für den belastbare wissenschaftliche Prognosen getroffen werden können. Zu beachten ist beim Problem des Langzeitsicherheitsnachweises, dass in Morsleben Teile des Inventars über einen wesentlich größeren Zeitraum radioaktive Strahlung aussenden.

Verzögerungen

Der Vorwurf, das BfS fahre eine Verzögerungstaktik, wird seit Jahren von verschiedenen Seiten geäußert. Auch der heutige Präsident des Bundesamts Wolfgang König kritisierte noch als Umwelt-Staatssekretär Sachsen-Anhalts, der Bund würde das Stilllegungsverfahren verschleppen und die notwendigen Unterlagen nicht zügig einreichen. Dieser Vorwurf²⁰ ist auch in heutiger Zeit noch aus dem Umweltministerium und von atomkritischen Initiativen zu hören.²¹

In Zeitungsartikeln der vergangenen Jahre ist dokumentiert, dass das BfS mehrfach Zusagen für einen Termin der Planvereinbarung traf, diesen dann aber immer wieder um ein bis zwei Jahre verschob. Im März 2004 wurde Juli 2004 als solcher Zeitpunkt benannt, dann aber Aussagen aus dem Umweltministerium zufolge um mindestens ein halbes Jahr verlängert. Im Januar 2005 wurde bekannt, dass die Aktienübergabe durch das BfS nochmals um mindestens ein Jahr verschoben wurde.²²

Forderungen

Verschiedene Umweltschutzgruppen, u. a. aus dem Morsleben-Netzwerk, haben sich in den letzten Monaten mit Forderungen bezüglich des Stilllegungsverfahrens an die Öffentlichkeit gewandt:

- die Stilllegungskonzepte sollen öffentlich intensiv diskutiert werden
- die Öffentlichkeit sei frühzeitig (nicht erst mit der Planauslegung) über Details zu informieren (dazu zählen die Forderung nach Zwischenstandsberichten und der zeitnahen Veröffentlichung von Gutachten durch das BfS)
- Mitbestimmungsrechte für die betroffene Bevölkerung

- die zügige Erarbeitung und Veröffentlichung des angestrebten Stilllegungskonzepts und des Langzeitsicherheitsnachweises
- keine Verzögerungstaktik und keine Tatsachen unter Umgehenden der Öffentlichkeitbildung zu schaffen

Quellen:

- 1 Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE): Schreiben an Bergamt Stäfurt; Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM), hier: Sonderbetriebsplan, Sachanlage-Bausteiben; Verfüßmaßnahmen im Südfeld“ (DBE M2200), 14.11.2000, MorsArch 000615
- 2 Bundesamt für Strahlenschutz; Endlager Morsleben; Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung Juni 2001; MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz; Einladung zur Pressekonferenz des BfS - Gefahr abgewendet – Radioaktive Abfälle in zwei Eingangsrammen/im Südfeld des ERAM mit Satzquos abgedeckt“, 05.04.2001, MorsArch 000525; Bundesamt für Strahlenschutz; Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr; <http://www.bfs.de/presse/aktuell/k03005.htm>, 14.05.2003; MorsArch 000650; (Veröffentlichung DBE: ERAM Verfüllung auswertbarer Grubenbereiche im Zentralteil zur Gefahrenabwehr, 2003, MorsArch 000652; Bundesamt für Strahlenschutz; Morsleben (Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ERAM), http://www.bfs.de/endlager/morsleben.html/morsleben_artikel.html/printversion, 25.09.2003, MorsArch 000662; Volksstimme Magdeburg; Verfüllung von Stollen, Sicherungsarbeit in Morsleben, 20.03.2003, MorsArch 000920
- 3 BMW / Bundesamt für Strahlenschutz; Gemeinsame Pressemitteilung, „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Bundesamt für Strahlenschutz; Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr; <http://www.bfs.de/presse/aktuell/k03005.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650
- 4 Bundesamt für Strahlenschutz; Endlager Morsleben; Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung; Juni 2001, MorsArch 000070; Köpfer/DBE bei Morsleben-Befragung vom 30.08.2004
- 5 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
- 6 Bundesamt für Strahlenschutz; Endlager Morsleben; Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung Juni 2001, MorsArch 000070; VE Kombinat KWV, Bruno Leuschner; BT Endlager f. radioaktive Abfälle; Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitsicherheit der Grube Bartenstein vom 17./10./1986, 30.03.1987, MorsArch 000694; VE Kombinat KWV „Bruno Leuschner“, BT Endlager f. radioaktive Abfälle; Protokoll Beratung zu Problemen der Langzeitsicherheit der Grube Bartenstein vom 11.09.1986, 04.12.1986, MorsArch 0000665
- 7 Bundesamt für Strahlenschutz; Endlager Morsleben; Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung; Juni 2001, MorsArch 000070
- 8 ebd.
- 9 ebd.
- 10 Morsleben-Seminar vom 20./21.03.2004
- 11 Bundesamt für Strahlenschutz; Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr; <http://www.bfs.de/presse/aktuell/k03005.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650

- 12 Morleben-Seminar vom 20./21.03.2004
13 Bundesamt für Strahlenschutz: Broschüre: „Endlager für radioaktive Abfälle: Morleben“, 1993, MorsArch 000672
- 14 Bundesamt für Strahlenschutz: Morleben (Endlager) für radioaktive Abfälle Morleben (ERAM), http://www.bfs.de/endlager/morleben.html/morleben_artikel.html#impression, 25.09.2003, MorsArch 000662; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: BFS beschränkt Morleben-Antrag auf Stilllegung, 09.05.1997, MorsArch 000513; Bundesamt für Strahlenschutz: Pressemitteilung: Endlager Morleben: Verfüllung des Stützeltes beendet, Bundesumweltminister Trittn und BfS-Präsident König vor Ort, 17.11.2000, MorsArch 000514
- 15 Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morleben: Das Endlager für radioaktive Abfälle vor der Stilllegung, Juni 2001, MorsArch 000070; Bundesamt für Strahlenschutz: Hintergrund zur vorgezogenen Verfüllung des Zentralteils des ERAM als Maßnahme der Gefahrenabwehr, <http://www.bfs.de/press/aktuell/px0305.htm>, 14.05.2003, MorsArch 000650
- 16 BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522
- 17 Morleben-Seminar vom 20./21.03.2004
- 18 ebd.: BMU / Bundesamt für Strahlenschutz: Gemeinsame Pressemitteilung: „Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morleben“, 08.10.2003, MorsArch 000522; Information von Dr. Michael Wehnert, BfS, beim Morleben-Workshop am 21.1.2005
- 19 RSK: Sicherheitsanalyse Morleben (Anlage 1 zum Ergebnisprotokoll der 280. RSK-Sitzung am 20.03.1991), MorsArch 000452
- 20 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Sachsen-Anhalt: Endlager für radioaktive Abfälle Morleben, April 1996, MorsArch 000071
- 21 Morleben-Seminar: 20./21.03.2004; Morleben-Netzwerk: Medieninformation vom 14.01.2005: „Weitere Verzögerungen bekannt geworden: BfS schiebt Stilllegung Morlebens weiter“; Inhausi Morleben-KritikerInnen fordern zügige Stilllegung der unsicheren Aomanlage“
- 22 Information aus dem Umweltministerium Sachsen-Anhalt vom 13.01.2005: Morleben-Netzwerk: Medieninformation vom 14.01.2005: „Weitere Verzögerungen bekannt geworden: BfS schiebt Stilllegung Morlebens weiter“; Inhausi Morleben-KritikerInnen fordern zügige Stilllegung der unsicheren Aomanlage“; ddp-Meldung: „Netzwerk befrachtet Hiniauszeichnung der Stilllegung von Morleben“, 14.01.2005; Junge Welt: „Morleben-Schließung weiter verschleppt“, 15.01.2005; Neues Deutschland: „Ein Endlager findet kein Ende: Stilllegung Morlebens offenbar neuerlich verschoben“, 17.01.2005; taz: „Die Zeitbombe darf vorerst weiter ticken“, 17.01.2005

6. Anhang

Danksagungen

Für die Unterstützung bei den Recherchen, der Dokumentation, der Ausarbeitung der Texte und der Überarbeitung danke ich Susann Baets, Anjae Becker, Thomas Becker, Kerstin Bremner, Dr. Erika Drees, Christina Ebeling, Claudia Fittkow, Andreas Fox, Juliane Furkert, Stephan Geidel, Ulrich Hauer, Gerhild Klein, Jan Kummerfeldt, Anja Labza, David Lähmemann, Jonas Lähmemann, Sabrina Lippert, Dr. Gerhard Loetel, Ronald Nold, Beate Weirhardt, Evelyn Myrjan, Yvonne Most, Susanne Ochse, Carmen Pohl, Michael Rost, Christin Schäfer, Dr. Joachim Scherriebe, Ursula Schönberger, Jana Schwenke, Jons Spindler, Anja Voelkel, Elisabeth Weissteiner, Tanja Wolf.

Quellen

Die Grundlage der hier vorgelegten Informationen bildeten Recherchen im Archiv Grünes Gedächtnis, der Bibliothek des Bundesrats für Strahlenschutz Berlin, dem Bundesarchiv, dem Kreisarchiv des Oberrheins in Haldensleben, dem Museum Haldensleben, dem Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, dem Stasi-Archiv und den Archiven bzw. Aktenbeständen kritischer Organisationen und WissenschaftlerInnen. Letztere waren u. a. AG Schacht Konrad, Bürgerinitiative gegen das Atomnüll-Endlager Morleben, BUND Sachsen-Anhalt, Greenkids Magdeburg, Greenpeace, Gruppe Ökologie Hannover und NABU Sachsen-Anhalt.

Bildnachweise

Sofern nicht anders ausgewiesen entstammen die Fotos und Grafiken dem Archiv der Greenkids Magdeburg e. V.

Adressen

Die im folgenden aufgelisteten Organisationen beschafften sich nach der Vereinbarung mit dem Endlager Morleben. Die meisten dieser Initiativen arbeiten auch heute noch intensiv an diesem Thema.

AG Schacht Konrad
Bleckenstedter Str. 14, 38239 Satzgitter
05341-900194
info@ag-schacht-konrad.de
www.ag-schacht-konrad.de

AntiCastorNetz Magdeburg
c/o BUND, Owenstedter Str. 10, 39104
Magdeburg
0162-8608949
AntiCastorMD@gmx.de
www.ariatium.de/magdeburg

Initiative gegen das Atomkraft-Endlager Morsleben e. V. Rostocker Str. 5, 38350 Helmstedt 05351-41861	Gruppe Ökologie Hannover Kl. Duweistr. 21, 30171 Hannover 0511-8533057
BUND Sachsen-Anhalt e. V. Olivensieder Str. 10, 39108 Magdeburg 0391-5433361 bund.sachsen-anhalt@bund.net www.bund-sachsen-anhalt.de	Morsleben-Netzwerk Karl-Schmidt-Str. 4, 39104 Magdeburg 0162-8608949 kontakt@morsleben-stillegung.de www.morsleben-stillegung.de
Greenkids Magdeburg e. V. Postfach 320119, 39040 Magdeburg 0162-7868204 morsleben@greenkids.de www.greenkids.de	NABU Sachsen-Anhalt e. V. Schliener 18a, 39104 Magdeburg 0391-5619350 mail@nabu-isa.de www.nabu-isa.de
Greenpeace e. V. Thomas Brauer Gr. Elbstr. 39, 22767 Hamburg 030-30618311 thomas.brauer@greenpeace.de www.greenpeace.de	NAJU Sachsen-Anhalt Schliener 18a, 39104 Magdeburg 0391-5437375 mail@naju-isa.de www.naju-isa.de
Diese Institutionen sind heute für den Betrieb, Genehmigungen bzw. die Aufsicht des Endlagers zuständig bzw. führen Gutachten dazu:	ÖZIME V. Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg 0391-7315980 oezim@-online.de http://oezim.glaser.de
Bundesamt für Strahlenschutz Postfach 100149, 38201 Salzgitter 01888-3330 epost@bfs.de www.bfs.de	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Stilleweg 2, 30655 Hannover 0511-6430 poststelle@bgr.de www.bgr.de
Bundesumweltministerium Alexandereplatz 6, 10178 Berlin 01888-3050 presse@bmu.bund.de www.bmu.de	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt Postfach 156, 06035 Halle/Saale 0345-52120 poststelle@lgbg.mw-isa-net.de/ www.mw.sachsen-anhalt.de/lgbg/
DBE – Morsleben Infohaus, Herr Kogler, Siedlung 110, 39343 Morsleben 039050-8274 eram@dbe.de www.dbe.de	Umweltministerium Sachsen-Anhalt Olivensieder Str. 4, 39108 Magdeburg 0391-56701 PR@mlu-isa-net.de www.mlu.sachsen-anhalt.de

<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	
AE	Atomenergie
AG	Artibergemenschaf, Aktiengesellschaft
AHB	Außenhandelsbetrieb (DDR), hier: Isocommerz
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (MFS)
AKW	Atomkraftwerk
APS	Anordnung über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (DDR)
AKG	Atomgesetz (Bundesrep. Deutschland)
ATRS	Anordnung über den Transport radioaktiver Stoffe (DDR)
BARb	Bundesarchiv, Außenstelle Berlin
DDR	Az. für Verwaltungssachen, verwendet vom BezirksG
BIS	Bundesamt für Strahlenschutz
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BI	Bürgerinitiative
BMI	Bundesinnenministerium
BMU	Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BND	Bundesnachrichtendienst
BSU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Betriebsteil
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.
BV	Betriebsverwaltung (MFS)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DBE	Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH
ERAM	Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben
EMN	Energiewerke Nord GmbH
EGW	Fluggerätewerk GmbH
FM	Führungs-IM (MFS)
GAU	größter anzunehmender Unfall
GBa	Giga-Bequerel (Milliarden Becquerel)
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (MFS)
GÜSt	Grenzübergangsstellen
HA	Hauptabteilung (MFS)
HfM	Hauptamtlicher Führungs-IM (MFS)
IAEA	International Atomic Energy Agency
IM	Interfazieller Mitarbeiter (MFS)
IMB	Interfazieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen (MFS)
IMS	Interfazieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs (MFS)
KD	Kreisdenkstelle (MFS)

KKW	Kernkraftwerk
KZ	Konzentrationslager
LHASA, MD	Landeshauptrachiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg
LV	Landesverband
MFA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (DDR)
MKE	Ministerium für Kohle und Energie (DDR)
MKS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MKE	Ministerium für Kohle und Energie (DDR)
MorsbArch	Morsleben-Archiv
MRLU	Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt
NABU	Naturschutzbund Deutschland e. V.
NAJU	Naturschutzjugend im NABU e. V.
Nds, HStA	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv
NS	Nationalsozialismus
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet (Firma)
Nukem	Nationale Volksarmee
NVA	NVA
OBA	Oberbergamt
OTS	Operativ-Technischer Sektor (MfS)
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS)
OPS	operative Sicherung (MfS od. Grenztruppen ?)
OV	Operativer Vorgang (MfS)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OZIM	Ökologisches Zentrum und Institut Magdeburg
PMR	Präsidium des Ministerrates (DDR)
RA	Rachsanwalt
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSK	Reaktor sicherheitskommission (Bundesrep. Deutschland)
SAAS	Staatliches Amt für Atomicherheit und Strahlenschutz (DDR)
SAPMO	Siftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SD	Sicherheitsdienst der SS (Nationalsozialismus)
SS	Schutzstaffel der NSDAP (Nationalsozialismus)
SS-RSHH	Reichsicherheitshauptamt der SS (Nationalsozialismus)
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
SZS	Staatliche Zentrale für Strahlenschutz (DDR)
UVF	Umweltverträglichkeits-Prüfung (Bundesrep. Deutschland)
VE	Volksseigne (DDR)
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VOAS	Verordnung über die Gewährleistung von Atomicherheit und Strahlenschutz (DDR)
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZEGB	Zentrales Endlager Grube Barren/Stein
ZK	Zentralkomitee der SED (DDR)
ZStL	Zentralstelle der Staatsanwaltschaften Ludwigsburg

Impressum

Falk Beyer:

Die (DDR-)Geschichte des Atomüll-Endlagers Morsleben

unter Mitwirkung von: Thomas Beckert, Juliane Finkert, Antje Labza, Sabrina Lippert, Christin Schäfer, Antje Völkel

(Reihe „Sachbeiträge“, Teil 36)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, März 2004

Layout: Stefan Nowotzin